

Keine Ausreden. Kein Vergessen!

Stolpersteine erinnern an deren letztem frei gewählten Wohnsitz an Menschen, die dem Terror der Nazis zum Opfer fielen, die verschleppt wurden, umkamen oder bis heute verschollen sind. Bundesweit wurden bereits mehr als 73.000 Stolpersteine in rund 120 Städten und Gemeinden verlegt, sie bilden das größte dezentrale Mahnmal der Welt.

Im Regelfall ist die Verlegung neuer Stolpersteine kein Politikum, sondern allen Demokratinnen und Demokraten ein gemeinsames wichtiges Anliegen. Nicht so offenbar in Groitzsch, Landkreis Leipzig. Schülerinnen und Schüler des dortigen Wiprecht-Gymnasiums haben mit Unterstützung des Leipziger Erich-Zeigner-Hauses monatelang recherchiert und die Geschichte von Anna Reichardt erforscht. Die am 27. November 1878 geborene jüdische Mitbürgerin hatte in der Leipziger Straße 28 gelebt. 63-jährig gehörte sie zu einer Gruppe von tausend Menschen, die am 10. Mai 1942 ins jüdische Getto von Belżyce (Polen) verschleppt worden. Dort kam sie um.

Die Leipziger Volkszeitung hat berichtet, was nach dem Abschluss der lobenswerten Forschungsarbeit geschah. Die Stadt verwehrt bislang die Genehmigung für die Verlegung von Anna Reichardts Stolperstein. Zur Begründung führt Bürgermeister Maik Kunze (CDU) an, dass der Eigentümer des Hauses, vor dem das kleine Mahnmal in den Boden eingelassen werden soll, seine Zustimmung nicht erteilt habe. Der Rathauschef demnach wörtlich: „Wir können nur dem gewünschten Ort nicht zustimmen. An anderer Stelle ist das aber möglich.“

Das habe ich mit äußerstem Befremden zur Kenntnis genommen, denn zum Wesen

der Stolpersteine gehört schließlich die unmittelbare Verbindung zum früheren Wohnort der Opfer, die zum alltäglichen Erinnern beitragen soll. Offenbar betrachtet die Groitzscher Stadtverwaltung ihre bedenkliche Entscheidung als „abschließend“. Das wäre aber fatal, denn es handelt sich um einen bislang einmaligen Vorgang im gesamten Landkreis – und womöglich noch weit darüber hinaus. Mit der Unterstützung vom Erich-Zeigner-Haus wurden bisher in Leipzig und zehn Städten im Umland mehr als 200 Stolpersteine verlegt.

Die Gründe für die Ablehnung sind vorgeschoben. Auf das Einverständnis eines örtlichen Hauseigentümers – dessen Immobilie gar nicht direkt betroffen ist – kommt es für die Verlegung auf öffentlichem Grund gar nicht an. Fadenscheinig ist auch die Behauptung, für die geplante Verlegung sei angeblich die falsche Adresse gewählt worden. Dabei gilt die Archivarbeit des Erich-Zeigner-Hauses als äußerst sorgfältig – mit Hilfe des Vereins, der sich um die Gedenkarbeit verdient gemacht hat, sind bereits zahlreiche Stolpersteine verlegt worden.

Soviel ich weiß, hat Herr Bürgermeister Kunze bislang nicht einmal ein praktikables Kompromissangebot unterbreitet. Das ist nicht nur blamabel, sondern auch ein Schlag gegen die öffentliche Erinnerungskultur, gegen ein vorbildliches Bildungsprojekt mit Jugendlichen – und gegen den gemeinsamen Kampf gegen jeden Antisemitismus. Wenn sich die Stadt Groitzsch nicht bewegt, sollte sich der Beauftragte der Staatsregierung für das Jüdische Leben in Sachsen des Themas annehmen.

• Kerstin Köditz

Links!
im Digitalabo. Jede Ausgabe schon drei Tage früher im Mailpostfach!

Jetzt kostenlos bestellen:
www.links-sachsen.de/abonnieren,
aboservice@links-sachsen.de
oder 0351/84 38 9773.

Links!

Politik und Kultur für Sachsen, Europa und die Welt
November 2019

ISSN 2193 682X



9 772193 682004



Bild: Paule / Wikimedia Commons / CC-BY-SA 3.0

2010 wollte Görlitz Europäische Kulturhauptstadt werden – am Ende wurde es Essen „und in Görlitz gingen die Lichter aus“. So beschreibt es Ferenc Csák, in Chemnitz Organisator der Bewerbung um den Titel der Kulturhauptstadt 2025 und Leiter des städtischen Kulturbetriebes. Im Dezember wird es spannend. Dann wird sich zeigen, wer von den deutschen Bewerberstädten eine Runde weiter kommt. Derzeit sind allein in Mitteldeutschland vier Städte im Rennen: Chemnitz, Dresden, Zittau und Gera. Wie der in Deutschland aufgewachsene Ungar nach Chemnitz kam und was ihn bei seinem Engagement umtreibt, erfuh Ralf Richter von ihm.

Herr Csák, Sie haben schon dafür gesorgt, dass die ungarische Stadt Pecs 2010 Europäische Kulturhauptstadt wurde. In Deutschland konkurrieren derzeit acht Städte um den Titel für 2025. Wie viele waren es in Ungarn?

Das Auswahlverfahren für die Kulturhauptstädte beginnt fünf Jahre vorher. So gab es in Ungarn 2005 eine Juryentscheidung, in der Pecs für 2010 nominiert wurde. Seither hat sich allerdings das Auswahlverfahren stark geändert. Das momentane Verfahren sieht eine internationale Jury vor. 2005 spielten die politischen Gremien der jeweiligen Länder noch eine viel größere Rolle. Die Dominanz der internationalen Jurymitglieder war bei weitem nicht so ausgeprägt wie heute. Es war eine nationale Entscheidung, was es heute nicht mehr ist. Damals konkurrierten in der letzten Runde noch drei Städte um den Titel.

Welche Rolle spielen Regierung und Kommunen beim Verfahren?

Die Bewerbungen werden immer initiiert von den Kommunen. Das heißt, die Kommune definiert die Inhalte der Bewerbung. Bei den Auswahlverfahren ist vieles transparenter geworden. Früher waren z. B. beim deutschen Auswahlverfahren noch die Bundesländer stark involviert. So war 2005 festgelegt worden, dass sich nur eine Stadt aus einem Bundesland bewerben durfte. Weil das jetzt komplett anders ist, geht nun in Sachsen nicht nur eine Stadt ins Rennen, sondern es sind gleich drei Städte. Das Vorauswahlverfahren ist weggefallen. Die Politik soll sich so weit wie möglich aus dem Auswahlverfahren heraus halten. Die Änderungen zielen darauf ab, dass es wirklich Chancengleichheit gibt, dass keine parteipolitischen Interessen dominieren können und auch keine Bundeslandinteressen oder ähnliches.

Wann und warum haben Sie sich für Chemnitz entschieden?

Noch bevor die Legislaturperiode 2010 zu Ende ging, habe ich mich 2009 auf den Generaldirektorenposten für die Ungarische Nationalgalerie beworben. Im Februar 2010 bin ich tatsächlich Generaldirektor geworden. Diese Institution habe ich bis 2012 geleitet. Aufgrund der kulturpolitischen Maßnahmen und weiterer Schritte der Orban-Regierung bin ich dann aus Protest zurückgetreten. Von 2012 bis 2014 war ich in der freien Wirtschaft. Als dann bei den Parlamentswahlen 2014 eine zwei Drittel-Mehrheit an die Fidesz-Partei gegangen ist, habe ich mich entschlossen, mich wieder in Richtung Deutschland zu orientieren ...

Kulturhauptstadtbewerbung setzt aufs Umland

Chemnitz will 2025 Kulturhauptstadt werden. Ralf Richter erfuh von Organisator Ferenc Csák die Hintergründe



Foto: Krahn/Schmidt

Sie sprechen ausgezeichnet Deutsch. Sie haben schon zuvor hier längere Zeit gelebt?

Ich war schon von 1989 bis 2001 in Deutschland. Erst als Schüler, dann habe ich Abitur gemacht und studiert. Anschließend ging ich zurück nach Ungarn, doch 2014 war es dann wieder so weit, dass ich mich umgeschaut habe, ganz klassisch auf Arbeitsagentur.de, um zu sehen, welche Positionen es im Fachbereich öffentliche Kulturverwaltung gibt. So kam mir die Ausschreibung einer Amtsleitungsposition in Chemnitz im Herbst 2014 entgegen. Es gab dann ein sehr langes Auswahlverfahren, bis ich im Mai 2015 vom Stadtrat gewählt wurde. Seit Juli desselben Jahres bin ich Amtsleiter der Kulturbetriebe.

Spielte in den Auswahlgesprächen das Thema Kulturhauptstadtbewerbung schon eine Rolle?

Nein, es kam darin nie vor. Allerdings habe ich natürlich erwähnt, dass ich einschlägige Erfahrungen habe. Aber ich habe das in den Auswahlgesprächen zu keinem Zeitpunkt thematisiert. Erstmals kam ich damit in Berührung, als mich im September 2015 die Oberbürgermeisterin fragte, welche Chance die Stadt aus meiner Sicht hätte, wenn sie sich um den Titel der Europäischen Kulturhauptstadt bewerben würde. Damals habe ich erstmalig wahrgenommen, dass die Stadt mit dem Gedanken spielt, sich am Wettbewerb zu beteiligen.

Sie waren von 1989 bis 2001 in Deutschland. Hatten Sie in dieser Zeit Beziehung zu Sachsen?

Überhaupt keine. Ich war in Berlin-West ein Jahr am Gymnasium, dann in Bonn

Bad Godesberg insgesamt fünf Jahre – dort habe ich mein Abitur gemacht. Anschließend habe ich in Regensburg sechs Jahre Politikwissenschaften, Kunstgeschichte und BWL studiert.

Erhalten Sie derzeit auch Unterstützung vom Freistaat?

Ja, die Beziehungen zur Landesregierung sind ausgezeichnet. Wir – die drei Bewerberstädte aus Sachsen – haben uns sehr früh 2017 zusammengetan, um unsere Interessen gemeinsam zu vertreten. Es ist äußerst wichtig, dass von Anfang an die Landesregierung hinter so einer Bewerbung steht, denn das erhöht die Chancen. Die Landesregierung war sehr offen – insbesondere im Ministerium für Wissenschaft und Kunst und auch der Ministerpräsident Kretschmer hat sich hinter uns gestellt.

Bekommen Sie auch eine finanzielle Unterstützung?

Wir haben sowohl im Vorjahr als auch in diesem Jahr 100.000 Euro erhalten. Für den Fall, dass wir in die zweite Runde kommen – was sich am 12. Dezember durch Juryentscheid herauskristallisieren wird – wurden uns weitere 600.000 Euro pro Stadt in Aussicht gestellt. Besonders erfreulich ist, dass im Mai 2019 ein Kabinettsbeschluss gefasst wurde, im Falle des Titelgewinns 20 Millionen Euro zur Verfügung zu stellen. Klarheit über die Förderung ist sehr wichtig, wenn man nachweisen muss, wie die Programmpunkte der Bewerbung abgesichert sind. Diesbezüglich kann ich die Landesregierung wirklich nur loben.

Wie beziehen Sie das Umland ein? Mit dem Regionalstadtbahn-

System, das Eisenbahn und Straßenbahn verknüpft, kann man in Chemnitz ohne Umstieg vom Zentrum ins Umland und zurück fahren.

Wir haben das Thema Kulturhauptstadt als Aufhänger genommen, um eine enge regionale Zusammenarbeit zu starten. So hatten wir einen Kulturkonvent bzw. eine gemeinsame Ratssitzung im September 2018, wo hunderte Vertreter aus den umliegenden Kommunen gekommen sind. Die Frage war, wie können die Gemeinden von dem Kulturprogramm partizipieren? Anstatt alles auf die ehemalige Bezirksstadt zu konzentrieren, ist es unser Interesse, viele Veranstaltungen außerhalb stattfinden zu lassen und dort nachhaltige Strukturen aufzubauen. Außerdem ging es um eine Kooperation bei Themen wie Schule, Lehrausbildung, Gesundheitsversorgung und die europäische Perspektive. Dabei hilft uns natürlich das Chemnitzer Modell, die Chemnitzer ins Umland zu bringen und die Menschen aus dem Umland nach Chemnitz, möglichst klimaneutral mit unserem Regional-Stadtbahnsystem.

Sie haben einmal gesagt, dass Chemnitz nie eine Touristenstadt war. Tatsächlich ist es kein Zufall, dass Chemnitz in der DDR-Zeit Karl-Marx-Stadt hieß – war die Stadt doch schon in der Weimarer Republik und davor für ihre starke Arbeiterbewegung bekannt. Wie gehen Sie mit dem Thema Arbeit bzw. Arbeiterbewegung um?

Kulturhauptstadt wird immer verstanden als Kunsthauptstadt auf den ersten Blick. Im Laufe der Jahre hat sich aber die Kulturhauptstadtbewegung zu einem gesamtgesellschaftlichen Projekt entwickelt. Von den Kleingärten bis zum Sportforum hat darin alles seinen Platz – auch das Thema Arbeit oder die Arbeiterbewegung. Zudem müssen europäische Fragen reflektiert werden. Darüber hinaus geht es um die Geschichte der Aufarbeitung zum Beispiel die Geschichte der DDR oder der Wende oder der NS-Zeit oder der Weimarer Republik oder des Kaiserreiches. Chemnitz bildet alle diese Zeiten ab, die Stadt besteht also aus vielen Städten, denn mit uns leben Geschichten aus allen Zeitepochen und diese Epochen werden nun in bestimmten Themenbereichen behandelt.

Ein großer Sohn der Stadt, ein Autor, Kommunist und US-Staatsbürger ist Stefan Heym. Wie gehen Sie mit seinem Erbe um?

Wir planen – und da stehen wir kurz vorm Abschluss – mit seiner Witwe Inge Heym über eine großzügige Schenkung in Form eines Vorlasses Teile der Arbeitsbibliothek sowie persönliche Dokumente und persönliche Gegenstände nach Chemnitz zu bringen. Dafür entwickeln wir im ehemaligen jüdischen Kaufhaus Tietz auf einer Fläche von 350 Quadratmetern ein sogenanntes Stefan-und-Inge-Heym-Forum. Es soll ein Treffpunkt entstehen, wo Einblicke sowohl in das literarische Schaffen als auch in die politische Tätigkeit von Herrn Heym gegeben werden. Gleichzeitig wird multimedial aufbereitet mit Zeitzeugeninterviews gearbeitet und auch ein Stück seines Arbeitszimmers ist zu sehen. Das Forum soll eine offene Begegnungsstätte werden. Die Eröffnung planen wir im dritten Quartal 2020.

Armut für Kenia kein Thema?

Sozial-Skandal des Monats

Susanne Schaper hegt geringe Erwartungen an die Koalitionsverhandlungen

In Sachsen leben über 685.000 Menschen in Armut, darunter auch immer häufiger Erwerbstätige und Rentner. Jedes fünfte Kind gehört dazu. Das entspricht fast 17 Prozent der Bevölkerung. Und das trotz der guten wirtschaftlichen Entwicklung und wachsendem Reichtum in Deutschland. Allein in Sachsen waren im Jahr 2018 11.731 Rentnerinnen und Rentner auf Grundsicherung im Alter angewiesen. Ein Ergebnis jahrzehntelanger Niedriglohnpolitik speziell in Sachsen, die auch künftig dazu führen wird, dass immer mehr Menschen in Altersarmut leben müssen. Und dennoch hat die Staatsregierung in der letzten Legislaturperiode nichts unternommen, um an dieser Situation etwas zu ändern. Unser Landtagsantrag aus der letzten Legislaturperiode „Sozialstaat garantieren: Existenzsichernde Einkommen für alle- Armut wirksam bekämpfen!“ wurde abgelehnt – auch mit den Stimmen der SPD-Fraktion. Im Sondierungspapier der Kenia-Koalition taucht das Wort Armut nun überhaupt nicht auf. Ist das Thema Armut somit in den nächsten fünf Jahren für die Staatsregierung in Sachsen wieder kein Thema?

Auch wenn die Entscheidungskompetenzen zu Sozialthemen wie Hartz IV,

Grundsicherung im Alter und Sozialhilfe beim Bund liegen, kann die sächsische Staatsregierung zumindest über den Bundesrat initiativ werden, um Gesetzesänderungen zu bewirken. Wer Armut in Sachsen bekämpfen will, muss sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass Hartz IV abgeschafft und durch eine sanktionsfreie und existenzsichernde Mindestsicherung ersetzt wird. Damit Kinder nicht weiterhin Armutsrisiko Nummer eins

sind, muss eine eigenständige Kindergrundsicherung her und als erster Schritt das Kindergeld auf 328 Euro monatlich erhöht werden. Wer Altersarmut zurückdrängen will, muss das Rentenniveau auf mindestens 53 Prozent anheben und speziell für die Rentnerinnen und Rentner im Osten dafür sorgen, dass die durch das Rentenüberleitungsgesetz gestohlenen Rentenansprüche wieder anerkannt werden – egal ob für den ehemaligen

Volkspolizisten, die Krankenschwester oder Bergmänner, um nur einige Beispiele zu nennen. Und damit sich Arbeit auch wirklich lohnt und vor Armut schützt, brauchen wir einen Mindestlohn in Höhe von mindestens 12 Euro brutto pro Stunde.

Mittelfristig muss auch die Tarifbindung wachsen. In Ostdeutschland werden laut dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung nur 45 Prozent der Beschäftigten nach einem Tarifvertrag bezahlt. Daher darf der Einsatz für mehr Tarifbindung kein Lippenbekenntnis bleiben. Unseren Gesetzesentwurf für ein Vergabegesetz, der Tariftreueregelungen vorgeschlagen hat, wurde allerdings von CDU und SPD abgelehnt. Auch hier erwarten wir, dass GRÜNE und SPD in den Koalitionsverhandlungen dafür streiten. Denn gute und faire Löhne verhindern Armut nicht nur heute, sondern auch in Zukunft, wenn die Erwerbstätigen in den Ruhestand gehen.

Unabhängig davon, was im Koalitionsvertrag stehen wird, werden wir unsere sozialpolitischen Forderungen aus dem Landtagswahlprogramm einbringen. Dann wird sich zeigen, ob die Kenia-Koalition bereit ist, aktiv gegen Armut jeglicher Form vorzugehen.



Von den Wahrheiten

„Unanfechtbare Wahrheiten gibt es überhaupt nicht, und wenn es welche gibt, so sind sie langweilig.“ Das sagt der alte Stechlin, der Titelheld in Theodor Fontanes gleichnamigem Roman. Aber was hat es mit diesem Satz für eine Bewandnis? Er dient gleich am Anfang des Werkes zur Charakterisierung des Hausherrn am namensgleichen See. Es geht offensichtlich um die Wahrheit und um ihre Existenz in „Paradoxen“, wie Fontane den Alten sagen lässt. Dem eingangs zitierten Satz geht nämlich unmittelbar voraus: „Paradoxen waren seine Passion. Ich bin nicht klug genug, selber welche zu machen, aber ich freue mich, wenn's andere tun; es ist doch immer was drin.“

Die Wahrheit existiert also eher im Paradoxen, denn im unumstößlich Festgestellten. Karl Marx schreibt seiner Tochter Jenny 1865 ins Poesiealbum: „de omnibus dubitandum“ (an allem ist zu zweifeln). Die Mutter tröstet die Tochter im gleichen Jahr mit dem Eintrag „nil desperandum“ (an nichts muss man verzweifeln). Fontane ist nur anderthalb Jahre jünger als Marx, geboren am 30. Dezember 1819. Gut dreißig Jahre nach Marxens Eintrag in das Album der Tochter legt

er unser Ausgangszitat dem Stechlin in den Mund. Der verzweifelt nicht daran, dass die Wahrheit in einer ihr angemessenen Aussage nicht völlig und unanfechtbar enthalten ist. Lenin kann dafür ebenfalls als Zeuge angeführt werden: Jede erreichte Wahrheit hat für ihn stets relativen Charakter in einem dialektischen, wohl unendlichen Prozess der asymptotischen Annäherung an die absolute Wahrheit.

Man muss sich deshalb nicht verzweifeln in einen unentrinnbaren Relativismus versenken. Die Sache mit der Wahrheit ist jedoch auch nichts für einfache Gemüter. Man muss Wahrheit zu finden trachten und zugleich akzeptieren, dass man sie nie ganz finden wird. Für Stechlin ein Ausweg aus Langeweile. Lenin tröstet, dass im Erkenntnisfortschritt jede relativ wahre Aussage einen Teil der Wahrheit erfasst und wir somit immer „tiefere Seiten der absoluten Wahrheit“ erfassen (Wolfgang Röd, Dialektische Philosophie der Neuzeit, München 1986, S. 141 und vgl. Lenin, Werke, Band 38, S. 212-214).

Wie komme ich aber überhaupt darauf? Nicht nur, weil wir demnächst den 200. Geburtstag von Theodor

Fontane feiern können. Das auch, denn es hat mich an diesen Stechlin erinnert. Der lebte irgendwie dialektisch. Das 19. Jahrhundert hat ihm vielleicht theoretisch, sicher jedoch praktisch die Dialektik der Wahrheitsfindung eingebläut. Es ist das Jahrhundert der aufwachsenden Wissenschaft, deshalb das Jahrhundert des



Zweifels an allem, auch durch Revolutionen und aufkommende Demokratien, das Jahrhundert des Erkenntnisfortschritts in Widersprüchen, weil das Jahrhundert der Einsicht in die Widersprüchlichkeit der Welt. Aus dem 18. Jahrhundert kommt Georg Wilhelm Friedrich Hegel philosophisch-spekulativ damit herein, Marx und Engels verwandeln das in eine Wissenschaft, Lenin trägt es in die erste Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts, Fontane verarbeitet es am Ende des Jahrhunderts literarisch. Sein Stech-

lin versucht wacker damit zurecht zu kommen, in der Politik und im persönlich-familiären Leben; bis er stirbt und vieles für ihn offen gelassen zurück bleibt.

Meine Frage nun, wie werden wir diesem Dilemma der Erkenntnis gerecht, wenn wir uns um Wahrheiten streiten? Wir, das muss nicht gleich die gesamte Menschheit sein. Nehmen wir doch bescheiden zunächst nur die Partei DIE LINKE. Der alte Stechlin wurde nicht gleich unglücklich, weil er als konservativer Kandidat eine Nachwahl zum Reichstag gegen einen „Bebelianer“ verloren hatte. Irgendwie war es für ihn auch ein Zeichen, dass sich in der Gesellschaft etwas verändert hatte; verändert auch, weil die Menschen anfangen, systematisch der Welt und ihren Widersprüchen auf den Grund zu gehen. Nun gehen wir doch mal unserer jüngsten Niederlage nach und auf den Grund. Das heißt natürlich, Wahrheit zu suchen. Aber machen wir das selbstgerecht verabsolutierend und spaltend oder machen wir es auf dialektische Art und Weise? Lasst uns die Annäherung an die Wahrheit in jeder begründbaren Aussage akzeptieren. Nehmen wir den Widerspruch nicht als Ausdruck der Feindschaft, sondern als Ansatz zu seiner Auflösung – wohlgemerkt: zu seiner Auflösung in neuer Erkenntnis. Bewerbstelligen wird das miteinander, dann wird es gelingen!

Man spricht Englisch beim Töten

Warum weder mehr Polizei noch mehr „Demokratie leben“-Programme unser Leben sicherer machen. Von Ralf Richter

„Die Lehrer, die mit ihm nicht mehr klar kamen, schickten ihn fort. Die Eltern, die nichts von ihm wussten, gaben auf.“ So beginnt im Spiegel unter der Überschrift „Die Biologie des Bösen“ der Beitrag über den ersten Massenmörder im vereinigten Deutschland. Sein Name: Robert Steinhäuser. Seine Tat: Der 19jährige erschoss in seiner Schule, dem Erfurter Gutenberg-Gymnasium, am 26. April 2002 innerhalb kürzester Zeit 16 Menschen: 11 Lehrer, eine Referendarin, eine Sekretärin, zwei Schüler und einen Polizeibeamten. Über die Tat wurden ellenlange Abhandlungen geschrieben, zum Motiv hingegen gibt es sehr wenige Informationen.

In diesem April 2002 hatte eine neue Ära begonnen. Die Medien weigern sich bis heute, den Begriff „Massenmord“ zu benutzen; stattdessen sprechen sie bewusst fälschlicherweise vom „Amoklauf von Erfurt“ – doch ein Amokläufer schlägt oder sticht blind vor Wut um sich, ohne zu wissen, was er tut und wen er verletzt. „Geplante Amokläufe“ gibt es nicht. Der 19jährige hatte sich nicht nur sorgfältig mit dem Spiel Counterstrike und Training an Schusswaffen vorbereitet, sondern er hatte auch ein klares Vorbild: Am 29. April 1999 erschossen an der Columbine High School im Bundesstaat Colorado der 18jährige Eric Harris und der 17jährige Dylan Klebold zwölf Mitschüler und einen Lehrer.

Seither nennt man in den USA alle, die nach dem 29. April geboren wurden, die Generation Columbine. Denn sie alle haben seither immer wieder „School Shootings“ erlebt. „School Shootings“ allerdings hatte in den USA schon lange vorher öfter gegeben. Doch 1999 war alles anders: Ein riesige Medienmaschinerie war aufgefahren um erstmal einem breiten Publikum weltweit davon zu berichten. Das hatte es nie zuvor gegeben! Das amerikanische Vorbild inspirierte nach Robert Steinhäuser auch den Schul-Schützen von Winnenden. Am 11. März 2009 erschoss im baden-württembergischen Winnenden der 17jährige Tim Kretschmer an seiner Schule neun Schülerinnen und drei Lehrerinnen. Insgesamt ermordet er 15 Menschen und tötete sich selbst.

Über zehn Jahr später – zwischendurch hatte in München am 22. Juli 2016 der 18jährige Schüler David Sonboly in einem Einkaufszentrum neun etwa Gleichaltrige mit Migrationshintergrund erschossen –, am 9. Oktober dieses Jahres, macht sich ein 27jähriger in Halle an der Saale bereit, um in der dortigen Synagoge einen Massenmord zu begehen. Aber er scheitert an der Tür. Frustriert erschießt er willkürlich eine Passantin und einen jungen deutschen Handwerker an einem Dönerimbiss.

Was haben alle Taten gemeinsam, was unterscheidet sie? Gemeinsam ist allen Taten, dass es sich um junge männliche Täter handelt, die sich in irgend einer Weise benachteiligt fühlten, gern Computerspiele spielten, eine Affinität zu Schusswaffen

hatten und bestimmten „Vorbildern“ nacheifern wollten, die aus dem internationalen Raum kamen: Steinhäuser orientierte sich an den „School Shootings“ von Columbine, Sonboly tötete genau am fünften Jahrestages des Massenmordes in Norwegen, bei dem Anders Breivik 77 Menschen tötete, und Stephan Balliet in Halle schließlich hatte in Neuseeland sein Vorbild gefunden, wo der aus Australien stammende Brenton Tarrant am 15. März 2019 in zwei Moscheen 51 Menschen erschossen hatte. Auf diese Tat „antwortete“ der Islamische Staat in Sri Lanka mit einer konzertierten Aktion: Im April wurden zeitgleich acht Ziele von Selbstmordattentätern angegriffen, darunter mehrere Kirchen, und insgesamt 310 Menschen getötet – hauptsächlich Christen. darunter 35 Ausländer aus acht Nationen.

Es scheint nicht mehr vorrangig um den Mord an einzelnen Gruppen zu gehen – Lehrer, Mädchen oder Frauen, Menschen mit Migrationshintergrund, Moslems, Christen oder Juden, sondern es ist längst zu einem internationalen „Mordspiel“ geworden: Das eigentliche Ziel sind nicht die jeweiligen Gruppen, sondern es sind in Wahrheit die Medien. Sie sind es, die weltweit berichten sollen, und so kann es heute jeder – wenn die Medienleute das große Besteck auffahren – mit dem Einsatz von weni-

gen hundert Euro für selbstgebaute Waffen zu weltweiter „Berühmtheit“ schaffen. Dabei sind die klassischen Medien gar nicht mehr so sehr wichtig. Seit diesem Jahr überträgt der Täter seine Taten gleich selbst. Mit Helmkamera und Internetverbindung wird das, was zu Hause hunderte Male bei Videoballerspielen geübt wurde, nun im Freien an echten Menschen praktiziert – und jeder weiß: Was digital einmal aufgenommen wurde, wird nie wieder verschwinden. Die Bilder bleiben, der Name wird bekannt und die nationale Antwort von Behörden ist nichts im Vergleich zum internationalen Echo. Über die Opfer und ihre Schicksale redet man seltener.

Man spricht Englisch beim Töten. Jeder kann sich nun Dank 3-D-Drucker sein Schießisen selber bauen. Zum Einsatz kam in Halle übrigens auch eine Luty. Der Engländer und Büchsenmacher Philip Luty hatte aus Protest gegen die 1986 verschärften Waffengesetze in Großbritannien eine Maschinenpistole zum Eigenbau für Jedermann entwickelt und später die Bauanleitung ins Netz gestellt. Dafür war er ins Gefängnis gekommen. Für seine Freilassung hatte sich ausgerechnet die amerikanische Waffenbesitzerlobby Jews for the Preservation of Firearms Ownership (JPFO) stark gemacht.

Allen Tätern ging es darum, endlich Aufmerksamkeit zu erfahren – inzwischen wendet man sich an ein weltweites Auditorium und vor allen an Gleichgesinnte in der westlichen Welt. Technisch werden die Taten immer ausgefeilter, weil immer mehr IT Wissen einfließt: Schon der Täter von München hatte das Facebook-Profil von einer 14jährigen gehackt, sich als Türkin ausgegeben und die Leser zu einem kostenlosen Trunk eingeladen. Was Computerkenntnisse anbelangt, sind die jungen Täter inzwischen ihrer Umwelt zum Teil weit voraus.

Es ist längst ein internationaler Wettbewerb um Aufmerksamkeit geworden, den weder mehr Polizeistellen noch mehr Programme für „Demokratie leben“ stoppen werden. Solange man sich nicht um das Wichtigste kümmert: Jeder junge Mensch hat das gleiche Recht auf Arbeit, sinnvolle Beschäftigung und Anerkennung. Verwehrt man dies aus den unterschiedlichsten Gründen, können diese jungen Männer abdriften. Absolute Sicherheit gibt es nicht, aber die Wahrscheinlichkeit solcher Taten ließe sich wohl reduzieren.

Den toten Lehrerinnen und Mädchen von Erfurt und Winnenden hat es nicht geholfen, dass ihr Täter kein Nazi war. Nach Halle scheint es einigen politischen Kräften darauf anzukommen, schnell dem Täter ein Label umzuhängen: Rechtsextremist und Antisemit. Ja, so hat er sich nach außen dargestellt und diese Rolle hat er gespielt. Ein Schauspiel für die Weltöffentlichkeit. Die Realität war: Das Scheidungskind Stephan lebte noch bei seiner Mutter von Hartz IV nach einem abgebrochenen Studium der Chemie und sah keine Zukunft für sich. „Einmal Loser immer Loser“, so beschimpft er sich selbst im Video. Entschuldigen kann das natürlich nichts.

Die Aufgabe besteht nicht darin, Überwachung zu fördern, sondern zuerst den Boden für künftige Attentäter auszutrocknen. Das würde bedeuten, jeden dieser jungen Männer nicht einfach fallen zu lassen nach Krankheit (wie in Halle) oder Fehlleistungen (wie in Erfurt), sondern ihnen eine sinnvolle Perspektive zu geben. So lange man das nicht tut, solange Schulen, Universitäten, Medien und Wirtschaft die Menschheit in „Winner“ und „Loser“ einteilen, wird sich die Spirale der Gewalt immer weiter drehen. In der gesamten westlichen Welt. Opfer sind immer die Unschuldigen. Wenn gerade kein Jude, Moslem oder Linker zum Erschießen da ist, wird eben auf eine Passantin angelegt. Es ist dem Schützen egal, weil er sich selbst egal ist.

Der Täter war im Netz und wusste, dass man ihm zusah: Er musste „liefern“. Zeigen, dass man mit selbstgebaute Waffen töten kann, wie er es angekündigt hatte. Er hatte sich mit seiner Live-Verbindung selbst unter Zugzwang gesetzt. Er „musste“ irgendjemanden erschießen, das meinte er wohl seinen Zuschauern schuldig zu sein.



Keine Gewalt! Wir sind das Volk! Der machtvolle Sound des 9. Oktober 1989, skandiert aus 70.000 Kehlen, katapultierte diese Leipziger Montagsdemo in die Geschichtsbücher, weil sie die Verhältnisse zum Tanzen brachte. Alles, was danach kam, hatte hier begonnen. 30 Jahre später ist um jenen Schicksalstag ein Deutungskampf entbrannt. Löste der 9. Oktober eine Revolution aus? Verlieh er dem Wendegeschehen in der DDR, mehr als der Mauerfall am 9. November, die stärksten Impulse? Oder leitete er gar eine regressive Entwicklung ein, die den Untergang der sozialistischen DDR und ihren Anschluss an die kapitalistische BRD bewirkte?

Diese und andere Fragen bewegen auch den 48. Jour fixe an der Leipziger Dependence der RLS Sachsen. Auf sie eine Antwort zu finden, sind am 4. Oktober 2019 prominente Zeitzeugen in die Alte Handelsbörse gekommen, um dem erwartungsvollen Auditorium ihre persönlichen An- und Einsichten zu vermitteln. Moderator Gerd-Rüdiger Stephan, Historiker und Vize-Geschäftsführer der RLS Berlin, begrüßt die Ex-SED-Bezirkssekretäre Kurt Meyer und Roland Wötzel, neben Bernd-Lutz Lange, Peter Zimmermann und den inzwischen verstorbenen Kurt Masur und Jochen Pommert zwei der legendären „Leipziger Sechs“. Mit ihnen auf dem Podium Cornelius Weiss, der erste Nachwende-Rektor der Universität Leipzig, und Michael Zock, der damals als Rundfunkjournalist hautnah dabei war. Peter Zimmermann und Bernd-Lutz Lange waren leider nicht zu gegen, ihre Grußbotschaften quittiert das Haus mit Sympathie und Bedauern. Doch holen Meyer und Wötzel die grundsätzliche Geistesverwandtschaft des Jüngsten der „Leipziger Sechs“ mit in die Diskursrunde, indem sie mehrfach Bezug auf das von ihm und Sohn Sascha gerade veröffentlichte Buch „David gegen Goliath. Erinnerungen an die Friedliche Revolution“ nehmen.

Und plötzlich mittendrin

Ehe noch die Debatte startet, ist das Publikum plötzlich mittendrin im brodelnden Geschehen des 9. Oktober 1989. Michael Zocks historische Tonbandaufnahmen, die er als Redakteur von Radio DDR, Sender Leipzig, mit Kurt Masur und zahlreichen Demonstranten gemacht hat, erzeugen im Publikum magische Momente unmittelbaren Dabeiseins. Gänsehautfeeling, als Masurs sonore Stimme im Namen der „Leipziger Sechs“ zu Besonnenheit und Dialogbereitschaft aufruft, um die befürchtete gewaltsame Konfrontation zwischen emotional aufgeladener Masse und aufmunitionierter Staatsmacht zu verhindern. Angespannte Aufmerksamkeit, als Zocks Umfragen dokumentieren, was die Menschen auf der Straße damals fühlten, dachten, forderten, während im Hintergrund, im „Pulverdampf“ des Demo-Aufzugs, immer wieder „Keine Gewalt!“-Sprechchöre den Kampfesmut wie die Angst der Menge offenbaren.

Kurt Meyer nimmt als erster das Wort auf des Moderators Frage, wie der 9. Oktober aus dem Abstand von 30 Jahren zu charakterisieren sei und wel-

Der Tag, der die Verhältnisse zum Tanzen brachte

Zeitzeugen diskutieren bei Jour fixe den 9. Oktober 1989 in Leipzig. Von *Wulf Skaun*



Prof. Dr. Cornelius Weiss, Dr. Kurt Meyer, Gerd-Rüdiger Stephan, Dr. Roland Wötzel und Michel Zock

che neuen Sichten es gäbe. Noch unter dem Eindruck des aufwühlenden szenischen Einstiegs stehend, gelten des studierten Historikers Gedanken dem „subjektiven Faktor“, wie er formuliert. „Wir sind damals unserem Gewissen gefolgt, unserer humanistischen Lebensmaxime.“ Seine Überlegungen münden in die Selbstverpflichtung, weiterhin streitbar die Stimme gegen jedwede Geschichtsfälschung, auch über die Rolle der damaligen Bezirkssekretäre, zu erheben. Die persönliche Lehre aus den Erfahrungen von damals und heute heiße, mit allen Friedfertigen zusammenzuarbeiten, Toleranz gegenüber allen Menschen guten Willens zu üben, um gemeinsam alle demokratischen Errungenschaften zu bewahren.

Roland Wötzel, Jurist, bewertet den 9. Oktober als Wendepunkt in den Ereignissen des '89er Herbstes. „Erstmals standen sich Staatsmacht und Demonstranten auf Augenhöhe gegenüber.“ Die von Honecker auch an das Leipziger Bezirkssekretariat der SED ausgegebene Weisung, „die konterrevolutionären Umtriebe“ mit allen Mitteln zu ersticken, blieb folgenlos. Die Demonstranten zogen friedlich um den Ring. „Partei- und Staatsmacht hatten am Abend eine schwere Niederlage erlitten. Insofern halte ich den 9. Oktober für den entscheidenden Tag in der Wendegeschichte, nicht den 9. November, weil es den Mauerfall ohne die Leipziger Demonstration vom Ende der Allmacht der Partei nicht gegeben hätte.“ Wötzel hat eine Meinung, ob es sich da-

bei um eine Revolution, Rebellion oder Konterrevolution gehandelt habe. „Sie wird nicht jedem gefallen, und etliche Fragen bleiben noch offen.“ Mit den Leipziger Revolutionshistorikern Markov und Kossok vertrete er die Auffassung, die auf revolutionäre Erneuerung für einen demokratischen Sozialismus orientierte Bewegung der Massen sei, aus dieser Perspektive betrachtet, nach dem 9. November in konterrevolutionäres Fahrwasser geraten. „Wir sind zurückgefallen in ein System, das wohl viele progressive Seiten hat, aber grundsätzliche gesellschaftliche Rückständigkeit aufweist.“

Altrector Cornelius Weiss kommt zum selben Schluss. Seine hochemotionale Rede gerät zu einer unversöhnlichen Abrechnung mit jenen Kräften, „die als Trittbrettfahrer die Revolution zunächst okkupierten, sie dann in Events verwandelten“, ehe massive Aufgebote „von außerhalb“ entscheidenden Einfluss auf die Massen gewannen, um sie vom Streben nach reformiertem Sozialismus auf den Sehnsuchtsweg in „Helmuts Wirtschaftswunderland“ umzulenken. Andersdenkende, wie die Mehrheit seiner Uni-Studenten, seien ersten gewaltsamen Verfolgungen ausgesetzt gewesen. „Da bin ich nicht mehr zu den Demos gegangen.“ Der Chemiker, der heute die „Aufstehen“-Bewegung unterstützt, spricht „vom dumpfen Gefühl, vom Regen in die Traufe“ gekommen zu sein. Mit dem Verlust der sozialistischen Verhältnisse sei auch die verlässliche Friedens-

und Sozialpolitik verloren gegangen. „In diesem Sinne hat eine Konterrevolution stattgefunden.“

Was sich 30 Jahre später verändert hat, nimmt Michael Zock aus der Perspektive des Radiomannes ins Blickfeld. Damals habe der Rundfunk die Gewandhaus-Gespräche zwischen Masur und seinen Mitstreitern und einem politisch interessierten Publikum stundenlang übertragen. „Das hielten wir für wichtig.“ Im Laufe der Zeit verblasste das Geschichtsbewusstsein in den Redaktionen. „Mit dem Aufruf der Sechs konnte eine junge Redakteurin des Gewandhaus-Magazins bereits vor fünf Jahren nicht mehr viel anfangen.“

Eigenmächtig entschieden

Stichwort für den Moderator, die historische Tat der Leipziger Sechs und insbesondere die Zivilcourage der drei Parteifunktionäre in den Fokus der Diskussion zu rücken. So erfährt das Auditorium, möglicherweise zum letzten Mal, aus dem Mund der heute betagten Akteure, welche dramatischen Entwicklungen sich vor und nach dem Aufruf ereigneten. Dass sie nicht gezwungen wurden, das Papier zu unterzeichnen, wie es vorherrschende Geschichtsschreibung behauptet. Dass sie dessen Ausstrahlung im Gegenteil aktiv mitinitiierten, nachdem ihnen Walter Friedrich, der Direktor des Zentralinstituts für Jugendforschung Leipzig, interne Informationen von Egon Krenz über die höchst beunruhigende Alarmbereitschaft der Einsatzkräfte in Leipzig anvertraut hatte. Meyer und Wötzel schildern, wie knapp ein Blutvergießen vermieden werden konnte, weil sich der amtierende Leipziger Parteichef Helmut Hackenberg auf ihr Drängen, aber ohne Anweisung oder Zustimmung aus Berlin, in letzter Minute eigenmächtig entschloss, die bewaffneten Einsatzkräfte zurückzuziehen. Wötzel: „Dafür sollte Hackenberg die Anerkennung nicht versagt werden.“

Was man aus dem 9. Oktober 1989 lernen könne, fragt Gerd-Rüdiger Stephan abschließend. Das Podium ist sich einig: Zivilcourage, Mut zur Wahrheit, Toleranz und Dialogbereitschaft seien heute wieder unabdingbar, um für Frieden, Freiheit, Demokratie und gerechtere soziale Verhältnisse einzutreten.

Wie sehr die vier auf dem Podium Hirn und Herz der über 70 Versammelten ergriffen haben, beweist die lebhaft engagierte Diskussion. Die „prickelnde Atmosphäre“ an jenem 9. Oktober in Leipzig schildert ein Hallenser in solch bewegenden Worten, als sei es erst gestern gewesen. Auch andere Zeitzeugen berichten anschaulich und detailreich von ihren persönlichen Erlebnissen und Erfahrungen, bestätigen und ergänzen die Sicht der Podiumsredner oder widersprechen ihnen. So zum Beispiel der Aussage, die friedliche Revolution sei in eine Konterrevolution übergegangen. Als Moderator Gerd-Rüdiger Stephan nach zwei Stunden lebendiger Revolutionsgeschichte den Schlussakkord setzt, hat sich reihum die Erkenntnis eingestellt, die Roland Wötzel nicht nur für diesen Abend formuliert hatte: Es bleiben noch viele Fragen offen.

Seit dem spärlichen Wahlergebnis für DIE LINKE in Sachsen, aber auch in Brandenburg suchen jeder und jede in der Partei nach den Ursachen. Dabei kommt auch unsere Sprache zur Sprache. Sie ist vielen, so wird unterstellt, zu intellektuell, zu abgehoben, für „normale“ Menschen oft unverständlich. Es bringt nichts, wenn diese - wahrscheinlich nicht allzu selten zutreffende Beobachtung - mit einer aufflammenden Intellektuellenfeindlichkeit verbunden wird, eine neuerdings leider auch nicht allzu selten zu beobachtende Erscheinung. Besser ist wohl, sich mit dem Problem eines „schichtenspezifischen Sprachverhaltens“ und seine sozialen Folgen wieder ernsthaft zu beschäftigen. Es lohnt eine Rückbesinnung auf die 68er-Bewegung, die den im Titel formulierten Zusammenhang wichtig fand, vor allem sprachwissenschaftlich aufzuklären versuchten, um daraus Schlussfolgerungen für einen progressiven Umgang mit Muttersprache in der Schule abzuleiten.

Es war natürlich auch 1968 nicht neu, dass der Schulerfolg mit der sozialen Herkunft zusammenhängt. Es war bekannt, dass sich Bildungsferne und Bildungsaffinität und damit Schulerfolg sowie der davon abhängige gesellschaftliche Erfolg quasi vererben. Nach dem Warum und Wieso und nach den Vermittlungsmechanismen wurde jedoch kaum gefragt. Das änderte sich mit den Untersuchungen des Engländer Basil Bernstein, die schon in den 1950er Jahren begannen und von der 68er-Bewegung vor allem in der damaligen BRD freudig aufgenommen und weitergetrieben wurden.¹

Bernstein, ein Sozialarbeiter, machte darauf aufmerksam, dass die soziale Schichtzugehörigkeit, regelgeleitetes Sprachverhalten und Schulerfolg in der englischen Gesellschaft stark positiv korrelieren. Er unterschied eine „Mittelschicht“ und eine „Unterschicht“, die sich sowohl in ihrem Sozialverhalten wie auch im daran gebundenen Sprachverhalten deutlich unterscheiden. Für die jeweilige Schicht charakteristische Realitätswahrnehmung und -deutung als Folge ihrer Lebenswirklichkeit bestimmen die sozialen Beziehungen und das soziale Verhalten. Das zeigt Wirkung: Die Beziehungen in der „Unterschicht“ sind durch weitgehend festgelegte Rollen in der Sozialstruktur und vor allem in der Familienstruktur bestimmt. Sprachlich braucht das wenig Ausführlichkeit und Differenziertheit. Man versteht sich. Begründungen für Verhaltensanweisungen und -erwartungen können weitgehend ausbleiben. „Weil ich es sage“, reicht durchaus. Im Gegensatz dazu sind in der „Mittelschichtfamilie“ sehr viel weniger Verhaltensweisen durch soziale Rollen vorgegeben. Frühzeitig entsteht deshalb das „Bedürfnis nach ständiger verbaler Explizierung individueller Absichten.“² Bernstein setzt dazu für

Soziale Herkunft – Sprechweise – Schulerfolg

Peter Porsch über den Zusammenhang von sozialer Herkunft und Sprache – auch wichtig für politische Kommunikation



Bild von Rudy and Peter Sittleriana auf Pixabay

die Unterschicht einen „restringierten (eingeschränkten) Kode“ und für die Mittelschicht einen „elaborierten (ausgearbeiteten) Kode“ in Bezug. Die Benennungen sagen es: Die Unterschicht ist deshalb weniger in der Lage, formale Möglichkeiten der Sprache auszuschöpfen. Sie verfügt über weniger Varianten des Sprechens und über ein geringeres Ausmaß des verbal Erfass- und Darstellbaren. Die sprachliche Bewältigung wechselnder Rollen und des Rollenwechsels selbst sind damit ebenfalls eingeschränkt. Verbunden seien damit eingeschränkte kognitive Fähigkeiten der Sprecher*innen der Unterschicht und deshalb die Zuweisung eines inferioren Sozialstatus.

Darstellung und Kritik des Ansatzes von Bernstein nahm ungeahnte Ausmaße an. Bekannt wurde vor allem eine umfassende und empirisch sehr genaue Überprüfung seiner Behauptungen für damals westdeutsche Verhältnisse durch Ulrich Oevermann³. Diese Untersuchung entschärfte die Befunde Bernsteins für die BRD etwas, bestätigte sie jedoch in ihrer Grundtendenz. Es liegt auf der Hand, dass die Annahmen Bernsteins, aber auch Oevermanns Ergebnisse ein Defizit der Unterschicht zeigen. Die sogenannte „Defizit-Hypothese“ hatte ihre Propheten⁴. Für die Muttersprach-

bildung folgte man daraus einen „kompensatorischen Unterricht“, der die sprachlichen und kognitiven Defizite der Unterschicht beheben und damit ihre gesellschaftlichen Chancen erhöhen sollte. Schnell tauchten aber Zweifel an den Defiziten auf. Ausgangspunkt waren die Untersuchungen von William Labov⁵. Was Defizit sein sollte, war in Wirklichkeit nur anders, im gegebenen Fall aber durch gesellschaftliche Machtverhältnisse in seiner Ausarbeitung eingeschränkt. Die Unterschicht braucht also Emanzipation von den (be)herrschenden Mittelschichtnormen. Der Muttersprachunterricht sollte folglich ein „emanzipatorischer“ sein.

Detaillierungen, Ausweitungen und Anregungen für Unterrichtskonzepte sonder Zahl entstanden im Kampf zwischen Vertreter*innen des Emanzipatorischen und Kompensatorischen. Ulrich Ammon erweiterte die linguistische Basis des Unterschiedlichen auf die Dialekte, die gemeinhin eher in die nicht emanzipierte Ecke geschoben wurden, freilich unter Hintanstellen ihrer kommunikativen und kognitiven Potentiale.⁶ In der DDR hielt man die Ansätze für kapitalistische Gesellschaften sehr wohl gerechtfertigt, meinte aber mit dem eigenen Schulsystem die Probleme gelöst zu haben. Mag das auch in vielerlei Hinsicht

stimmen, so ergaben wenig verbreitete und auch in der Kritik kaum aufgenommene Befunde tendenzielle Übereinstimmungen.⁷

Die umfangreichen und zum Teil aufgeregten Debatten mündeten in der BRD natürlich auch in schulpolitischen Forderungen. Die 68er hatten im Rahmen ihrer kulturrevolutionären Ambitionen plötzlich einen Hebel entdeckt, die aus ihrer Sicht und sicher auch objektiv repressiven „Mittelschichtnormen“, die die Gesellschaft strukturierten, aufzuheben. Die Revolutionäre Tat konnte im Muttersprachunterricht angesiedelt werden. Eine ernstzunehmende Konsequenz war die Einrichtung von Gesamtschulen in den SPD-regierten Ländern, die die Inferiorität der „Unterschicht“ im Bildungssystem in eine Chancengleichheit überführen sollten. Aus der 68er Bewegung hervorgegangene Lehrerinnen und Lehrer orientierten ihre Lehrkonzepte sowohl an Kompensation für wie Emanzipation der „bildungsfernen Schichten“. Dennoch muss man konstatieren, dass wohl nicht das Problem, freilich aber die soziolinguistischen Ansätze in Vergessenheit gerieten. Natürlich waren sie gerade in ihrer linguistischen Grundlegung im Angesicht folgender Forschungen zur Sprachwirksamkeit, zur Neuro- und Psycholinguistik und auch zur Soziolinguistik nicht ausreichend. Es wurde aber auch wenig zu ihrer Ausweitung und Präzisierung getan. Gesamtgesellschaftlich gesehen verlor sich 68 und seine bildungsorientierte Soziolinguistik. Gegenwärtig drängt das Problem aber wieder stark. Migration schafft neue Fragen. Vieles wird neu erfunden und anderswo gefunden. In Österreich versuchte man vor nicht allzu langer Zeit und unter der Ägide einer SPÖ-Kanzlerschaft die Einrichtung von „Neuen Mittelschulen“, die annähernd nach dem Vorbild der deutschen Gesamtschule die Förderung von Kindern bildungsferner Schichten auch bis zur Matura (Abitur) bewältigten sollten. Es gab beträchtlichen Widerstand aus konservativen Kreisen, auch von konservativen Organisationen von Gymnasiallehrer*innen, die befürchteten, vor Klassen stehen zu müssen, die sich nicht aus ihrer traditionellen Klientel zusammensetzten. „Bildungspein“, wie sie der deutsche Soziologe Heinz Bude konstatiert, macht sich breit. „Der heilige Gral der Bildung hat einen Namen: das Gymnasium.“⁸ Dass unter diesen Umständen positive strukturelle Ansätze aus der DDR gar keine Chance haben, ist leider Fakt. Mit diesen Entwicklungen muss sich DIE LINKE beschäftigen, nicht zuletzt um einen sprachlichen Zugang zu bildungsfernen Schichten zu finden. Meine Reminiszenz an 1968 soll dazu anregen. Als wissenschaftliche Grundlage reicht sie alleine nicht mehr aus. Sprachbarrieren als soziale Barrieren gibt es aber immer noch.

3 Oevermann, Ulrich: Sprache und soziale Herkunft. Berlin 1972

4 Vgl. dazu ausführlich Dittmar, Norbert: Soziolinguistik. Exemplarische und kritische Darstellung ihrer Theorie, Empirie und Anwendung. Mit kommentierter Bibliographie. Frankfurt/Main. 1973, S. 12ff.

5 Vgl. The Reflection of Social Processes in Linguistic Structures. In: Fishman Joshua A.: Readings in the Sociology of Language. The Hague, Paris 1968, S. 240ff.

6 Ammon, Ulrich: Dialekt, soziale Ungleichheit und Schule. Weinheim, Berlin, Basel, Wien 1972.

7 Vgl. Porsch, Peter: Soziolinguistische Aspekte des Zusammenhangs von soziokultureller Differenzierung und Differenzierung im Schulerfolg in der entwickelten sozialistischen Gesellschaft. In: Linguistische Studien, Reihe A, Heft 149, Berlin 1986, S. 226ff. 8 DER STANDARD, 2.12. 2018.

1 Vgl. zum Überblick, Bernstein, Basil: Soziale Struktur, Sozialisation und Sprachverhalten. Aufsätze 1958 bis 1970. Amsterdam 1970. 2 Niepold, Wulf: Sprache und soziale Schicht. Berlin 1970, S. 28.

Die basisdemokratische Revolution zur Erneuerung der DDR

Ein umfassender Rückblick von *Prof. Dr. Kurt Schneider* auf 1989/90 – Teil 3

Das erste gravierende Ereignis nach der Öffnung der Staatsgrenze der DDR war die Rede von Helmut Kohl am 19. Dezember 1989 vor der Ruine der Dresdener Frauenkirche, der ein Arbeitsgespräch mit Ministerpräsident Hans Modrow vorausgegangen war. Gestützt auf seine Regierungserklärung vom 28. November 1989, die ein Zehnpunkte-Programm zur Herstellung der Einheit enthielt, war mit Kohls Rede erkennbar, dass die Bundesregierung Kurs auf die nationale Einheit nach Artikel 23 des Grundgesetzes nahm, was von Modrow, der für eines „Vertragsgemeinschaft“ beider Staaten eintrat, in Berufung auf die Eigenstaatlichkeit der DDR abgelehnt wurde. Ebenso leisteten große Teile der Bürgerbewegung Widerstand.

Doch die unter der Losung „Wir sind das Volk!“ handelnden Kräfte, die bereits de facto die angestrebten bürgerlich-demokratischen Freiheiten und weitere wichtige Positionen errungen hatten, verloren zunehmend ihren Einfluss an jene Akteure, die mit der Losung „Wir sind ein Volk!“ auf die nationale Komponente setzten. Zugleich hieß es: „Kommt die D-Mark nicht zu uns, gehen wir zur D-Mark hin.“ Für diese Demonstranten standen nicht mehr die weitere Ausprägung der Demokratie damit die Fortführung der friedlichen Revolution im Mittelpunkt, sondern die D-Mark. Ihr Adressat war nicht mehr die DDR-Regierung, sondern die der Bundesrepublik.

Damit war ein Übergang zu neuen Triebkräften in der Entwicklung eingeleitet worden. Anstelle der bürgerdemokratisch handelnden Kräfte, nahmen jetzt, bei Nutzung der offenen Staatsgrenze, Schritt für Schritt westdeutsche Parteien Einfluss auf das innenpolitische Geschehen. Alsbald verlor das Neue Forum (NF), das für zwei, drei Monate eine bürgerdemokratische Massenbewegung war, an Einfluss. Der Aufbruch aus eigener Kraft begann zu versiegen. Die vom NF getragenen Montagsdemonstrationen und -kundgebungen kamen weitestgehend Mitte Januar 1990 zum Erliegen. Diese neue Situation symbolisierte zugleich das beginnende Ende des historischen Versuchs, mittels einer basisdemokratischen Volksbewegung revolutionären Charakters die sozialistische Erneuerung der DDR zu vollziehen. Es begann das zielgerichtete Bonner Bestreben – unterstützt von pro-kapitalistischen innenpolitischen Kräften der DDR – eine Restauration des Kapitalismus durch einen Anschluss der DDR an die BRD herbeizuführen. Darin hatte seit Bestehen der DDR das Ziel der herrschenden politischen Kräfte der BRD bestanden, weshalb auch der DDR seitens der BRD die völkerrechtliche Anerkennung und damit auch die der DDR-Staatsbürgerschaft verweigert bzw. bis zuletzt behindert worden war. Damit wurden neue Triebkräfte im Prozess der

Veränderung der DDR wirksam, jedoch noch bei Existenz „Runder Tische“, die in den Wochen zuvor als demokratische Machtorgane entstanden und als Gegenpol zur Restauration kapitalistischer Verhältnisse in den Mittelpunkt des Geschehens getreten waren.

Die Runden Tische waren ein Resultat der für die weitere Demokratisierung wirkenden Akteure, deren Bildung bereits im Frühjahr 1989 von der „Initiative für Frieden und Menschenrechte“ mit dem Blick auf polnische Erfahrungen vorgeschlagen worden war, aber von der Partei- und Staatsführung ignoriert bzw. abgelehnt wurde. Erst nach der offiziellen Zulassung des NF durch das Innenministerium und der Bildung der Modrow-Regierung wurde es möglich, diesen Schritt zu vollziehen. Im Oktober/November 1989 trafen sich Vertreter verschiedener Bürgerbewegungen und der noch konspirativen Sozialdemokratischen Partei in der „Kontaktgruppe“, um das Vorgehen zu beraten. Am 22. November 1989 rief der Pressesprecher des Bundes der evangelischen Kirchen auf Vorschlag der „Bürgerbewegung Demokratie Jetzt“ (DJ) zur Teilnahme an einem „Zentralen Runden Tisch“ am 7. Dezember 1989 in Berlin auf. Dem folgten zunächst 15 Parteien und Bewegungen, in der Absicht, die spontan und lokal entstandene neue Form basisdemokratischer Demokratie – so hatten sich bereits in Leipzig, Dresden, Berlin und an weiteren Brennpunkten des politischen Geschehens politische Diskussionsforen gebildet, die ihrem Charakter nach dem Konzept der Runden Tische entsprachen – landesweit durchzusetzen. Inszeniert von Kräften, die nach wie vor für einen Prozess der Erneuerung der DDR eintraten, wurden die Runden Tische zu kommunalen basisdemokratischen Machtorganen, zu der institutionell wichtigsten Errungenschaft des Umbruchs. Sie waren Ausdruck der sich herausbildenden Volkssouveränität, Ausdruck direkter Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Sie gaben Einzelpersonlichkeiten, Bürgerinitiativen und -bewegungen die Möglichkeit, breit gefächert in die Politik einzugreifen, das Gesellschaftssystem von unten her weiter zu demokratisieren.

Dem diente auch Modrows Angebot vom 15. Januar 1990 an den Zentralen Runden Tisch zur Mitarbeit in der Regierung. In teils nicht öffentlichen Verhandlungen, die sich an drei Tagen über insgesamt 20 Stunden erstreckten, erreichte der Ministerpräsident einen weitgehenden Konsens zur Bildung einer „Regierung der nationalen Verantwortung“. Acht Frauen und Männer, die die am Runden Tisch vertretenen neuen Parteien und Bewegungen vertraten, wurden Minister ohne Geschäftsbereich, die jedoch wichtige Aufgaben eigenverantwortlich erfüllten.

Der Zentrale Runde Tisch, neben Regierung und Volkskammer gleichberechtigtes Machtorgan, verstand sich als „Bestandteil der öffentlichen Kontrolle“, ohne parlamentarische oder Regierungsfunktionen auszuüben. Mitnichten trug er dazu bei, wie Gregor Gysi vermerkte, „den alten Repressionsapparat aufzulösen, die Öffentlichkeit politischer Prozesse herzustellen, war Kommunikationszentrum und Kontrollinstanz, beförderte die Gesetzgebung, übernahm Planungsaufgaben, sicherte die Vorbereitung freier und geheimer Wahlen“. Das Ziel des Zentralen Runden Tisches war es nicht, die Macht zu übernehmen, sondern in der finalen Krise der DDR Chaos und Gewalt zu verhindern und zur Regierbarkeit des Landes durch die Modrow-Regierung beizutragen. Mit der Volkskammerwahl am 18. März 1990 und den Kommunalwahlen am 6. Mai 1990 gaben die Runden Tische in der Regel ihre Kompetenzen an die neuen Volksvertretungen ab. Der Zentrale Runde Tisch, der bis zuletzt mit absoluter Mehrheit den Beitritt der DDR zur BRD nach Artikel 23 des Grundgesetzes abgelehnt hatte, erklärte bereits am 12. März 1990 seine Arbeit beendet. Wie für das NF gilt auch für die Runden Tische, dass ihre Rolle und Verdienste im Ringen um eine demokratisch grundlegend erneuerte DDR in zahlreichen Veröffentlichungen, Festreden und Lehrmaterialien völlig negiert oder nicht realitätsgerecht bewertet werden.

Anders als in anderen europäischen sozialistischen Ländern war in der DDR von Anfang an ein neues Gesellschaftskonzept mit der nationalen Frage (Herstellung der nationalen bzw. staatlichen Einheit) verbunden. Das von der SED/DDR verfolgte Konzept der „sozialistischen deutschen Nation“ war gescheitert. Es vollzog sich unter dem Eingriff westdeutscher Parteien in die innenpolitische Entwicklung der Übergang von „Wir sind das Volk“ zu „Wir sind ein Volk“ und damit die Wiederkehr zum kapitalistischen Gesamtdeutschland.

Bereits im Spätherbst 1989 hatte sich für die Kräfte, die für eine grundlegend erneuerte sozialistische DDR eintraten, die Frage gestellt: Ist angesichts des umfassenden Niedergangs des Sozialismus in Europa und in Beachtung der an Dominanz gewinnenden nationalen Frage der Erhalt einer eigenständigen sozialistischen Gesellschaftsordnung – nunmehr als Demokratischer Sozialismus – noch möglich? Die Bedingungen dafür wurden bis zuletzt ausgelotet, aber zunehmend die Unmöglichkeit einer derartigen strategischen Zielstellung erkannt. Eingebettet in den internationalen Kontext und unter dem Druck der nationalen Einheitsbestrebungen großer Teile der Bevölkerung war es Anfang 1990 nur noch möglich, für einen Prozess der allmählichen Herstellung

der Einheit durch die Vereinigung beider Staaten auf gleichberechtigter Grundlage einzutreten – ein Konzept, das den Beitritt nach Artikel 23 des Grundgesetzes ablehnte. Dem entsprach das von Hans Modrow verkündete neue Programm „Deutschland, einig Vaterland!“

Angesichts der neuen Realität bekannte sich nunmehr das NF im Januar 1990 zur staatlichen Einheit der deutschen Nation: „Unsere friedliche Revolution verstehen wir als einen Beitrag zu mehr Demokratie in einem zukünftigen Deutschland.“ Als Voraussetzung einer Einheit wurde die praktizierte demokratische Selbstbestimmung in der DDR betrachtet, nach deren Verwirklichung in beiden Staaten ein Volksentscheid zur Wiederherstellung der Einheit stattfinden sollte. „Die Annäherung beider deutscher Staaten“, unterstrich die Programmklärung, „findet in den bestehenden Grenzen und unter Berücksichtigung der Sicherheitsinteressen der Nachbarstaaten statt. Daher treten wir für die Entmilitarisierung beider deutscher Staaten und die Auflösung der Militärblöcke ein. Einen deutschen Sonderweg, der in die NATO führt, lehnen wir ab.“ Dieser Zielsetzung diente auch der noch am 4. April 1990 vom Zentralen Runden Tisch der Öffentlich vorgelegte „Verfassungsentwurf für die DDR“, geschaffen von einer Arbeitsgruppe aus Vertretern aller am Runden Tisch mitwirkenden Parteien und Bewegungen unter Einbeziehung von Verfassungsexperten. Die angestrebte Debatte über den Verfassungsentwurf kam jedoch nicht mehr zustande.

Von den weiteren Organisationen der Bürgerbewegung sei stellvertretend auf die Programmaussagen von DJ verwiesen, die es entschieden ablehnte, „die beiden deutschen Staaten durch Wiedervereinigung in Form des Anschlusses der DDR an die Bundesrepublik zusammenzuführen. Das gleiche gilt gegenüber jedem Versuch, diese Einheit sofort zu realisieren oder zu erzwingen“. Beide Staaten müssen hierbei „von ihrer Eigenständigkeit ausgehen, gleichberechtigt sein, dem Gemeinwohl verpflichtet bleiben und soziale und ökologische Belange beachten“. Am 14. Dezember 1989 unterbreite DJ einen „Dreistufenplan der nationalen Einigung“, der detailliert die notwendigen Schritte benannte. Ein einheitliches Land könne nur ein entmilitarisiertes Deutland sein. Nach Herstellung aller Voraussetzungen für die Einheit sollte ein „Volksentscheid über die politische Einheit in einem Bund deutscher Länder“ stattfinden. Im Unterschied zu DJ vollzog sich im DA eine Polarisierung, die wegen ihrer Hinwendung zur CDU mit einem Austritt von Führungskräften – darunter Friedrich Schorlemmer, Daniela Dahn, Erhard Neubert, Edelbert Richter – verbunden war.

Weil jedes Menschenleben gleich viel wert ist

Ein Buchtipp von *Anja Oehm*

Es gibt Momente, die man nicht vergisst, weil sie einen zutiefst im Innersten aufwühlen. Für mich und viele Linke war so ein Moment die Rede der Sea-Watch und Juventa-Kapitänin Pia Klemp auf dem Europaparteitag der Linken am 24.02.2019 in Bonn. Zehntausende Male wurde sie inzwischen bei Youtube aufgerufen. Weil sie so kämpferisch, erschütternd und schonungslos anprangernd war, dass es einen umhaut, dass einem vor Wut und Trauer die Tränen übers Gesicht liefen. Die 34-jährige Aktivistin schilderte, was sie erlebt hatte und forderte uns Linke auf, die Menschenrechte als unteilbar hochzuhalten. „Eigentlich ist es doch ganz einfach: Entweder man ist für die Menschenrechte oder halt eben nicht. Da gibt es keine Kompromisse“. Mit jedem Ertrinkenden im Mittelmeer ertrinke die Würde eines jeden Europäers, sagte sie. Und: Es gehe darum, dass jedes Menschenleben gleich viel wert ist! Pia müsste hier für uns kandidieren, meinten viele bei den Standing Ovations nach Ende der Rede.

Die Kapitänin darf zur Zeit keine Rettungseinsätze fahren. Ihr und weiteren zehn Crewmitgliedern drohen bis zu 20 Jahre Haft in Italien wegen „Beihilfe zur illegalen Einwanderung“. Ihr „Verbrechen“: Sie haben Menschen aus Seenot gerettet, weil sie es nicht mehr ertragen konnten, dass die EU-Staaten die Seenotrettung eingestellt haben und dem Sterben im Mittelmeer zusehen. Kurzum: Sie haben sich wie Menschen verhalten! Das ist heute strafbar, wenn es sich um Geflüchtete handelt. Bei europäischen Passinhabern droht ihnen keine Strafe. „So sind wir hier“, stellte die Kapitänin in Bonn fest.

Gegenwärtig kämpft die Aktivistin von Land aus für ihre Ideale und hat einen Roman verfasst. Was wissen wir eigentlich über die Seenotretter? Erschreckend wenig, habe ich beim Lesen von „Lasst uns mit den Toten tanzen“ festgestellt. Noch vor einigen Monaten hatten wir in linker Runde darüber fabuliert, uns für so einen Einsatz zu bewerben. Als Flüchtlingshelfer sind wir doch gestählt, dachten wir. Nach der Lektüre von Klemps Roman wird klar: Seenotretter sind nicht wie alle und jeder Linke darf in sich hineinhorchen, ob er jemals dazu bereit wäre, diese erbarmungslosen Strapazen, Härten und Risiken auf sich zu nehmen. Nervliche Belastung und Verantwortung der Kapitänin für Schiff und Crew und Gäste sind unsagbar hoch. Menschen von Schrottkähnen oder lecken Schlauchbooten zu retten ist traumatisch, mit tödlichem Risiko für sich selbst! „We will open fire!“ droht Pia Klemp ein libyscher Offizier.

Auf dem Parteitag herrschte Totenstille im Saal, als die Kapitänin schilderte, wie sie tagelang mit einem toten Zweijährigen in der Gefriertruhe, den niemand retten wollte, als es noch möglich war, auf dem Mittelmeer kreuzte. Weil kein Land bereit war, sie aufzunehmen. Die ganze Geschichte war noch um ein Vielfaches erschütternder, erfährt man im Buch. Ihre Crew erlebt, wie libysche Milizen ein Schlauchboot aufreißen. 40 Menschen noch darin, die vor ihren Augen ertrinken oder ins Wasser springen, obwohl sie nicht schwimmen können, die verzweifelt mit den Armen fuchtelten: Zitat (S. 165): „Arne lenkt das RHIB von Mensch zu Mensch, Felix

und Julia ziehen sie so schnell es geht aus dem Wasser ... Es sind so viele. ... Am schlimmsten sind die Schreie derer, die noch im Boot sitzen und sich in unverderblicher Verzweiflung zwischen einem Leben in Folter und dem Tod im Meer entscheiden müssen. ... Mit allem, was wir haben und nicht haben, weigern wir uns, auch nur ei-



nen Menschen aufzugeben. ... Viele verschwinden in den Wellen.“ Es folgt die grauenvolle Schilderung, wie Menschen vor ihnen im Meer versinken. „Jeremy kommt kreidebleich auf die Brücke. Er wird die Zahl der Menschen nicht benennen können, die er hautnah hat sterben sehen. Die Gesichter

der Crew sind verhärtet. Mit kleinen, achtsamen Berührungen halten wir uns gegenseitig, tasten nach einem Sinn.“ (Zitat S. 168)“.

Es geht einem durch und durch, weiter zu lesen, wie ein Crewmitglied herzerreißend heult. Eine halbe Stunde haben sie versucht, diesen kleinen Jungen, den sie leblos aus dem Wasser gezogen haben, wiederzubeleben. Die Mutter des Jungen steht unter Schock. Die Frau neben ihr schreit verzweifelt. Sie sah mit an, wie ihre sechsjährige Tochter ertrank. Das ist der weiter erzählte Teil der Parteitagrede der Pia Klemp ...

Die freiwillig Leben retten, wissen nicht, was das alles mit ihnen noch machen wird. Wenn sie zur Ruhe kommt, bricht es auch aus der schönen Kapitänin heraus, die sonst noch jede Militärstreife mit ihrem couragierten Auftreten verstört. Das Chaos von Wut und Trauer so zu beschreiben, dass es wie die Rede direkt unter die Haut geht, ist die Stärke des Buches.

„Eine brachiale Feier von zivilem Ungehorsam, Alkohol, Freundschaften, Romanzen und eine brennende Liebeserklärung an den Kampf für eine gerechte Welt“ liest man im Vorwort. Dem ist nichts hinzuzufügen. Danken wir Pia Klemp und bleiben wir solidarisch mit ihr und allen, die auf dem Mittelmeer die Würde des Menschen für uns alle retten.

Pia Klemp: Lasst uns mit den Toten tanzen. Roman. MaroVerlag, ISBN 978-3-87512-491-0. 20 € - pro Buch ein Euro Spende an Sea-Watch e.V.

Lyrisches

Versatzstücke

Gesprächsfetzen zerschneiden die Luft,
das Atmen fällt schwer.
Der Faden gerissen,
ging die Orientierung verloren.
Unbeschriebene Blätter fallen zu Boden,
mit Rätseln behaftet.
Träume wurden aufgegeben,
sie hat die Realität eingeholt.
Unverstanden ist man,
Dolmetscher finden sich nicht.

Tonarten

Unsere Herzen tanzen Allegro.
Das Mollige haben wir verbannt.
Wir mögen es Adagio.
Largo kommt auch nicht in Frage.

*Alles was langsam ist.
Passt nicht in unsere Zeit.
Die haben wir nicht.*

*Alles was traurig stimmt,
wollen wir nicht hören
in der Zeit, die wir haben.*

• René Lindenau

D. T.

*Aggressivität ist Unvermögen
Konflikte zu lösen*

So gesehen

*Herbstbunt
Herbstfarben
Herbes Farbenspiel der Gefühle*

Kreuzung

*Dein Weg ist woher du kommst
Dein Weg ist wohin du gehst
Dein Weg ist was du denkst*

*Dein Weg ist was du fühlst
Dein Weg ist was du wählst*

• Janina Niemann-Rich

Olaf Scholz

*Gehört zu denen
Die die SPD kahl rupfen
Flattert politisch
Als Merkel männlicherseits
Wie pseudolinker Flügel der CDU*

Habeck

*Back to the roots
Was ökologische Landwirtschaft
betrifft
Haarträubend verwurzelt
Im Umwelt-vor-Sozialen*

Luxuskarren

*Chromblitzendes Prestige
Getunter Kampf
Gegen Minderwertigkeitskomplexe:*

*Psychologische Gründe
Für Auspuff-Pest Crash mit dem
Klima*

Plus im Minus

*Neonlichtgreller Zeitgeist
Flach zu denken
Entgeistert
Ausnahme: Umweltaktivisten
Doch ihr plattplakatives Vorgehen
Dämpft Begeisterung*

Antisemitismus

*Karzinom im hellen Fleisch der
Demokratie
nicht nur kriminelle Rechtsextreme
auch Rechtsgerichtete
mit wucherndem Hass auf Juden
Antisemitismus Rechtsgerichteter
verbirgt sich hinter der Stirn:
bisher Zeit nicht reif wie manches
Geschwür*

• Jürgen Riedel

Heute wie damals: Ablehnung oder Zustimmung?

Prof. Dr. Kurt Schneider zum Nachdenken über Eduard Bernsteins Schriften

Eduard Bernstein (1850-1932), der sich stets als Schüler von Karl Marx, auf dessen Schultern stehend, verstand, war ein hochgeachtetes Mitglied und Theoretiker der deutschen Sozialdemokratie Bebelscher Prägung. Als sich jedoch insbesondere in den Jahren 1895 bis 1903 der Revisionismus-Streit in der Partei vollzog, entzweiten seine Auffassungen die Geister seiner Genossen. Sein langjähriger Freund und enger Weggefährte Karl Kautsky schrieb ihm am 6. März 1899: „Ich bin überzeugt, dass Deine jetzigen Anschauungen unsere Sache auf schwerste schädigen müssen, und ich halte es für die Hauptaufgabe der Neuen Zeit, Deinen Standpunkt zu bekämpfen.“ Und er urteilte zum Hauptwerk Bernsteins „Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie“, Stuttgart 1899, dass damit ein Kampf entfesselt werde, „der nur mit Deiner Niederlage enden kann oder mit der Spaltung der Partei“. Doch diesem Urteil fügte er abwägend hinzu: „Ich meine nicht mit einer theoretischen Niederlage – darüber kann nur die Nachwelt entscheiden –, sondern mit einer praktischen.“

Das Anliegen des vorliegenden Buches von Tom Strohschneider, das „keine wissenschaftliche Arbeit“ sei, ist, wie der Autor schreibt, „Lust auf eine Wiederbefassung mit dem demokratischen Sozialisten Eduard Bernstein“ zu machen, der vor allem selbst zu Worte kommen soll. Dem dienen drei seiner Aufsätze: Der Revisionismus in der Sozialdemokratie (1901); Wie ist wissenschaftlicher Sozialismus mög-

lich? (1909); Von der Sekte zur Partei (1911). Ihre Auswahl folgte der Überlegung, vermerkt der Autor, „ein möglichst breites Bild seiner Denkweise auf sehr kleinem Raum zu geben und dies mit Texten, die in sich geschlossen sind“. Obwohl die drei Texte nur ein kleiner Ausschnitt aus seinem Gesamtwerk sind, sind sie doch aufschlussreich, zumal bis heute keine geschlossene Gesamtausgabe vorliegt, es noch immer, so der Autor, erstaunliche Lücken in der Forschung zu den Schriften Bernsteins gibt.

Den Texten Bernsteins ist ein 53 Seiten umfassendes politisches Essay vorangestellt, das, übersichtlich gegliedert, seine Aktualität, Kritik und Erben behandelt. Oftmals angelehnt an Thomas Meyer, einen linken Historiker und Politikwissenschaftler der SPD. Dieser meint, dass Bernstein als „bescheidener Sozialist mit Zivilcourage seiner Partei durch Widerspruch gedient“ hat. Mit Recht betont Strohschneider, dass nach einem neuerlichen Lesen Bernsteins Arbeiten, diese nicht nach Belieben anwendbar sind, aber in der Art seines Herangehens an die Wirklichkeit „könnte etwas freizulegen sein, was linkem Nachdenken noch heute weiterhilft“. Es ist nach dem Scheitern des „realen Sozialismus“ die Suche nach Antworten auf die Grundfrage linker Politik, die Machtfrage.

Tom Strohschneider (Hrsg.): *Eduard Bernstein oder: Die Freiheit des Andersdenkenden*. Karl Dietz Verlag, Berlin 2019. 224 Seiten, 12 Euro. ISBN 978-3-320-02361-4

Vor 35 Jahren verstorben: Erna Lugebiel

Am 24. August 1898 in Berlin geboren, wuchs Erna Lugebiel als Kind einer kaisertreuen, frommen Mutter, die eine Konditorei betrieb, in ihrer Geburtsstadt auf. Sie erlernte das Schneider-Handwerk und heiratete bereits mit 17 Jahren. Die Ehe zerbrach 1935 aus politischen Gründen. Nach der Scheidung trat ihr Mann in die faschistische SA ein.

Erna Lugebiel führte zunächst, wie sie es nannte, einen „privaten Kleinkrieg gegen die Nazis“. Sie kaufte nur noch in jüdischen Geschäften, half politisch verfolgten jüdischen Familien. Als sie dem ersten ihr bekannten Mitbürger mit dem „Judenstern“ auf der Stra-

ße begegnete, umarmte sie ihn spontan und weinte heftig. „Direkt in den Widerstand getrieben wurde ich dadurch“, schrieb sie rückbetrachtend, „wie sie die Juden behandelt haben, das hat mich radikal gemacht. Ich habe das aber gar nicht so als Widerstand betrachtet, ich handelte eben nach dem menschlichen Gefühl“.



1942 fand Erna Lugebiel Anschluss an die antifaschistische Widerstandsgruppe „Kampfbund“, der etwa 200 Männer und Frauen angehörten. Sie orga-

nisierte vielfältige Hilfe für politisch Verfolgte und Unterstützung für die Familien Inhaftierter und beherbergte selbst die Jüdin Gertrud Rothschild und deren Kind in ihrer Wohnung.

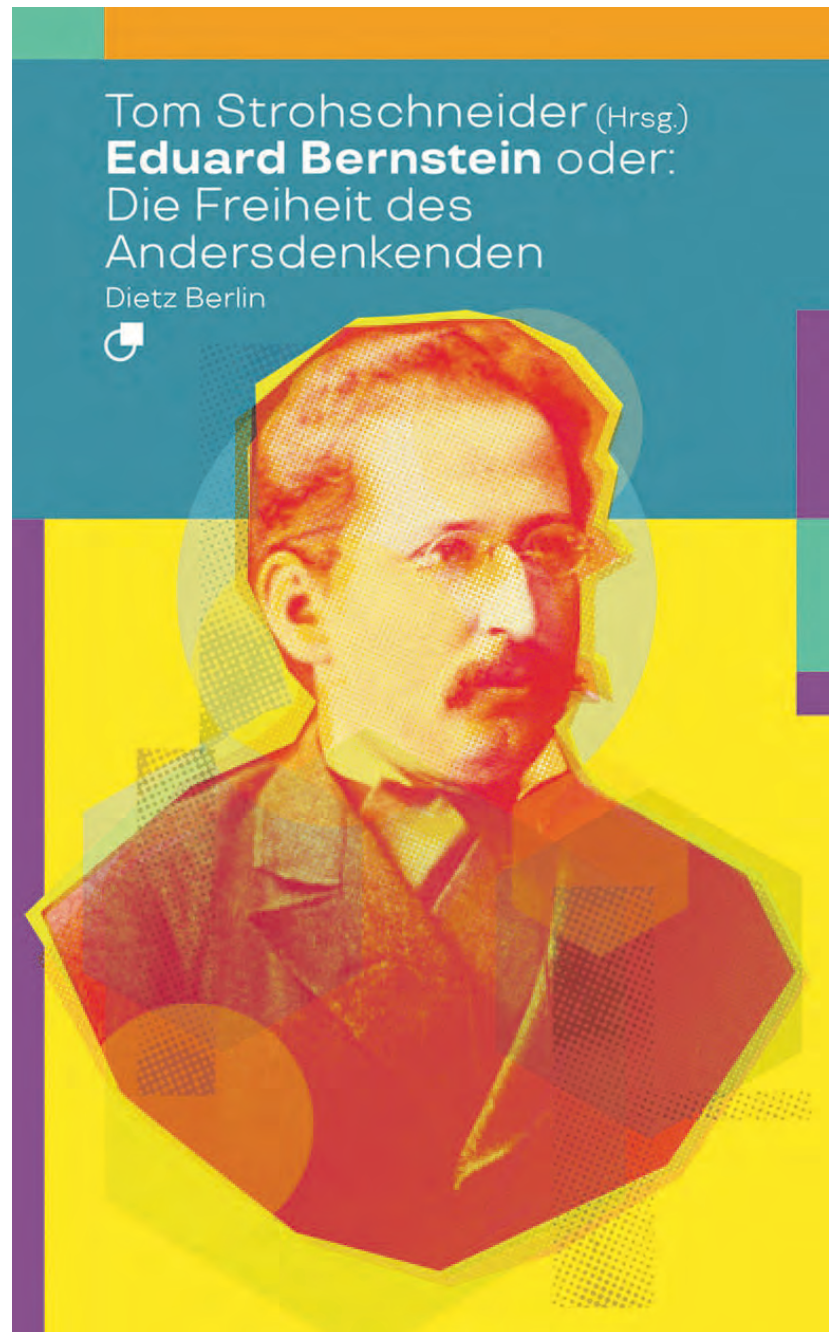
Am 29. Juli 1943 erfolgte ihre Verhaftung durch die Gestapo, die dem „Kampfbund“ auf die Spur gekommen war. Nach Festnahme weiterer Mitglieder, fand im August 1944 der Prozess gegen die Gruppe statt, von der im Jahre 1944 über 20 Mitglieder hingerichtet wurden. Sie selbst wurde freigesprochen, aber nicht freigelassen, sondern in das Frauen-Konzentrationslager Ravensbrück überführt. Als Stubenälteste im Krankenrevier half sie, so viele Frauen wie möglich vor dem Fallbeil oder der Vergasung zu retten. Sie blieb auch an der Seite der kranken Frauen im Lager, als die SS das KZ räumte und die Häftlinge auf den Todesmarsch trieb. Nachdem die sowjetische Armee das Lager befreit hatte,

war sie am Ende ihrer Kräfte und tagelang nahezu besinnungslos. Nach Wochen kehrte sie mit der ersten Frauengruppe nach Berlin zurück. Todkrank überwand sie mit großer Energie die Lähmungen, die ihren Körper befallen hatten.

Erst sieben Jahre nach der Befreiung war sie in der Lage, über ihr Erleben und Handeln im Faschismus zu berichten. Sie übernahm Führungen durch die Gedenkstätte Ravensbrück und sprach vor allem an Schulen über die NS-Diktatur.

Am 17. November 1984 verstarb Erna Lugebiel in Berlin. Sie war eine einfache Frau, deren verinnerlichte Menschlichkeit und das dadurch geprägte Gewissen sie zum Handeln gegen die Unmenschlichkeit der faschistischen Diktatur gezwungen hatte.

• Prof. Dr. Kurt Schneider



Terminübersicht



Görlitz, 9. November, 20 Uhr

■ Konzertlesung

Es brennt!***

Mit Julia Boegershausen, U.v.Seltmann und Runzl&Kneitzsch&Bassl
*Alte Synagoge (Eingang Obermarkt),
Grüner Graben 26, Görlitz*

„Es brennt“ ist die erste deutschsprachige Biografie Mordechais Gebirtigs – ein Buch gegen das Vergessen.

Leipzig, 14. November, 18 Uhr

■ Podiumsgespräch

Authentische Filmdokumente zum politischen Umbruch im November/ Dezember 1989***

REIHE: Jour Fixe - Ein unkonventioneller Gesprächskreis. Mit Hans-Rüdiger Minow (Regisseur), Volker Külow (Politiker) und Meigl Hoffmann (Kabarettist); Moderation: Gerd-Rüdiger Stephan (Historiker, RLS Berlin).
Seminarzentrum Arbeit & Leben Sachsen e.V., Löhrstraße 17, Leipzig

Leipzig, 15. November, 19 Uhr

■ Vortrag und Diskussion

Sächsische Kontinuitäten? Zur Konsolidierung rechter Hegemonie seit 1989*** Mit Tino Heim (Soziologe); Moderation: Paul Lißner.
Handstand und Moral, Merseburger Straße 88b, Leipzig

Dresden, 17. November, 15 Uhr

■ Lesung und Workshop

Lernen im Umbruch – Umbruch lernen* Herbst 89 - Zeit utopischen Wetterleuchtens und permanenter Wegbrüche. Eine Veranstaltung der Evangelischen Hochschule Dresden, des riesa efau und der RLS Sachsen.
Motorenhalle, Wachsbleichstraße 4, Dresden

Wir wollen anhand von Tagebucheinträgen mehr über die spannenden Monate erfahren, über Umbrüche, Visionen und Utopien.

Leipzig, 25. November, 18 Uhr

■ Vortrag und Diskussion

Westsahara – Menschenrechte und Entwicklungszusammenarbeit*** Mit Vorführung des Films „EL Problema“ und Diskussion. Mit Salama Brahim (Generalsekretär der saharaischen Gewerkschaften) und Mohamed Abba Badati (Vertreter der Polisario in Sachsen), Moderation: Wolf-Dieter Seiwert (ZEOK e.V.).
RLS Sachsen, Demmeringstr. 32, Leipzig

Die Westsahara ist die letzte Kolonie Afrikas und das weltweit größte Territorium, das bis heute auf seine Dekolonisierung wartet. Das Land ist seit 1975 von Marokko besetzt. Seit 43 Jahren wird die Entwicklung eines menschenwürdigen Lebens im eigenen Land den Saharais verwehrt. Das Bemühen der UNO um eine Durchführung eines beschlossenen Referendums war bislang erfolglos. Die europäische Politik ist durch wirtschaftlichen Interessen an Marokko und Angst von Migrant*innen aus Afrika erpressbar. Menschenrechtsverletzungen in den besetzten Gebieten sind an der Tagesordnung.

Leipzig, 26. November, 18 Uhr

■ Vortrag und Diskussion

Ende der Geschichte?

REIHE: Philosophische Dienstagsgesellschaft. Mit Dr. Peter Fischer (Philosoph), Moderation: Dr. Jürgen Stahl.
RLS Sachsen, Demmeringstr. 32, Leipzig

Francis Fukuyama argumentiert in seinem Buch „Das Ende der Geschichte“ aus dem Jahre 1992 für die These, dass ein kohärenter und zielgerichteter Verlauf der Menschheitsgeschichte letztlich in der liberalen Demokratie und in der kapitalistischen Marktwirtschaft enden wird, wobei es zwei unterschiedliche Prozesse seien, die zu diesem Resultat führten.

Leipzig, 27. November, 19 Uhr

■ Lesung

Wirklich, ich lebe in finsternen Zeiten... - eine Brecht-Lesung***

Mit Mike Melzer (RLS Sachsen). Eine Veranstaltung der RLS Sachsen in Kooperation mit dem Abgeordnetenbüro Franz Sodann.
Abgeordneten-Kulturbüro Franz Sodann, Mariannenstraße 101, Leipzig

Leipzig, 29. November, 19 Uhr

■ Lesung mit Gespräch

Trigger Warning. Identitätspolitik zwischen Abwehr, Abschottung und Allianzen***

REIHE: radical bookfair. Mit Sabina-Nur Cheema & Meron Mendel (Autor*innen). Eine Veranstaltung der radical bookfair in Kooperation mit der RLS Sachsen.
Selbstorganisierte Bibliothek Index, Breite Straße/Wurzner Straße, Leipzig

Chemnitz, 30. November, 16 Uhr

(VERSCHOBEN VOM 04.12.2019)

■ Lesung

Wirklich, ich lebe in finsternen Zeiten... - eine Brecht-Lesung***

Mit Mike Melzer (RLS Sachsen) Eine Veranstaltung der RLS Sachsen in Kooperation mit der Galerie denkART.
Galerie denkART, Sonnenstraße 39, Chemnitz

Chemnitz, 2. Dezember, 21 Uhr

■ Film und Gespräch

Zwei schräge Vögel***

REIHE: L///OST///TRACES - Verlorene Spuren - Filme der DEFA 1980-1990. Eine Veranstaltung der RLS Sachsen in Kooperation mit dem AJZ Chemnitz.
Mediencafé m54, AJZ Chemnitz, Chemnitztalstraße 54, 09114 Chemnitz

Zwei Informatikstudenten wollen nach dem Studium zusammen bleiben und nach dem sie einigen Schrott produzieren, werden sie nach Finsterberg-Doodeleben versetzt - zur Bewährung. Dort geht alles einen ziemlich ineffektiven sozialistischen Gang, was nicht sein müsste. Nach einigen Turbulenzen haben sie doch Erfolg.

Dresden, 4. Dezember, 19 Uhr

■ Lesung und Diskussion

Tiefrot und radikal bunt. Eine andere Welt ist möglich.*

Mit Julia Fritzsche (Autorin).
WIR-AG, Martin-Luther-Str. 21, Dresden

Die Suche nach einer neuen linken Erzählung ist langwierig, konfliktreich und risikoreich - Ausgang offen. Die Münchner Journalistin Julia Fritzsche hat sich in ihrem Buch „Tiefrot und radikal bunt. Für eine neue linke Erzählung“ auf die Suche gemacht.

Leipzig, 10. Dezember, 17 Uhr

■ Vortrag und Diskussion

Die Loverboy-Methode - was steckt dahinter? Einblick in eine Parallelwelt***

Mit Sandra Norak (Frauenrechtlerin, Sisters e.V. - für den Ausstieg aus der Prostitution). Eine Veranstaltung von TERRE DES FEMMES - Menschenrechte für die Frau e.V. Leipzig, der VHS Leipzig und der RLS Sachsen.
Volkshochschule, Raum 410, Löhrstraße 3-7, 04105 Leipzig

Loverboys gaukeln Mädchen die große Liebe vor - und schicken sie dann auf den Strich. Dass Frauen in die Prostitution geraten, weil sie sich in ihren Zuhälter verlieben, hat es immer schon gegeben. Aber dass Männer gezielt Schülerinnen ansprechen, emotional abhängig machen und schließlich prostituieren, ist ein jüngeres Phänomen. Als Fachexpertin steht an diesem Abend Sandra Norak zur Verfügung.

Leipzig, 12. Dezember, 18.30 Uhr

■ Podiumsgespräch

Klimakrise und Klimapolitik als aktuelle Konflikt- und Kampffelder*** REIHE: Jour Fixe - Ein unkonventioneller Gesprächskreis. Mit Dr.

André Leisewitz (Biologe und Redakteur von „Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung“), Moderation: Prof. Dr. Manfred Neuhaus.
Reclam-Museum, Kreuzstr. 12, Leipzig

Görlitz, 12. Dezember, 20 Uhr

■ Lesung und Diskussion

Endstation Knast - ein Gefängnisdirektor packt aus *** Mit Thomas Galli (ehemaliger Gefängnisdirektor JVA Zeithain, Kriminologe und Jurist), Mode-

ration: MdL Mirko Schultze.

Jugendkulturzentrum BASTA!, Hotherstraße 25, 02826 Görlitz

Pödelwitz, 12.-13. Dezember, Do. 10-17 Uhr und Fr. 10-14 Uhr

■ Workshop

Organizing von Basisorganisationen und dynamischen Bewegungen - ein Workshop zum Projektaufbau*** Mit Rico Rokitte

(Koordinator für den Arbeitskreis Organizing der Bundesstiftung). Eine Veranstaltung der RLS Sachsen mit dem Konzeptwerk Neue Ökonomie und der Kampagne Alle Dörfer bleiben. Anmeldung: rokitte@rosalux-sachsen.de
Pödelwitz, Raum noch offen, Info kommt nach Anmeldung

Leipzig, 14. Dezember, 15 Uhr

■ Lesung mit Gespräch

Wege durch den Knast***

REIHE: radical bookfair. Mit Vertreter*innen des Redaktionskollektivs. Eine Veranstaltung der radical bookfair in Kooperation mit der RLS Sachsen.
Selbstorganisierte Bibliothek Index, Breite Str./Wurzner Straße, Leipzig

„Wege durch den Knast“ ist ein Standardwerk für Betroffene, Angehörige und Interessierte. Es vermittelt tiefe Einblicke in den Knastalltag, informiert über die Rechte von Inhaftierten und zeigt Möglichkeiten auf, wie diese durchgesetzt werden können. Das Buch wurde von Anwält*innen, Gefangenen, Ex-Gefangenen und Bewegungsaktivist*innen überarbeitet und aktualisiert. Im Vortrag werden die Entstehungsgeschichte sowie Erfolge und Misserfolge nach vier Jahren Buchverschickung in die Knäste beleuchtet.

*** Gemeinsam mit Rosa-Luxemburg-Stiftung. Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V.

* Diese Maßnahme wird mitfinanziert durch Steuermittel auf der Grundlage des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushaltes.

Impressum

Links!

Politik und Kultur für Sachsen, Europa und die Welt

Herausgeber:

Dr. Monika Runge, Verena Meiwald, Prof. Dr. Peter Porsch, Dr. Achim Grunke

Verleger:

Verein Linke Bildung und Kultur für Sachsen e.V., Kleiststraße 10a, 01129 Dresden

Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich das Recht auf sinnwahrende Kürzungen vor. Termine der Redaktionssitzungen bitte erfragen.

Die Papierausgabe wird in der LR Medienverlag und Druckerei GmbH in Cottbus in einer Auflage von 10.950 Exemplaren gedruckt.

Der Redaktion gehören an:

Kevin Reißig (V.i.S.d.P.), Jayne-Ann Igel, Thomas Dudzak, Ralf Richter

Bildnachweise, wenn nicht gesondert vermerkt: Archiv, pixelio, iStockphoto

Kontakt:

kontakt@dielinke-sachsen.de

Telefon 0351-8532725

Fax 0351-8532720

Redaktionsschluss: 23.10.2019

Die nächste Ausgabe erscheint voraussichtlich am 04.12.2019.

Die Zeitung „Links!“ kann kostenfrei abonniert werden. **Wir freuen uns jedoch über eine Spende**, mit der Sie das Erscheinen unserer Zeitung unterstützen. Kostendeckend für ein Jahresabo ist eine Spende in Höhe von 12 Euro. Sollten Sie an uns spenden wollen, verwenden Sie bitte folgende Kontodaten:

Verein Linke Bildung und Kultur für Sachsen e.V.

IBAN: DE83 8509 0000 3491 1010 07

BIC: GENODEF1DRS

Dresdner Volksbank Raiffeisenbank

Aboservice:

www.links-sachsen.de/abonnieren,

aboservice@links-sachsen.de oder

Telefon 0351-84389773

Wegbereiterinnen für soziale und politische Gleichheit

Dr. Rainer Holze empfiehlt ein bemerkenswertes Handbuch

„Was eine solche Frau mit so scharfem, kritischem Verstand, mit solchem politischen Takt, mit solcher Energie und Leidenschaft des Charakters, mit solcher Hingebung für ihre Kampfgenossen, in der Bewegung während fast vierzig Jahren geleistet, das hat sich nicht an die Öffentlichkeit vorge drängt, das steht nicht in den Annalen der zeitgenössischen Presse verzeichnet“, schrieb Friedrich Engels über Jenny Marx. Mit diesem Zitat eröffnet Antje Asmus ihre Kurzbiografie über die Ehefrau von Karl Marx. Sie ist in dem von der Berliner Historikerin und Sozialwissenschaftlerin Dr. Gisela Notz herausgegebenen empfehlenswerten Handbuch mit biografischen Skizzen über das Leben und Wirken von 192 Frauen enthalten. Diese kamen aus allen sozialen Schichten und stritten mit ganz unterschiedlichen Konzepten für soziale und politische Gleichheit. Sie verkörpern unterschiedliche Richtungen der internationalen emanzipatorischen Frauenbewegung und ein breites Spektrum unterschiedlicher Berufs- und Bevölkerungskreise. Es handelt sich einerseits um Frauenrechtlerinnen, Feministinnen, Politikerinnen, Sozialdemokratinnen, Kommunistinnen, Anarchistinnen, Gewerkschafterinnen, Friedenskämpferinnen, Pazifistinnen und Freidenkerinnen und andererseits um Sozialarbeiterinnen, Bibliothekarinnen, Wissenschaftlerinnen, Schriftstellerinnen, Pädagoginnen, Architektinnen, Künstlerinnen, Schauspielerinnen, Tänzerinnen, Sängerinnen und Foto-



grafinnen. Zahlreiche Historikerinnen und an der Geschichte interessierte Frauen und auch einige Historiker – darunter der Rezensent – steuerten Texte bei.

Der vorliegende Band über bekannte, aber auch zu Unrecht vergessene Frauen vereint die von Gisela Notz herausgegebenen und seit 2003 erschienenen Kalender „Wegbereiterinnen“, die monatlich an eine engagierte und unabhängige Frau erinnern. Die Mehrzahl der hier porträtierten Frauen wurde Mitte bis Ende des 19. Jahrhunderts oder zu Beginn des vorigen Jahrhunderts geboren. Es war die Zeit, als die Frauen noch wenig Rech-

te besaßen, es ihnen verboten war, sich zu organisieren und sie nicht wählen durften oder nicht gewählt werden konnten, es ihnen auch verwehrt war, an Universitäten zu studieren. Nicht wenige dieser 192 Frauen haben die Grauen des Ersten und Zweiten Weltkrieges, Verfolgung, Gewalt, Diskriminierung und Armut erlebt. Zu Recht hebt die Herausgeberin in ihrer Einführung hervor: „Die meisten der Frauen kämpften sich für ihren Lebensentwurf durch ein Gewirr von Widrigkeiten, manchmal scheiterten sie auch oder verloren gar ihr Leben oder ihre Freiheit. Sie nicht mit den Umständen zufriedengeben – das ist die Botschaft aus der Beschreibung dieser Frauen. Sie waren und blieben Wegbereiterinnen, sie können sie Vorbilder sein. Denn ohne diese Vorkämpferinnen wären wir nicht da, wo wir heute sind.“ Neben bekannten Namen wie Jenny Marx, Rosa Luxemburg, Clara Zetkin, Käthe Duncker, Ruth Seydewitz, Berta von Suttner, Judith Auer, Hilde Coppi, Helene Weigel, Anna Seghers, Käthe Kollwitz, Elfriede Brüning, Lea Grundig, Hannah Arendt, Claire Waldorf und Louise Otto-Peters werden in diesem hilfreichen Nachschlagewerk viele weitestgehend unbekannt gebliebene Vertreterinnen der frühen deutschen und internationalen emanzipatorischen Frauenbewegung porträtiert. In der herrschenden Geschichtsschreibung und in den Medien finden sie jedoch so gut wie keine Erwähnung, obwohl sie für eine bessere und friedlichere Welt, für mehr Rechte der Frauen in Bildung

und Ausbildung, am Arbeitsplatz, in Politik und Gesellschaft sowie gegen Ausbeutung und Krieg, Rassismus, Antisemitismus, Sexismus und Sklaverei gekämpft haben. An viele dieser Frauen wird heute nicht mehr erinnert, obwohl sie ihrem Zeitalter das Gepräge gaben. Es ist deshalb sehr verdienstvoll, dass nunmehr ihr engagiertes Wirken gewürdigt wird und sie so vor dem Vergessen bewahrt werden. Aus den spannenden Kurzbiografien können wir lernen, dass es auch heute, wo das Emanzipationsprojekt ziemlich in Stocken geraten ist, wichtig ist, sich für eine bessere und friedliche Welt zu engagieren, nicht aufzugeben, auch wenn es Niederlagen gibt. Folgende Einschätzung von G. Notz in ihrer Einführung zur hier besprochenen Sammlung von Lebensgeschichten engagierter Frauen kann man nur unterstreichen: „Da der Kampf um ebenbürtige Geschlechterverhältnisse und gute Lebensverhältnisse für alle Menschen noch lange nicht zu Ende ist, kämpfen Frauen weiter; innerhalb und außerhalb der Parlamente – weltweit.“ Erwähnenswert sind noch die im Buch enthaltenen ausführlichen Register, die weiterführenden Literaturhinweise und die Fotos zu jeder Kurzbiografie.

Gisela Notz (Hrsg.): *Wegbereiterinnen. Berühmte, bekannte und zu Unrecht vergessene Frauen aus der Geschichte*, AG SPAK Bücher. Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Arbeitskreise, Neu-Ulm 2018, 428 S., ISBN: 978-3-945959-27-5.

„... endlich einmal mit derben rembrandtschen Farben geschildert“

Der 1991 gegründete Berliner Förderkreis Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung wirkt seit langem als Nahtstelle zwischen Quellenbasis und historischer Forschung. In der zum 25-jährigen Vereinsjubiläum herausgegebenen Festschrift hatte Rainer Holze auch die Verdienste der halbjährlich herausgegebenen „Mitteilungen“ pointiert. Das publizistische Sprachrohr des Vereins sei „zu einer höchst nützlichen Zeitschrift auf dem an solchen Erzeugnissen armen Parkett der Periodika“ und zu einem wertvollen Arbeitsmittel für alle einschlägig orientierten Historiker geworden. Ein Gütesiegel, das Bestand hat. Ausdrücklich bezog der neugewählte Vereinsvorsitzende Holger Czitrich-Stahl das Wirken der „Mitteilungen“ in die erfolgreiche Jahresbilanz ein, auf die der gemeinnützige Verein auf seiner 28. Jahresversammlung im Mai 2019 zurückgeblieben hatte. Deren kontinuierlich hohe Qualität gelte insbesondere für die Berichte über Archive und Bibliotheken. Auch die vorliegende Ausgabe (Nummer 56) wird dieser Wertschätzung gerecht.

Fachspezialisten wie interessierte Laien werden bei der Lektüre der instruktiven Beiträge von Uwe Michel über die Bibliothek der Rosa-Luxemburg-Stiftung und von Elisabeth Sukowski über die Hamburger Ernst-Thälmann-Gedenkstätte auf ihre Kosten kommen. Breiten Raum widmet das Heft der kritisch-problembewussten Vereinsdebatte über die Zukunft der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, der auch die Stasi-Akten angegliedert werden sollen. Günter Benser hat sie mit Sach- und Fachkompetenz zusammengefasst und die darin geäußerten Bedenken als Stellungnahme des Förderkreises zum Konzept „Über die Zukunft der Stasi-Unterlagen“ an die Abgeordneten des Bundestages adressiert.

Wie gewohnt findet der Leser auch in den weiteren redaktionellen Rubriken des aktuellen Heftes reichlich Material für Diskurs- und eigene Archivierungszwecke. Siegfried Prokops Retro-Stück „Sargnagel für die Hallstein-Doktrin“ erinnert als besonderes Zeitdokument

an ein spezielles Kapitel deutsch-deutscher Beziehungen. Ob es sich auf einem relativ bekannten Jugendbildnis tatsächlich um die Marx-Tochter Jenny, wie bisher angenommen, handelt oder um eine Person aus deren Umfeld, enträtselt Manfred Schöncke in der Abteilung „Neues aus der Forschung“. Nach quellengestütztem Vergleich verschiedener Abbildungen fällt er sein Urteil, das eine Fußnote der marxistischen Geschichtsschreibung korrigiert. Ein besonderer Lektüre-Leckerbissen kündigt sich in der Rubrik Vorträge bereits in der Überschrift an, die Vereinsfreund Manfred Neuhäuser beim Meister selbst entliehen hat: „... endlich einmal mit derben rembrandtschen Farben geschildert“. Der ausgewiesene MEGA-Editor zieht nach dem Bicentenaire eine Zwischenbilanz über die Marxens Leben und Werk reflektierende Biografik, wie es nur ein Kenner der Materie seines Formats vermag. Was der Leipziger Historiker aus der Schule eines Walter Markov geist- und lustvoll an Mehrings sprachlich-ästhetischer Kunst rühmt, mit der der linke Sozialist Marx' Leben

und Arbeiten wirkmächtig erzählte, trifft für Neuhäuser' Tour d'Horizon über die Marx-Bibliografien von gestern und heute gleichermaßen zu. Ein einziges Lesevergnügen mit großem Erkenntniswert, wie er die so unterschiedlichen Gedächtnisbücher auf begrenztem Raum vorstellt und beurteilt.

Hohe professionelle Qualität der „Mitteilungen“ bleibt der Maßstab auch für den neuen Vereinsvorstand mit Holger Czitrich-Stahl an der Spitze. Sie dauerhaft zu sichern, bildete der Förderkreis einen wissenschaftlichen Beirat für seine Zeitschrift. Dessen Mitglieder sollen die Publikationstätigkeit wissenschaftlich begleiten und beraten und mit anderen sachkundigen wissenschaftlichen Persönlichkeiten, Organen und Institutionen vernetzen.

• Wulf Skaun

Mitteilungen des Förderkreises Archive und Bibliotheken zur Geschichte der Arbeiterbewegung e. V., Nr. 56 (09/2019), Vertrieb: d.goldbeck@web.de

Der Stille

Der Brite Allan Taylor gilt zu Recht als einer der wichtigsten Songwriter seines Landes, findet *Jens-Paul Wollenberg*

In Szenekreisen nennt man ihn schlicht, aber hochachtungsvoll den „Stillen“. Wer in den Genuss kam, eines seiner Konzerte zu erleben, wird gewiss zustimmen. Der englische Singpoet ist mittlerweile schon seit über fünfzig Jahren auf Tour und das weltweit. Sein Song „It's good to see you“ wurde international bekannt und unzählige Male in verschiedenen Sprachen gecovert. Es ist gut zu wissen, dass er den geradlinigen Weg der Redlichkeit eingeschlagen hat, ohne sich „zeitgemäßen“ musikalischen Trends zu unterwerfen.

Taylor ist und bleibt ein erstklassiger Liedermacher, Beobachter und Poet, der stets darauf achtet, dass die Geschichten, die er feinfühlig gekonnt und mit meisterhafter Gitarrenbegleitung interpretiert, klar und verständlich zu Gehör kommen. Er gilt daher ohne Übertreibung als einer der wichtigsten Songwriter seines Landes.

Ende September 1945 erblickte er im englischen Brighton das Licht der Welt, wo er auch seine Kindheit und Jugend verbrachte. Nach der Schulzeit erlernte er den Beruf des Telekommunikationstechnikers, den er bis 1965 ausübte, obwohl sein Hauptinteresse der Folkmusik galt. So erlernte er recht früh das Gitarrenspiel und absolvierte auf den Kleinkunsth Bühnen seiner Heimatstadt erste Auftritte, bis er sich entschloss, ab 1966 seine Leidenschaft beruflich auszuüben. Er verließ Brighton und ging nach London, wo er in Folkclubs Aufsehen erregte. Im damals sehr angesagten „Troubadour Club“ wurden Mitstreiter der legendären „Fairport Convention“, Englands Folkrockband Nr. 1, auf ihn aufmerksam. 1970 ging Allan Taylor mit ihnen auf Tournee. Im selben Jahr gründete er eine eigene Band und produzierte sein erstes Album unter dem Titel „Sometimes“, dem 1971 „The Lady“ folgte.

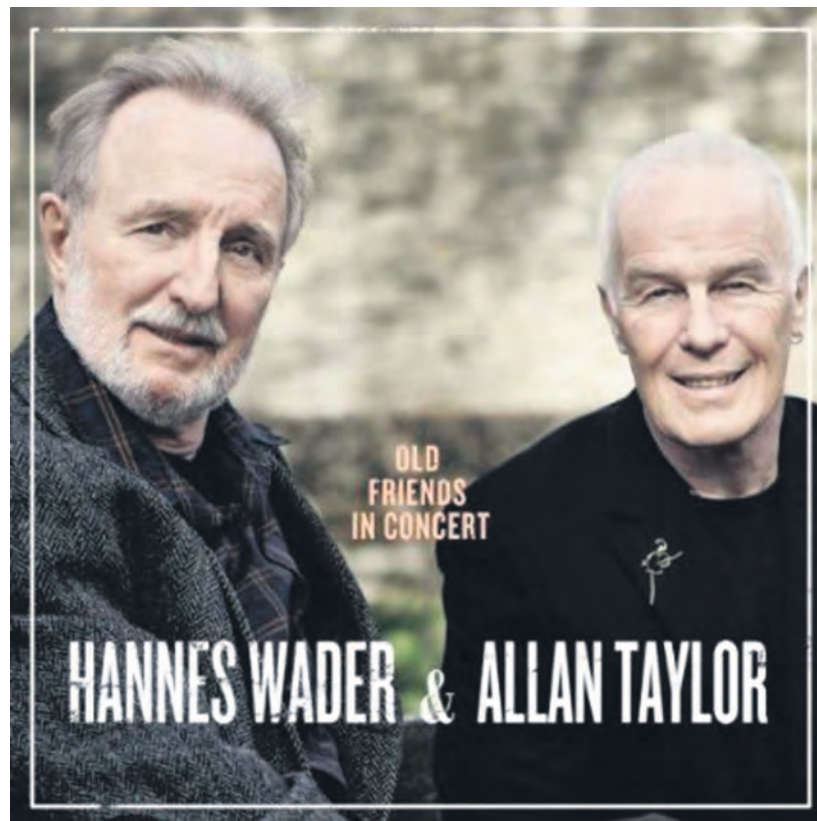
Seine frühen Songs, vom jugendlichen Aufbegehren geprägt, erinnern manchmal an Zeitgenossen wie Cat Stevens oder an seinen amerikanischen Namensvetter James Taylor. Hier mischten sich Elemente der Countrymusik mit britischem bzw. keltischem Folk und balladeskem Songwriting. Taylor war noch sehr jung und spürte schon sehr bald, dass ihn die rockigen Arrangements nichts befriedigten. Er war schlichtweg zu sensibel, um sich weiter im Fairport-Folkrock-Kosmos zu bewegen, und bevorzugte zusehends stilhere, mit Melancholie durchwobene Aufrichtigkeit in der Interpretation seiner Chansons. Kurze Zeit später verließ er die britischen Inseln in Richtung New York, um den Spuren etlicher Idole zu folgen. Er fand recht bald Anschluss an die dortige Szene, trat regelmäßig in angesagten Clubs auf und tingelte durch die USA. 1973 entstand „The American Album“ in Nashville und Los Angeles.

Zwei Jahre später ging Taylor zurück nach Großbritannien, fasste schnell wieder Fuß und rief die Band „Cajun Moon“ ins Leben, mit der er 1976 sein viertes Album gleichen Namens ein-

spielte. Auch diese Platte war noch relativ stark vom Folkrock beeinflusst. Hier überzeugte er beim Song „Darkness In The Valley“ mit fantasievollem Satzgesang, den er mit Brian Golbey und Jon Gillaspie förmlich zelebrierte. Mit dem Titel „The Traveller“, der folgte, fand er im wahrsten Sinne des Wortes zu sich selbst.

Allan Taylor lag viel daran, stets authentisches Liedgut zu präsentieren, auch wenn er gelegentlich Coverversionen von gestandenen Kollegen wie Bob Dylan, Alex Campbell oder

am meisten gefeiertes Album. Die Scheibe wurde auch mit „Grand Prix du Disque de Montreux“ ausgezeichnet. Für die Produktion holte er sich namhafte Musiker als Gäste ins Studio, unter anderem den wunderbaren Akkordeonisten John Kirkpatrick von der Folkrock-Formation „Steeleye Span“. Das Lied „It's Good To See You“ von dieser Platte wurde von vielen Akteuren in unterschiedlichen Sprachen erfolgreich gecovert, unter anderem von Nana Mouskouri, mit der Taylor übrigens ein freundschaftliches Verhältnis pflegt. Auch Hannes



gar Chuck Berry neu kreierte. Er bevorzugte Themen, die den Tatsachen entsprachen, kristallisierte Begegnungen mit Menschen heraus, die ihn inspirierten, seine Songs zu schreiben, fusionierte Tragisches mit feinfühligem Poesie. Als Grundlage diente ihm anfänglich der Roman „On the Road“ von Jack Kerouac, der ihn bereits in jungen Jahren regelrecht vom Hocker gerissen hatte. Es war nicht verwunderlich, dass Taylor ein spezielles Kerouac-Programm erarbeitete, damit in England von Festival zu Festival zog und es sehr erfolgreich präsentierte.

Doch vorerst zurück zum „Traveller“-Album von 1977. Es war das erste einer Art Trilogie, die zwischen 1978 und 1983 bei Rubber Records auf den Markt kam, und gilt als Taylors

Wader nahm den Song in sein Repertoire auf und schuf mit seiner nachgedichteten Fassung „Gut wieder hier zu sein“ die deutsche Folkhymne überhaupt.

Dass Allan Taylor stets großen Wert darauf legt, höchste Qualität abzuliefern, bewies er, als er aufgrund der miserablen Plattenbeschaffenheit der Nachfolgescheibe „Roll On The Day“ beschloss, das Label zu wechseln und ein eigenes ins Leben zu rufen, um fortan erstklassige Produktionen zu liefern. Ab 1988 löste dann der Tonträger CD die Langspielplatte ab und das Album „Lines“ eroberte die Klangwelt.

Nach mehreren weiteren Alben, die bis zum Ende der 1990er Jahre erschienen, kam es zu einem weiteren

Höhepunkt in Taylors Schaffen. Im Gedenken an die 1987 in Dänemark verstorbene Folklegende Alex Campbell organisierte Allan Taylor ein Erinnerungskonzert mit zahlreichen Mitstreitern zum Skagen Festival in Dänemark, das unter dem Titel „The Alex Campbell Tribute Concert“ bei T Records 1997 herauskam. Bei der grandiosen Show dabei waren neben Allan Taylor John Silvio, The McCalmans, Mike Silver, Dougie MacLean, Phil Jackson, Jens Memphis, Iain MacKintosh, Hamish Imlach und andere. Sie allen boten ein einzigartiges Konzerterlebnis, bei dem Allan, teilweise singend, als Conferencier fungierte. Alex Campbell war einer der Pioniere des Britishfolk gewesen, der Mitte bis Ende der fünfziger Jahre begonnen hatte, sich zu etablieren, anfangs noch beeinflusst von Bluesinterpreten wie Big Bill Broonzy oder Memphis Slim sowie von den amerikanischen Sängern Pete Seeger, Guy Carawan, Derroll Adams und anderen. Später bemühten sich englische Kollegen, sich vom amerikanischen Kultstatus zu lösen, und beriefen sich auf eigene Wurzeln. Ewan MacColl sei hier erwähnt, oder Bert Lloyd.

In der Zeit der Protestbewegungen gegen Atomwaffen oder den Vietnamkrieg entwickelte sich auf den britischen Inseln das politische Lied, das sich sehr schnell verbreitete, auch Arbeiterlieder wurden wieder gesungen. So machte am Anfang der fünfziger Jahre besagter Alex Campbell von sich reden, der wesentlich auch jüngere Vertreter der Szene ermunterte, dem britischen Folk zu huldigen und aktiv zu werden. Ende der Sechziger tauchten dann auch Gruppen auf, die Folk mit rockigen Elementen kombinierten, wie Fairport Convention oder Steeleye Span. Diesem Milieu entstammte Allan Taylor, der übrigens auf der Grundlage seiner musikalischen Erfahrungen nach dem Uniabschluss und parallel zu seiner Sängertätigkeit den Doktorgrad in Ethnomusikologie erhielt.

Ab der Mitte der 1990er Jahre produzierte Taylor seine Alben in Deutschland bei „Stockfisch Records“. Schon seit 1987 hatte sich eine enge Freundschaft mit dem norddeutschen Liedermacher Helmut Debus entwickelt, mit dem er gemeinsam Tourneen bestritt. Taylor brachte derweil an die dreißig Tonträger heraus, die alle bejubelt wurden. Nachdem er bereits in England mit dem politisch hochmotivierten Schotten Dick Gaughan auf Tour gewesen war, gab Taylor in Deutschland mehrere Konzerte gemeinsam mit Hannes Wader. Eines davon wurde für das Album „Hannes Wader + Allan Taylor: Old Friends in Concert“, das 2013 auf den Markt kam, live mitgeschnitten.

Allan Taylor hat inzwischen beschlossen, 2020 eine letzte Tournee durchzuführen – er wird nächstes Jahr immerhin 75. Aber er will bei weitem nicht das Handtuch werfen, sondern weiter einzelne Konzerte bestreiten. Im Mai und im Juni 2020 sind auch einige Auftritte in Deutschland geplant. Man darf gespannt sein.

November 2019

Sachsens Linke

Aktuelle Informationen
stets auch unter
www.dielinke-sachsen.de



Am Scheideweg

Von *Susanne Schaper* und *Stefan Hartmann*

Das Wahlergebnis am 1. September in Sachsen und Brandenburg ist ein überaus schmerzlicher Einschnitt für unsere Partei und zugleich eine gesellschaftspolitische Zäsur in beiden Bundesländern. DIE LINKE vermochte nur noch so viele Wählerinnen und Wähler zu überzeugen wie zuletzt vor knapp 30 Jahren; eine Rechtsaußenpartei ist jeweils zweitstärkste Kraft geworden und die anderen im Landtag vertretenen Parteien bringen nur mit Ach und Krach eine parlamentarische Mehrheit zusammen. Die massive Rechtsverschiebung in der politischen Landschaft Ostdeutschlands und der gesamten BRD ist jedoch keinesfalls wie ein Naturereignis über uns gekommen, noch ist sie jenseits der Grenzen Deutschlands einzigartig, sie ist Bestandteil des Epochenumbruchs zur neoliberalen Globalisierung, der sich seit Jahrzehnten vollzieht: Reaktive Politiker und Parteien gewinnen weltweit an Zuspruch und werden sogar in Amt und Würden gewählt. Dazu gehören große Staaten wie Indien, die Philippinen, Brasilien oder die USA, aber auch unsere europäischen Nachbarländer Österreich, Polen und Ungarn; diese Reihe lässt sich erheblich verlängern. Darüber hinaus wird die internationale Situation auch von Kriegen zur Neuordnung der Welt, von Bürgerkriegen und damit verbundenen Migrationsbewegungen sowie vom gefährlichen Vorrücken der NATO in Richtung Osten geprägt.

Der entfesselte Kapitalismus aus den Werkstätten Thatchers und Reagans hat, ganz so wie es im Kommunistischen Manifest beschrieben ist, „alle feudalen, patriarchalischen, idyllischen Verhältnisse zerstört.“ Aus der Gesellschaft des Aufstiegs und der sozialen Integration im begrenzten Rahmen des Kapitalismus ist durch den entfesselten Neoliberalismus eine Gesellschaft des sozialen Abstiegs, der Prekarität und Polarisierung geworden, in der kollektive Ängste allgegenwärtig schei-

nen. Die kapitalistische Landnahme ist jedoch keinesfalls abgeschlossen, sondern breitet sich auf immer mehr Bereiche des gesellschaftlichen und persönlichen Lebens aus. Die (vermeintlich) „unsichtbare Hand“ des freien Marktes entwickelt sich zu einem Instrument totaler Dominanz.

Vor diesem Hintergrund betrachten wir sowohl die schwierige Lage als auch die komplexen Aufgaben der sächsischen LINKEN. Die gesellschaftspolitischen Debatten sind auch im Freistaat durch Themen geprägt, die eng mit der neoliberalen Globalisierung verbunden sind, beispielsweise die zunehmende soziale Spaltung, die Klimadebatte und die Migrationsfrage. In diesen Auseinandersetzungen bedarf es starker linker Antworten, um den gesellschaftlichen Barbarisierungstendenzen entschieden Widerstand entgegen setzen zu können. Dazu sind wir aber derzeit kaum in der Lage, nicht zuletzt auf Grund der inneren Zerrissenheit der Gesamtpartei. Auch unser Landesverband hat seinen Beitrag dazu geleistet, dass DIE LINKE auf wesentlichen Politikfeldern in der Öffentlichkeit ein Bild der Zerstrittenheit bietet.

Wir sind der festen Überzeugung: Wenn wir diesen Zustand nicht schnell und gemeinsam ändern, werden wir weder unserer gesellschaftspolitischen Aufgabe gerecht, noch werden wir verhindern, bei zukünftigen Wahlen noch schlechter abzuschneiden. Wir stehen somit vor einer Krise unserer Partei, die existenziellen Charakter hat. Eine zwingende Voraussetzung zur Lösung der Krise besteht darin, endlich Inhalte vor Personen und Lager stellen. Genau deshalb unterbreiten wir euch das Angebot, uns gemeinsam den enormen politischen Herausforderungen zu stellen. Wir sind überzeugt, mit dem Angebot unserer Kandidatur Brücken schlagen können über innerparteiliche Gräben hinweg. Uns eint das Bewusstsein, dass auch in Sachsen in den

nächsten Jahren der Rechtsruck noch viel weiter gehen kann und wir daher das innerparteiliche Lagerdenken überwinden müssen.

Das wird uns aber nur gelingen, wenn wir uns gemeinsam an die Arbeit machen. Neben dem Aufbau von wechselseitigem Vertrauen besteht die vielleicht wichtigste Voraussetzung dafür darin, dass wir nicht nur eine solidarische Gesellschaft fordern, sondern diese Solidarität auch untereinander pflegen. Wenn unsere Genossinnen und Genossen von Nazis angegriffen, in der Öffentlichkeit verunglimpft oder Büros zerstört werden, klappt das schon ganz gut, aber das ist insgesamt zu wenig. Wir wollen darüber hinaus die Möglichkeiten der Mitglieder ausbauen, sich an der Entwicklung unserer Politik zu beteiligen, wir wollen innerparteiliche Demokratie und Transparenz erweitern. Hierbei besteht die besondere Herausforderung darin, die Partei vor allem für diejenigen attraktiver zu machen, die durch Beruf, Familie oder ehrenamtliche Aktivitäten nicht viel Zeit haben. Damit stehen neue Anforderungen an die Organisation unserer Partei auf allen Ebenen und unsere Kommunikationswege.

Ein eigenes Arbeitsfeld ist unsere kommunalpolitische Verankerung insbesondere im ländlichen Raum. Der dramatische Rückschlag bei den Kommunalwahlen im Mai 2019 wird nicht allein aus eigenen Kräften zu beheben sein. Die positiven Erfahrungen, die unsere Partei mit offenen Listen vor Ort gemacht hat, in konkreter Partnerschaft mit regionalen und lokalen Initiativen und Bewegungen, ist einer unserer Ansatzpunkte zur Bewältigung dieser strategischen Herausforderung. Das ist natürlich nicht alles. Im Leittrag „Aufbruch 2020“ und in unserem Vorschlag für ein Handlungskonzept benennen wir viele weitere Aufgaben. Aber schaffen können wir das alles nur, wenn wir zusammen daran arbeiten.

Ein Erfolg für DIE LINKE, kein Erfolg für die Linke?

Für unsere Genossinnen und Genossen in Thüringen war der Wahlabend am 27. Oktober ein Grund zur Freude: Bei gesteigener Wahlbeteiligung ist DIE LINKE in Thüringen erstmals stärkste Partei bei einer Landtagswahl geworden und hat das insgesamt beste Ergebnis bei einer Landtagswahl erzielt. Das ist – nach zahlreichen Landtagswahlen mit herben Verlusten für unsere Partei, nach der Europawahl und bei eher stagnierenden Umfrageergebnissen auf niedrigem Niveau im Bund – ein hoffnungsvolles Zeichen.

Gleichzeitig bleiben die seit 2014 unter Bodo Ramelow regierenden Mitte-Links-Parteien jedoch auch in Thüringen unterhalb von 50 Prozent der gültigen Stimmen. Bei jeder der Landtagswahlen im Osten hat damit das rechte und neoliberale Parteienlager die Oberhand gewonnen. Weder der rechte Terror von Halle noch der Umstand, dass die Thüringer Blau-Braunen von einem erkennbaren Faschisten geführt werden, haben dazu geführt, dass Wählerinnen und Wähler von der Wahl der Rechtsradikalen Abstand genommen haben. Und: Trotz der Popularität von Bodo Ramelow sind in Thüringen anteilig genauso viele unserer Wählerinnen und Wähler von 2014 nach Rechtsaußen gewechselt wie in Brandenburg (zwischen sechs und sieben Prozent).

Schon mit Blick auf die Bundestagswahl 2021 bin ich davon überzeugt, dass es uns gelingen muss, eine Dynamik zu erzeugen, dass auch eine Stimme für DIE LINKE wirksam ist und zu echten, für die Mehrheit der Menschen positiven, Veränderungen im Land führen kann. Das setzt aber voraus, dass auch andere signalisieren: Es gibt inhaltliche Alternativen jenseits von GroKo und Rechtsregierung.

Leserbriefe

Gedankensplitter zur Entwicklung der LINKEN

Kein Stein der Weisen

Die DDR war der bessere deutsche Staat. Wer die Zeitung ob dieses Satzes nun in die Ecke pfeffern möchte – Gemach! Ich habe nicht geschrieben: Die DDR war perfekt, die BRD nicht. Was ich meine, ist, dass die DDR kein imperialistischer Staat war. Insofern war es auch zwangsläufig der ärmere der beiden deutschen Staaten. Und es ist dieses ein Hauptargument derzeit herrschender Eliten, weshalb Sozialismus und Planwirtschaft widerlegt wären. Ist denn nun der Dresdner, der in der

DDR nächtliches Dachantennen-Basteln auf der Suche nach ein bisschen Westfernsehen riskierte, heute glücklicher, wenn er angesichts von 500 mehr oder weniger gleichlautenden Sendern nicht mehr weiß, was er anschauen soll? Der Trabi ist längst abgelöst durch den „Trend zum Zweitauto“ und „freie Fahrt für freie Bürger“, und ist nicht der Verzicht auf den Welterbetitel zugunsten einer weiteren Brücke in einer für solche Automengen gar nicht ausgelegten Stadt Ausdruck von rückwärtsgerichtetem Bewusstsein?

Als Angela Merkel 2015 die Grenzen für hilfebedürftige Asylsuchende aus Syrien offen hielt, sind ihr möglicherweise Assoziationen gekommen, die mit der

Freundschaft von Assad und Honecker zu tun hatten. Was dann aber von rechts und ultrarechts daraus gemacht wurde, knüpft eher an den Anfang meines Briefes an. Imperialistisches Verhalten bedarf des ausführenden „Bodenpersonals“, dazu gehört unbedingt neokolonialistisches, rassistisches, chauvinistisches Bewusstsein.

Die Vorstellung, die Immigranten nähmen den Ärmsten etwas weg, ist vielleicht intellektuell mit Hinweis auf die obersten Zehntausend zu widerlegen. Emotional ist das aber oft nicht ausreichend. Und aus diesem Widerspruch entwickelten sich nun Aufschwung der AfD und Abschwung der Linkspartei ... Vieles weitere an Kritikpunkten zu „realpolitischer Orientierung“ der Linkspartei ließe sich sagen. Das Alleingelassenwerden durch die „Nicht-Mehr-Kümmererpartei“ ist angesichts

des allzu deutlichen Nutznießers der Hartz-Gesetze – die Zeitarbeit – natürlich bitter. Anstelle dieses Themas doch bitte lieber das Thema BGE, da ist man bei sich selbst zuhause.

Aber auch hier wieder Gemach! Jeder hat sein spezielles Lieblingsthema. Der Anspruch, damit ernstgenommen zu werden, sollte nicht dazu verleiten, das dann als „Stein der Weisen“ für künftig bessere Wahlergebnisse zu präsentieren.

Insofern möchte ich mit einer Quintessenz schließen: Es wird nicht reichen, zur Rettung fauler Kompromisse das Thema Immigration herunter zu schrauben. Das entspricht nicht den objektiven Notwendigkeiten ...

• Bodo Schulz, Heidenau

Zu „Wohin steuert das Menschheits-Narren-Schiff?“, Links! 10/2019, S. 11

Es ist nicht alles verloren

Auch zu seinen Zeiten spielten Lessings Ideen kaum eine Rolle. In Wolfenbüttel bekam er sogar ein teilweises Schreibverbot. Und spätestens seit Marx wissen wir, dass der Sieg der Vernunft nur mit Änderung der gesellschaftlichen, einschließlich wirtschaftlichen, Grundlagen erreichbar ist. Somit sind Hans-Eckardt Wenzels Beobachtungen zwar richtig und Ausdruck des Kapitalismus. Aber glücklicherweise gibt es auch viele Gegenbewegungen, viele Menschen, die sich gegenseitig unterstützen und Keimzellen einer über den Kapitalismus hinausweisenden bedürfnisorientierten Gesellschaft schaffen, z.B. in Familien, Freund*innenkreisen und vielen Basisinitiativen. Somit würde ich auch aus vielfältigen persönlichen Erfahrungen, sowohl in persönlichen Gesprächen und E-Mail-Wechsels, als auch aus meinen vielfältigen politischen Aktivitäten die Frage von Ralf Richter bejahen: Noch ist nicht alles verloren.

• Uwe Schnabel, Coswig



Impressum

Sachsens Linke!

Die Zeitung der LINKEN in Sachsen

Herausgeberin:

DIE LINKE. Sachsen

Verleger:

Verein Linke Bildung und Kultur für Sachsen e.V., Kleiststraße 10a, 01129 Dresden

Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich das Recht auf sinnwählende Kürzungen vor. Termine der Redaktionssitzungen bitte erfragen.

Die Papierausgabe wird in der LR Medienverlag und Druckerei GmbH in Cottbus in einer Auflage von 10.950 Exemplaren gedruckt.

Der Redaktion gehören an:

Jayne-Ann Igel, Thomas Dudzak, Antje Feiks (V.i.S.d.P.), Andreas Haupt, Ralf Richter, Stathis Soudias.

Bildnachweise, wenn nicht gesondert vermerkt: Archiv, pixelio, iStockphoto

Kontakt:

kontakt@dielinke-sachsen.de

Telefon 0351-8532725

Fax 0351-8532720

Redaktionsschluss: 23.10.2019

Die nächste Ausgabe erscheint voraussichtlich am 04.12.2019.

Bei den Kämpfern gegen den Borkenkäfer

Anja Oehm berichtet von einer denkwürdigen Exkursion mit dem Team von André Hahn

Dürre, Stürme, Niederschlagsmangel und nun eine seit Jahrzehnten einmalige Borkenkäferplage verwandeln unsere Wälder gerade in besorgniserregend braune Flächen mit sterbenden Bäumen, vor allem Fichten. Der heimische Wald droht dem Klimawandel zum Opfer zu fallen und wird ein anderer werden – aber erst in vielen Jahren. Um uns selbst ein Bild zu machen, waren wir mit dem Team André Hahns vor Ort in der Sächsischen Schweiz. Im Revier Rosenthal 03 führte uns Revierförsterin Janett Meschkat zu einem Borkenkäfernest mit 65 befallenen Bäumen. Innerhalb von 2-3 Stunden werden diese dem Tod Geweihten von Hightech-Harvestern einer österreichischen Firma fachgerecht zerlegt und abtransportiert. Ungläubig, dass sie solch einen riesigen Schaden verursachen können, beobachteten wir einige dieser winzigen Tierchen auf einem Stück abgeschälter Rinde. Was wird nur mit diesen Unmengen verfärbten, minderwertigen Holzes, fragten wir uns schockiert.

„Wir wollen den Wald gestalten und müssen doch derzeit nur Schäden beseitigen“, schilderte die Revierförsterin die frustrierende Situation für ihren Berufsstand. Auf einem Display dokumentiert sie jeden Käferbefall in einer Karte. Auch alte Nester muss sie immer wieder kontrollieren. Die Forstbeschäftigten leisten in dieser extrem kritischen Situation, der in den nächsten

Jahren jede zweite Fichte zum Opfer fallen kann, geradezu Übermenschliches für „ihren“ Wald. Sie leiden mit ihm und sie zeigen vollen Einsatz beim Aufspüren der Borkenkäferester und dem schnellen Herausbringen des befallenen Holzes. Oft – wie Janett Meschkat – buchstäblich von Sonnenauf- bis Sonnenuntergang. Ihr Einsatz verdient unser aller Hochachtung.

Unterstützt wird der Sachsenforst von Freiwilligen der Offiziershochschule der Bundeswehr, Mitarbeitern der Landesperrverwalter, Rentnern, Praktikanten, Forststudenten, dem THW... Aber das reicht nicht! Sowohl der Sachsenforst als auch private Waldbesitzer benötigen dringend noch viel mehr per-

sonelle Unterstützung, Beratung und Finanzmittel für die Beauftragung externer Holzbearbeitungsfirmen, um die dramatische Situation zu bewältigen. Aufforstung wird eine Riesenaufgabe werden. Mehr Personal, mehr Ausbildungsstellen wird es wohl künftig beim Sachsenforst brauchen. Hier sind Land und Bund gefordert. Herzlichen Dank an den Neustädter Forstbezirksleiter Uwe Borrmeister, Revierförsterin Janett Meschkat und Forstwirtin Marie Ahnert für die äußerst spannende Führung!

Auf unserem Weg durch den Wald informierte uns Forstbezirksleiter Uwe Borrmeister am Biwakplatz Taubenteich auch über den Forststeig. So dramatisch die Situation in unseren Wäl-

dern stellenweise auch ist – diesem einzigartigen Trekkingweg in Mitteleuropa konnte sie bis jetzt keinen Abbruch tun. Seit zwei Jahren gibt es die 100 km lange Route. Sie ist für Freaks gemacht, die mit Isomatte, Schlafsack, Proviant, Wasserfilter und Stirnlampe im Rucksack auf sieben Etappen selten begangene, abenteuerliche Pfade durch einsame Wälder, über bizarre Felsformationen und mächtige Tafelberge durchwandern wollen. Naturerlebnis und Abenteuer pur!

Und jeder soll es sich leisten, können, sagt Uwe Borrmeister, der sich maßgeblich für dieses Projekt engagiert hat. 10 Euro für Erwachsene und einen Euro für Kinder ist der Pflegebeitrag für eine Übernachtung in einer der urigen Hütten oder auf einem Biwakplatz. Tickets müssen vorher erworben werden. Wir erlebten mit, wie drei junge Männer aus Magdeburg aus ihren Biwakschlafplätzen kletterten, sich am Teich erfrischten und eine Suppe auf der Feuerstelle kochten. Sie waren hellauf begeistert. Wie sieht es mit Vandalismus aus, möchte André Hahn wissen? Nein, der ist bis jetzt ausgeblieben, sagt der Forstbezirkschef erfreut. Die Forststeigwanderer aus aller Welt erweisen sich als ehrliche Naturliebhaber, die das, was andere da Schönes für sie geschaffen haben, achten. Und die auch ihren Müll wieder mitnehmen.



Lastentransporte – Schiene oder Straße?

Michael Sonntag fordert: Schiene vor Straße!

Jeder ärgert sich, wenn Straßen und Autobahnen mal wieder verstopft sind. Ein Grund dafür sind, wenn auch nicht der einzige: LKW. Aber warum eigentlich?

Gerade in einer Zeit, in der die Schadstoffbelastung der Luft immer häufiger thematisiert wird, fragt man sich, wieso Lastentransporte in so großer Anzahl auf die Straßen verlegt werden. Bis vor einigen Jahren waren Güterzüge ein völlig normales Bild im Alltag. Seit die Bahn jedoch zu einer Aktiengesellschaft privatisiert wurde, wurden Güterzüge reduziert, eine große Anzahl Güterbahnhöfe abgerissen und die entsprechenden Gleise still gelegt. Dabei liegen die Vorteile dieser Form des Transports doch klar auf der Hand:

Erstens ist die Umweltbelastung geringer. Zwar müssten die Waren die letzten Strecken zu ihrem Bestimmungsort immer noch weiter transportiert werden, allerdings wäre dies weit weniger aufwendig und belastend als Ferntransporte mit LKW. Zweitens wären Autobahnen, Bundesstraßen, Ortsstraßen weit we-

niger befahren. Immer wieder wird von kleineren Ortschaften berichtet, die aufgrund ihrer Verkehrslage unter starkem LKW-Verkehr zu leiden haben. Neben Lärm- und Geruchsbelästigung und höherem Unfallrisiko kommen nicht selten Bauschäden an Wohneigentum durch die Erschütterungen der Straßen hinzu. Ebenso wären Straßen und Autobahnen weit weniger wartungsanfällig, wenn der LKW-Verkehr reduziert wäre. Der dritte Punkt wäre der wirtschaftliche Faktor. Durch den Transport über die Schienen könnte eine größere Menge Produkte und Waren weitaus schneller, effektiver und kostengünstiger von A nach B transportiert werden. Dies würde sich positiv auf die Preisgestaltung auswirken und käme letztendlich dem Verbraucher ebenso zugute wie dem Anbieter.

Hinzu kommen viertens die Auswirkungen auf die Fauna. Eine Reduzierung des Straßenverkehrs bedeutet weniger überfahrene Tiere. Eine einfache Logik, die jeder versteht. Gerade für Raubvögel bedeuten LKW eine größere Gefahr. Können sie selbst vor sich schnell nähernden PKW noch

davon fliegen, sind LKW eine Gefahr, die sie schlecht einschätzen können, wodurch es häufiger zu Kollisionen kommt. Diese würden durch eine Umlagerung auf Schienen reduziert.

Fünftes Argument: Arbeitsplätze! Klar, die Waggonen müssten be- und entladen werden, die Lager verwaltet und geräumt, der Weitertransport geregelt usw. Auf diese Weise würde eine Vielzahl von Arbeitsplätzen geschaffen

und gesichert werden. Trotzdem wären der ganze Aufwand und die Logistik dahinter immer noch kostengünstiger als die jetzige Transportsituation.

Aus diesen – sicherlich gut nachvollziehbaren – Gesichtspunkten wäre die Politik gefordert, den Gütertransport durch die Bahn aus ökologischen und ökonomischen Gründen wieder stärker anzuregen, zu fördern und zu fordern.



Bild von Erich Westendorp auf Pixabay

Wie viel Zeitung brauchen wir noch? Ist eine (Kreis)Zeitung noch zeitgemäß?

Angela Hähnel, Leiterin der AG Medien, stellt Zukunftsfragen

Diese Fragen stellen sich die vier Mitglieder der AG Medien jeden Monat. Warum? Ganz einfach, am 20. des Vormonats ist immer Redaktionsschluss für uns. Immer am 20. eines Monats schaue ich nach den Artikeln für unsere Kreis- und Landeszeitung in das Mailpostfach der Redaktion (redaktion. erzgebirge@dielinke-sachsen.de).

Und immer am 20. des Monats schaue ich etwas dumm drein, denn im Postfach finde ich alles Mögliche, nur keine Artikel mit Bildern für unsere Zeitungen. Mit einem mulmigen Gefühl schaue ich dann in die Cloud des Kreisverbandes. Auch hier ist der Ordner der AG Medien ... leer.

Auch die vor Wochen angekündigten Artikel fehlen. Frage ich nach, bekomme ich dann solche Antworten: „Äh, ist schon der 20.? Ich habe es nicht geschafft, ich brauche noch ein paar Tage, aber für die nächste Ausgabe hast du die Zeilen.“ Gut, das wurde mir schon vor vier Wochen versprochen.

Neben den Texten und Bilder woll(t)en wir eigentlich auch Termine veröffentlicht. Also wage ich immer noch einen Blick in den Cloud-Ordner „Termine“. Auch hier steht nichts Aktuelles drin und ich schreibe meinen „Lieblingssatz“ rein. „Datum – keine Termine für die Zeitungen und für 's Internet.“

Jetzt ist guter Rat teuer. Wolfram stöbert im Internet bei den Fraktionen, ob er was „abkuppfern“ kann für unsere Kreiszeitung und ich als Leiterin der AG Medien „verdonnere“ Klaus oder Holger, schnell noch einen Artikel zu schreiben. Egal ob die gerade im Urlaub sind oder dienstlich alle Hände voll zu tun haben. Den Redaktionsschluss für die Landeszeitung können wir ja nicht einfach verschieben. Für unsere Kreiszeitung bleiben immer mal noch „fünf Minuten Luft“. Diesmal habe ich mich zum Lückenfüller „verdonnert“.

Spaß macht das keinen. Vor allem wenn

ich daran denke, als wir im Juli keine Kreiszeitung erstellt und gedruckt hatten. Da war das „Donnerwetter“ groß. Mit Blick darauf, dass die Landeszeitung auf der Streichliste für 2020 steht, brauchen wir da nicht unsere Kreiszeitung für Informationen und zur Diskussion? Unser Landkreis ist groß und nicht immer können alle zu allen Veranstaltungen fahren.

Eigentlich wollten wir unsere Zeitungen zum Sprachrohr gestalten. Unsere Kommunalpolitiker*innen wurde um Artikel gebeten. In der letzten Legislaturperiode hatten dies vier genutzt. Erst eine Gemeinderätin hat seit der Neuwahl einen Artikel geschrieben.

Unsere Kreistagsfraktion schreibt für die Kreiszeitung monatlich einen Artikel. Nur Termine werden immer vergessen.

Stellt sich also die Frage – brauchen wir noch eine Zeitung, egal ob auf Landes- oder Kreisebene? War unsere Entscheidung, die wir auf Grund einer Umfrage bei unseren Mitgliedern getroffen haben, eine Seite in der Landeszeitung und eine abgespeckte Kreiszeitung zu erstellen, falsch?

Reicht es nicht, wenn wir eine Zei-

tung oder ein Informationsblatt auf unsere Internetseite stellen? Oder reicht ein Infoblatt, das wir einmal im Quartal herausgeben aus?

Alles online – das empfinde ich nicht als Allheilmittel. Nicht alle können oder wollen die Zeitung online lesen. Ein Infoblatt, das viermal im Jahr erscheint, finde ich zu kurz gefasst.

Was müssen wir nun aus meiner Sicht tun?

■ Alle Veranstaltungs- und Versammlungstermine rechtzeitig an die Redaktion geben, damit könnte das Schreiben von Einladungen entfallen.

■ Berichte über Veranstaltungen oder über unser Mitgliederleben schreiben und die Bilder nicht vergessen, das macht andere neugierig und könnte dazu führen, das beim nächsten Mal mehr anwesend sind.

■ Berichte von unseren Kommunalpolitiker*innen, die helfen, Entscheidungen zu verstehen und/oder zu weiteren Aktivitäten unserer Kommunalpolitiker*innen führen.

■ Einfach mal aufschreiben, was einem unter den Nägeln brennt, vielleicht haben andere ähnliche Probleme und man könnte gemeinsam eine Lösung finden.

Vielleicht haben unsere Mitglieder noch mehr und bessere Ideen als ich.

Egal wie der Landespartitag über unsere Landeszeitung entscheidet, ob es eine

„Bezahlt“ Zeitung oder eine online Zeitung wird, wir müssen hier vor Ort entscheiden, wie es mit unserer Zeitung weitergehen soll. Für mich ist die Kreiszeitung noch zeitgemäß und ich würde unsere Zeitung vermissen, auch wenn ich dann weniger „Stress“ hätte.

Ich hoffe, dass dieser Artikel jetzt zu einer Flut von Artikeln für unsere nächsten Ausgaben führt. 2.000 Zeichen und ein Bild sind ausreichend. Natürlich freue ich mich auch über Meinungen, ob es weitergehen soll oder nicht.

Kontakt:

Mail: redaktion. erzgebirge@dielinke-sachsen.de

Postanschrift: DIE LINKE. Erzgebirge, AG Medien, Wolkensteinerstr. 17A, 09456 Annaberg-Buchholz

Regionale Treffen mit den neuen Stadt- und Gemeinderäten

Region Annaberg

21.11.2019, 17 Uhr

Geschäftsstelle der LINKEN, Wolkensteiner Str. 17 A in Annaberg-Buchholz

Region Aue-Schwarzenberg

19.11. 2019, 17 Uhr

Geschäftsstelle der LINKEN, Wettinerstr. 2 in Aue

Region Mittleres Erzgebirge

12.11.2019, 17 Uhr

Bürgerbüro der LINKEN, Herzog-Heinrich-Str. 2 in Marienberg

Diskussionsschwerpunkte:

Unterstützung durch Abgeordnete und Kreisvorstand, weitere Zusammenarbeit untereinander, Schulungen, Veranstaltungen u.ä., Mandatsträgerbeiträge

Weiterer Termin:

13.11 2019, 18 Uhr

Beratung des Kreisvorstandes mit den Ortsvorsitzenden im „Huthaus“ Geyer, Bingeweg 21, 09468 Geyer



Kreisparteitag wertete das Wahljahr aus

Ein Rückblick von *Alexander Weiß*



Am 19. Oktober 2019 fand in der Sachsenlandhalle in Glauchau der 13. Kreisparteitag zur Auswertung des Wahljahres 2019 des Kreisverbandes DIE LINKE Zwickau statt. Zahlreiche Genossinnen

und Genossen folgten dem Aufruf zum konstruktiven Austausch und zur Diskussion über das Wahljahr 2019, im Besonderen mit Blick auf die Landtagswahl.

Nach der Begrüßung durch den Kreisvorsitzenden Heiko Döhler gab der Wahlkampfleiter Andreas Salzwedel einen ersten Einstieg in die Thematik der Wahlkämpfe sowie Lösungsansätze für eine zukünftige inhaltliche und strukturelle Neuaufstellung des Kreisverbandes Zwickau. Als weitere Gäste und Rednerinnen durften Antje Feiks (Landesvorsitzende DIE LINKE. Sachsen, Mitglied des Sächsischen Landtages), Sabine Zimmermann (Mitglied des Deutschen Bundestages), Marina Salzwedel (Fraktionsvorsitzende

daten Thomas Koutzky, Heiko Döhler, Rene Hahn, Marlies Schneider und Alexander Weiß.

Neben einer ausgiebigen Diskussion, welche jedem Parteimitglied und Gast die Möglichkeit zur Äußerung von Kritik, Wünschen und Sorgen gab, wurden zwei neue Formate angeboten.

Die Mitglieder des Kreisvorstandes Chris Prügner, Marlies Schneider und Alexander Weiß ermöglichten den anwesenden Parteimitgliedern sowohl



Kreistagsfraktion DIE LINKE. Zwickau) und Janina Pfau (Kreisvorsitzende Vogtland) ihre Einschätzung darlegen. Dank ging an die zahlreichen Genossinnen und Genossen vor Ort sowie an die fünf Kandidatinnen und Kandi-

eine Umfrage und Abstimmung über die wichtigsten politischen Themen, als auch das Äußern von Wünschen, in welcher Form sich der Kreisverband Zwickau in der Zukunft entwickeln soll und muss.

Gedenken an die Opfer des NSU in Zwickau

Lange wurde in Zwickau über das richtige Maß, die richtige Form eines Gedenken diskutiert und auch darüber, ob es das überhaupt braucht. Anfang September, am Gedenksontag der Opfer des Faschismus, wurde schließlich ein erster Gedenkbaum auf der Ziegelwiese am Schwanenteich gepflanzt. Er sollte an das erste Opfer des NSU, Enver Şimşek, erinnern. Damals gab es nur wenig Aufmerksamkeit für die Aktion. Das änderte sich mit der Schändung Anfang Oktober, als das Bäumchen abgesägt und auch die daraufhin aufgestellte Gedenkbank beschädigt wurde. Zwickau war wieder in aller Munde und mal wieder in negativer Sicht.

statt, organisiert von verschiedenen Vereinen und Verbänden rund um das Demokratiebündnis. Hier waren auch Vertreter der Zwickauer Stadtratsfraktionen (CDU/FDP, GRÜNE/SPD/Tierschutzpartei, BfZ und DIE LINKE) dabei. Die dritte Veranstaltung am 14. Oktober fand unter der Regie des Theaters Zwickau Plauen statt. Gleichzeitig gab es Spendenaufrufe und insgesamt kamen von Bürgerinnen und Bürgern aber auch von Betrieben der Stadt insgesamt 14.000 Euro zusammen, so dass zügig nicht nur der abgesägte Baum ersetzt sondern für jedes der zehn Opfer des NSU ein Baum nebst Gedenkplatte gesetzt werden konnte. Am 3. November

nun wurde der Gedenkort eingeweiht, dieses Mal mit erheblichem medialen aber auch bürgerschaftlichen Interesse, mit einer gemeinsamen fraktionsübergreifenden Erklärung Zwickauer Stadträte, Rednern von CDU bis LINKE und einigen Worten des Leiters des katholischen Büros Sachsen, Diakon Dr. Frank in Vertretung von Bischof Heinrich.

Nicht jeder war und ist über jedes Detail glücklich. Ich möchte dennoch den Blick auf die positiven Aspekte richten: Endlich ist es gelungen, dass sich die Zwickauer Gesellschaft von links bis konservativ deutlich gegen Fremden-

feindlichkeit und menschenverachtende Positionen positioniert. Und mit Bischof Heinrich Timmerevers, Bistum Dresden Meißen, positioniert sich auch die katholische Kirche in Sachsen ganz eindeutig. Genau diese Breite des Meinungsspektrums finde ich so wichtig und Mut machend. Darauf können und müssen wir bei allen sonstigen inhaltlichen Unterschieden aufbauen. Die Herausforderung in Zwickau wird nun darin bestehen, dieses breite Bündnis der Stadtgesellschaft im Alltag weiter zu leben und nicht wieder im Sande verlaufen zu lassen.

• *Simone Hock*

Doch genau das scheint die Zivilgesellschaft, die Zwickauer Stadtgesellschaft gebraucht zu haben. Denn plötzlich bewegte sich etwas. Innerhalb weniger Tage gab es drei Gedenkveranstaltungen. Die erste am 7. Oktober wurde initiiert von den SchülerInnen des christlichen Gymnasium Peter Breuer, die ihre Mittagspause für ein Gedenken nutzten und dabei Unterstützung von Lehrkräften und Schulleiter erhielten sowie weiteren Zwickauern. Die zweite Veranstaltung fand am 11. Oktober



Demokratie wieder im Aufwind

Wie Coswig mit Verstand gewählt hat. Ein Kommentar von *Reinhard Heinrich*

Egal wie viele Wahlkämpfe wir 2019 in Sachsen bestreiten mussten – in Coswig war es einer mehr. Nachdem nun der bisherige Oberbürgermeister Frank Neupold – wiederholt ebenfalls mit unserer Unterstützung gewählt – den wohlverdienten Ruhestand ansteuert, gab es in Coswig die Notwendigkeit für einen weiteren Urnengang.

Den scheinbar ostdeutschen 2019er Trend nach rechts allerdings kehrten die Coswiger diesmal um. Nach 31 Prozent zur Europawahl, 25 Prozent zur Kommunalwahl (Stadtrat), 26 Prozent im Kreistag und fast 33 Prozent im Landtag haben die Undemokraten, von deren Häuptern einige jetzt per Gerichtsurteil „Faschisten“ genannt werden dürfen, sich mit 23 Prozent (aufgerundet) begnügen müssen.

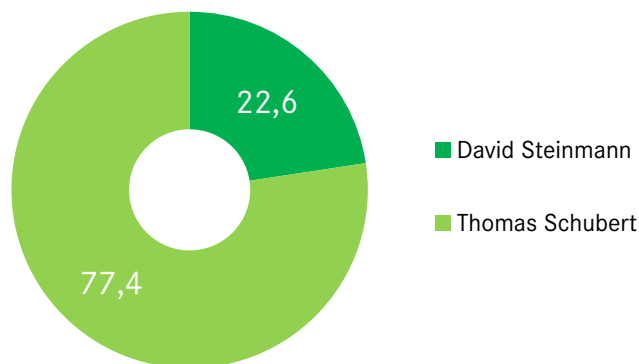
Über die Hälfte der Coswiger ist zur Wahl gegangen. Und mehr als drei Viertel derer waren der Meinung, jener Schmutzpartei gebühre kein erster Oberbürgermeister Deutschlands. Jedenfalls nicht mit uns. Diese OB-Wahl war mehr als ein Bekenntnis zu dem Coswiger, der schon 20 Jahre im Rathaus zuverlässig gearbeitet hat. Solange es läuft, schaut der Bürger meistens sowieso nicht so genau hin. Und es lief. Die Stadt Coswig wird zum Jahresende schuldenfrei sein. Auch durch verantwortliches Handeln linker Stadträte schon seit PDS-Zeiten. Aber eben auch des Kämmerers, der nun OB sein wird. Dank unseren Stimmen, unseren Flyer-Verteilern, unseres Weblogs und unserer aktiven Teilnahme am großen Wahlforum der Landeszentrale für po-



Bild: X.Weniger / Wikimedia Commons / CC-BY-SA 2.5

litische Bildung und der Sächsischen Zeitung in der Spitzgrundmühle. Wir haben gezeigt, dass ein überzeugender Sieg der Demokratie immer noch und immer wieder möglich ist.

Das lässt für Thüringen hoffen, wo Demokraten durchaus schon ideologische Barrieren überwunden haben und das auch wieder tun können. Man muss ja nicht zu Allem „Ja und



Amen“ sagen. Aber bei der Demokratie machen wir, die Mehrheit, keine Kompromisse.

Und das ist gut so.

Erleichterung und Durchatmen vorm OB-Alltag ...

Das konnte man am Sonntagabend in der „Börse“ in Coswig förmlich beobachten, als die vorläufigen Ergebnisse der OB-Wahl auf dem Bildschirm erschienen. Familie, Freunde, Stadtratsmitglieder, aber auch AR-Vorsitzende und Bürger, die mit geholfen hatten, fanden sich zusammen und empfingen den neuen OB mit herzlichem Applaus!

Herr Schubert hat sich das Ergebnis über Jahre erarbeitet. Das war Konsens über alle Fraktionen hinweg. Das amtliche Wahlergebnis wird noch eine Weile auf sich warten lassen. Aber über 50 Prozent Wahlbeteiligung und davon über 70 Prozent für den gemeinsamen Kandidaten sprechen schon für sich.

Wir gratulieren zum Ergebnis und wünschen gutes Gelingen bei der weiteren Gestaltung unserer Stadt! Wir werden dazu beitragen als „DIE LINKE“. Und natürlich haben wir auch mit gefeiert.

• Ursula Windsheimer,
Stadtvorsitzende in Coswig

30 Jahre nach dem Mauerfall – auch eine Wendegeschichte

Von *Harald Kühne*, Mitglied des Kreistages aus Großenhain

Mit großem „Tam-Tam“ einschließlich Sachsenspiegel des MDR wurde am 8. Oktober in Großenhain eine Rentenberatung per Video eingeweiht. Fairerweise hat Oberbürgermeister Mißbach auch mit einem Satz erwähnt, dass diese Maßnahme auf eine Anregung der Stadtfraktion der LINKEN zurückgeht. Anlass für uns, mal ein bisschen in den Rückspiegel zu schauen.

Anspruch unserer Partei war es schon zu PDS-Zeiten, eine Partei für den Alltag zu sein. Daraus wurde in den 90er Jahren unter maßgeblichen Anteil von Brigitte Zschoche eine ehrenamtliche Rentenberatung eingerichtet.

Erste Akteurin war die unvergessene Ingrid Richter. Die Unsicherheiten bei der Rente, vor allem in den unmittelbaren Nachwendejahren durch Betriebsschließungen führten dazu, dass vor dem Bürgerbüro der LINKEN regelrechte Schlangen standen. In ihrer herzlichen Art half Ingrid

Richter allen, die kamen. Noch heute sind diese Mandanten an speziellen Ordnern zu erkennen. Als dann in Großenhain die staatliche Rentenberatung ganz dicht machte, lag alles

auf den Schultern der LINKEN. Doch wir machten weiter, mit engagierten Helfern, nachdem Ingrid Richter verstorben war. Parallel wurde die LINKE als einzige Partei nicht müde, auf die Notwendigkeit einer staatlichen Rentenberatung in Großenhain hinzuweisen. Wir wollten es unseren Bürgerinnen und Bürgern nicht zumuten, deswegen nach Dresden oder Riesa zu fahren. Wir machten Druck in der Öffentlichkeit und stellten Anfragen und Anträge im Stadtrat.

Auch wenn es etwas länger dauerte, können wir und vor allem die zukünftigen Seniorinnen und Senioren sich nun über die Früchte unsere Bemühungen freuen. Wir danken allen Beteiligten und vielleicht erinnert sich mancher daran, wer damals die Partei für den Alltag war, wenn wieder mal Wahlen anstehen.



Bild von cocogalerie/nauf/Phuabuy

Nach der Kohle

Sieben Forderungen der *Vernetzungsgruppe Strukturwandel Braunkohlereviere der LINKEN*

Hinsichtlich der Verwendung der von der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ vorgesehenen finanziellen Mittel für den Strukturwandel in den Braunkohlereviere formuliert die Vernetzungsgruppe Strukturwandel Braunkohlereviere der Partei DIE LINKE sieben Forderungen an die Verwendung der Fördermilliarden anlässlich der vorliegenden Eckpunkte für ein Strukturstärkungsgesetz.

1. Sicherung der finanziellen Mittel

Entsprechend des Eckpunktepapiers „Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen“ sind für einen Zeitraum von 20 Jahren insgesamt 40 Milliarden Euro für die Braunkohleregionen vorgesehen, 14 Milliarden Euro als Finanzhilfen des Bundes mit „bis zu 90 Prozent“ Eigenbeteiligung der Länder bzw. Kommunen und 26 Milliarden Euro als direkte Investitionen des Bundes. Wir fordern einen Verwaltungsvertrag oder die Einrichtung eines Sondervermögens zwischen dem Bund und den Bundesländern Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Nordrhein-Westfalen, um die in Aussicht gestellten Gelder rechtlich bindend sowie ohne Haushaltsvorbehalt langfristig zu sichern.

2. Strukturwandel im Einklang mit den Globalen Nachhaltigkeitszielen

Der Braunkohleausstieg ist Teil des Klimaschutzplans der Bundesregierung. Aus diesem Grund müssen auch die einzusetzenden finanziellen Mittel den Anforderungen des Klimaschutzes gerecht werden. Wir fordern eine klare Bindung der Fördermilliarden an die Globalen Nachhaltigkeitsziele (SDGs). Unter Beteiligung der Zivilgesellschaft sind für dieses Herangehen Kriterien zu entwickeln, um eine ökologisch und sozial nachhaltige Förderung von Maßnahmen zu erreichen. Im Mittelpunkt dieser Förderung sollen Maßnahmen zur Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge und zur Erreichung der Klimaschutzziele stehen. Es sind keine Fördermaßnahmen für Technologien einzusetzen, die zu einem zusätzlichen Braunkohleabbau oder zusätzlicher Kohleverstromung führen. Bei Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen müssen der öffentliche Verkehr sowie schienengebundener Güterverkehr im Mittelpunkt stehen. Dies schließt Straßenbauprojekte nicht aus, stellt sie aber unter einem besonderen Begründungszwang.

3. Mittelvergabe transparent und demokratisch organisieren

Das Eckpunktepapier „Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen“ der Bundesregierung weist bereits Projekte in den Bereichen Forschung und Innovation, Digitalisierung und Mobilität oder

der Bundesverwaltungs- und Verkehrsinfrastruktur aus. Auch der Abschlussbericht der Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ enthält in seinen Anhängen Projektvorschläge der Länder zur Strukturentwicklung. Allen gemein ist, dass sie in den Ländern mehrheitlich nicht mit der Öffentlichkeit diskutiert wurden – weder in den Parlamenten, noch mit der Zivilgesellschaft. Wir fordern eine transparente Mittelvergabe, die in der Region auch unter Einbeziehung der Landesparlamente – in einem begleitenden Ausschuss – und der Beteiligung der Zivilgesellschaft – in einem Steuerungsgremium – stattfindet. Im speziellen Fall der Lausitz fordern wir einen gemeinsamen interparlamentarischen Landtagsausschuss der Bundesländer Brandenburg und Sachsen, der die Lausitz als bundesländerübergreifende Region entwickelt.

4. Regionale Leitbildprozesse – Kommunikation und Kultur fördern

In dem Eckpunktepapier „Strukturstärkungsgesetz Kohleregionen“ liegen bereits Vorschläge der Länder für Leitbilder der Kohleregionen vor, während derzeit beispielsweise in der Lausitz ein von der „Zukunftswerkstatt Lausitz“ organisierter Prozess zur Leitbildentwicklung der Region stattfindet, der längst noch nicht abgeschlossen ist. Selbst dieser Prozess findet entgegen der Ankündigungen bislang weitgehend unter dem Radar der Zivilgesellschaft statt. Ein Strukturwandel kann nur gelingen, wenn die Menschen an den Entscheidungen mitwirken und die Möglichkeit haben, mitzuentcheiden, ihre Ideen einzubringen. Wir brauchen eine ehrliche Diskussion um die Zukunft in den Regionen. Dieser Prozess muss durch eine intensive Kommunikation über Lebensgeschichten und Zukunftsvisionen begleitet werden. Die Menschen sollen sich trotz Wandel und Veränderungen mit ihren Regionen identifizieren. Das kann nur gelingen, wenn unterschiedliche kulturelle Maßnahmen gefördert

werden. Wir fordern die Bundesregierung auf, die Förderung von Kommunikation und Kultur in das Strukturstärkungsgesetz aufzunehmen. Wir fordern die Priorisierung der Mittel durch Akteure aus der Region anhand partizipativ entwickelter Leitbilder. Die entsprechende Bindung und Verwendung der Mittel dürfen erst nach Abschluss des Prozesses erfolgen.

5. Stärkung der Kommunen, der regionalen Wirtschaft und des öffentlichen Sektors

Derzeit fehlt es den vielfach in der Haushaltssicherung befindlichen Kommunen und den finanzschwachen Kommunen an Personalstellen und Eigenmitteln, um den Anforderungen des Strukturwandelprozesses adäquat gerecht zu werden. Wir fordern eine Investitionspauschale für vom Braunkohleausstieg betroffene Kommunen, um diese in die Lage zu versetzen, Ideen zu generieren und Fördermittel zu beantragen. Wir fordern die Förderung regionaler Wertschöpfungsketten und ein Ende der in den letzten Jahrzehnten vielfach misslungenen „Leuchtturm“-Politik. Bei den betroffenen Braunkohleregionen handelt es sich um sehr heterogene Regionen, mit sehr unterschiedlicher Wertschöpfung. Auch aus diesem Grund sind die Leitbild Diskussionen ein wichtiges Instrument, um das Ziel der Entwicklung in diesen Regionen zu bestimmen. Der Erhalt eines möglichst hohen Industrialisierungsniveaus – könnte eine gemeinsame Grundlage für weitere Entscheidungen in den Regionen sein. Darüber hinaus sind insbesondere die östlichen Bundesländer von einer Klein- und Mittelständischen Unternehmensstruktur geprägt. Dieser Unterschiedlichkeit muss die gebotene Aufmerksamkeit zur kleinteiligen, ausbaufähigen wirtschaftlichen Entwicklung in den Regionen gegeben werden. Wir fordern die Bundesregierung und die Landesregierungen auf, in Brüssel ihren Einfluss dahingehend wahrzunehmen, dass im Rahmen der anstehenden Revision der europäischen

Beihilferichtlinien mehr Spielraum für Investitionen und Subventionen der öffentlichen Hand in den sozial-ökologischen Umbau von Regionen im Strukturwandel ermöglicht wird. Wir fordern einen europäischen Fonds für den „gerechten Übergang“ (just transition), der allen europäischen Regionen, die vom Kohleausstieg betroffen sind, zugutekommt.

6. Fonds Zivilgesellschaft etablieren

Der Abschlussbericht der Kohlekommission empfiehlt: „Ein noch festzulegender Anteil der Mittel sollte nicht auf den 'wirtschaftlichen' Strukturwandel beschränkt sein, sondern dafür verwendet werden, um zivilgesellschaftliche Aktivitäten, Lebensqualität und weiche Standortfaktoren zu stärken und weiterzuentwickeln.“ Wir fordern die Bundesregierung auf, ein Finanzierungsinstrument für ein kleinteiliges zivilgesellschaftliches Engagement regionaler kultureller Initiativen und Netzwerke sowie für Kleinprojekte im Handwerk und im Gewerbe mit dem Fokus auf einen zukunftsfähigen Strukturwandel und eine lebenswerte Region im Strukturstärkungsgesetz aufzunehmen. Wir unterstützen den Vorschlag zivilgesellschaftlicher Initiativen für einen eigenständigen Fonds (wie ihn in der Lausitz die „Lausitzer Initiativen“ gemeinsam mit dem „Zentrum für Dialog und Wandel“ der Evangelische Landeskirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz mit ihrem „Fonds Zivilgesellschaft Lausitz“ fordern). Solcherart separate Fonds sollen mit einem kleinen Teil der angekündigten Strukturwandelgelder des Bundes ausgestattet und neben dem Eckpunktepapier skizzierten Finanzierungslinien etabliert werden. So werden organisatorische Kapazitäten frei, die für kleine Projekte den Zugang zu Fördermitteln erleichtern, und Investitionen in kleinere soziale und disruptive Innovationen tätigen sowie etablierte regionale und überregionale Netzwerke und gemeinwohlorientiertes wie nachhaltiges Unternehmertum fördern. Im Ergebnis entfaltet das bürgerschaftliche Engagement in den Revieren Wirksamkeit in der eigenen Zukunftsgestaltung.

7. Kohleausstiegsgesetz

Zur Planungssicherheit für alle vom Braunkohleausstieg Betroffenen und für die verlässliche Strukturentwicklung der Regionen gehört ein Kohleausstiegsgesetz. Wir fordern darum bis Ende 2019 eine gesetzliche Regelung zum Braunkohleausstieg. Die gesetzliche Regelung muss sicherstellen, dass sowohl ein Abschalten von Kraftwerken als auch ein frühzeitiges Auslaufen von Tagebauen inklusive der nötigen Rekultivierungsaufwendungen nicht zu Lasten der Fördermittel für die Braunkohlereviere und die betroffenen Bundesländer und Kommunen gehen darf.



Bild: Magister / Wikimedia Commons / CC BY-SA 4.0

Hören wir auf, uns selbst zu belügen!

Janek Treiber fragt: Waren die Wahlplakate mit den falsch getrennten Wörtern gut oder schlecht? Ist es sinnvoll, „FCK AfD“ zu plakatieren – oder eher nicht?

Im Jahr 2004 fand die letzte Landtagswahl statt, bei der DIE LINKE an Stimmen gewinnen konnte. Inzwischen haben sich der Name der Partei, die Mitgliederzahl und -struktur, das Parteiensystem und die Gesellschaft gewandelt. Nur die Mentalität scheint zu mindest bei manchen noch in Zeiten zu hängen, als wir Ergebnisse jenseits der 20 Prozent erzielt haben und die Berufsgruppe der ArbeiterInnen nicht zu über 40 Prozent AfD wählte. Negative Entwicklungen wurden seitdem zu wenig angegangen oder gar ignoriert – vielleicht waren sie gar nicht bekannt. Nun steht DIE LINKE vor einem Trümmerfeld, deswegen einige Einsichten:

1. DIE LINKE ist in Sachsen eine Partei der Alten, der AkademikerInnen und der Großstadtmenschen

So sehr wir uns um die bemühen, die man früher wohl „Arbeiterklasse“ nannte, so wenig Erfolg hat das. Breite Schichten der erwerbstätigen Bevölkerung wählen unter dem Durchschnitt links, bei ArbeiterInnen ist dies noch verschmerzbar, aber Angestellte wählten schon 2014 zu einem Drittel seltener links als die Gesamtheit der Wahlbevölkerung. Getragen wird unser verbliebenes Ergebnis vor allem von Menschen im Rentenalter. Und so traurig es ist, die meisten Stimmen haben wir bei der Wahl am 1. September nicht an eine Partei, sondern an den Friedhof verloren – 32.000 Menschen.

Je höher ein Mensch gebildet ist, desto eher wählt er links. Dementsprechend werden die höchsten Stimmanteile bei HochschulabsolventInnen gemessen. Das ist nicht schlimm, aber solange die Partei bei Menschen mit Mittlerer

Reife nur ein einstelliges Ergebnis erzielen kann, werden wir die breite Masse der Bevölkerung nicht erreichen. Diese akademische Schicht lebt dann oft noch in den Großstädten, und so wundert es nicht, dass wir vor allem dort Zustimmung erhalten. Das einzige LINKE Direktmandat wurde eben in Leipzig geholt und nicht im Erzgebirge. Zwei Drittel der sächsischen Bevölkerung leben in kleineren Städten oder auf dem Land – in Gebieten, in denen wir uns noch über so große Stimmanteile freuen dürfen wie sonst nur in Westdeutschland. Zwischenfazit: Die Menschen, für die wir uns einsetzen, wählen uns nicht. Es muss ein Weg gefunden werden, die Ansprache dieser Personengruppen zu effektivieren, um CDU und AfD hier nicht durch unser Versagen zu Siegern zu machen.

2. DIE LINKE ist eine Männerpartei

Steht das da wirklich? Ja, weil es so ist. Trotz aller Bemühungen für Gleichstel-

lung, gegen Diskriminierung, ungleiche Bezahlung und Sexismus machen Frauen ihr Kreuz lieber anderswo. Zugegebenermaßen hat sich das zwischen 2014 und 2019 etwas gewandelt, sodass diesmal laut Statistik ein Prozentpunkt mehr Frauen DIE LINKE wählten als Männer – allerdings ist das zum ersten Mal so. Im Bund bleibt ein Männerüberhang, genauso bei den Mitgliedern. Wahrscheinlich wurde dieses Ergebnis bei der Landtagswahl eher deshalb erreicht, weil Frauen deutlich weniger der AfD zugeneigt und zu ihr abgewandert sind. Zum Vergleich: Sogar die CDU wird zu sechs Prozentpunkten mehr von Frauen gewählt. Zwischenfazit: Wir als sächsische LINKE müssen uns noch stärker um Themen der Frauen bemühen. Dabei darf es aber nicht nur um Dax-Vorstandsposten und Mandatsträgerinnen gehen, wir brauchen Alltagspraxis.

3. DIE LINKE hat ein Mobilisierungsproblem

Die Politikwissenschaft ist sich einig, dass Menschen in schlechter finanzieller Lage – also die, für die wir uns einsetzen – deutlich seltener zur Wahl gehen als Personen, die höhere Werte bei Einkommen, Bildung oder dem Grad der Beschäftigung erzielen. Gerade die Leute, die wir erreichen wollen, gehen also nicht oder nicht mehr zur Wahl. 13.000 Abgänge waren es bei der Wahl 2014, 15.000 bei der Wahl 2019 – das entspricht etwa unserem Stimmverlust an die Grünen. Getragen wird unser verbliebenes Ergebnis vor allem von Menschen im Rentenalter. Zwischenfazit: Wir brauchen ein Mobilisierungskonzept. Die Wahlbeteiligung bei Landtagswahlen in Sachsen war in der Vergangenheit besonders niedrig, sie lag 2014 sogar unter 50 Prozent. Jetzt steigt sie erst durch die AfD wieder. Wir dürfen aber nicht warten, bis die AfD noch weitere 15 Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung für sich gewinnen kann, sondern sollten uns verpflichtet fühlen, selbst aktiv zu werden.

Gesamtfazit

Wir müssen aufhören, uns zu belügen und Fehler nur bei hässlichen Plakaten, unpassenden Wahlzeitungen und Listenkandidatinnen mit einem Faible für die Zahl 42 zu suchen. Sicher, das ist alles Teil des Ergebnisses und auch diese Dinge gehören in eine längst überfällige Debatte, für die es keine Musterlösung gibt. Aber wenn wir nicht anfangen, darüber zu reden, wie wir den Menschen, die wir erreichen wollen, wirklich begegnen, kann uns auch das hübscheste Layout nicht mehr helfen – dann sind wir nach der nächsten Wahl einfach raus aus dem Landtag.



Erfahrungsaustausch über das Leben in der DDR

Schießbefehl, kaputte Wirtschaft, Unrechtsstaat, friedliche Revolution, Wiedervereinigung – in diesem Jahr werden, neben diesen üblichen, noch mehr Unwahrheiten über die DDR verbreitet als sonst. 30 Jahre Mauerfall und im nächsten Jahr 30 Jahre Anschluss der DDR müssen in den Medien der Herrschenden natürlich als etwas Positives bewertet werden. Dass es sich weitestgehend anders verhalten hat, wissen viele, vor allem junge Menschen, nicht mehr. Und Zeitzeugen wird es mit den Jahren immer weniger geben.

Dass es Wissensdurst unter der heutigen Jugend gibt, merkten wir, als unsere IG Kontakt zu einigen Studenten bekam, die Mitte der 1990er Jahre geboren wurden. Sie wussten nicht viel über die DDR, vorwiegend aus Gesprächen mit ihren Eltern. Doch offensichtlich reich-

te das für sie aus, um zu erkennen, dass es eine andere Wirklichkeit als die eingangs erwähnte über den zweiten deutschen Staat gibt. Also luden wir sie zu einem unserer Treffen ein und gestalteten dieses als einen Gedankenaustausch über das Leben in der DDR. Sie hatten viele Fragen und bekamen von den Zeitzeugen des gelebten Sozialismus noch einiges mehr zu erfahren, was sie wissbegierig aufnahmen und schriftlich festhielten. Typische DDR-Biografien wurden geschildert, bei denen auch Karriereeinbrüche nach 1990 nicht ausblieben. Hochaktuell wurde es, als es um Mietpreise oder Preise für den Nahverkehr ging. Immer wieder wurde die soziale Sicherheit der Bürger in unserem Land erwähnt sowie die einzige deutsche Armee, die nie einen Krieg führte. Auch wir stellten Fragen und wollten zum Beispiel wissen, was

sie denn aus der Schule zu dem Thema mitbekamen. Dass die meisten Lehrer im gegenwärtigen System über die DDR neutral berichtet haben sollen, konnten wir allerdings nur schwer glauben.

Viel ist an Auswertung notwendig. Und so planen die Studenten im kommenden Semester innerhalb einer Arbeitsgruppe eine Zeitzeugenstudie über die DDR. Neben ihren bisher geführten Gesprächen und weiteren geplanten, half ihnen unser Treffen tiefer in die Materie vorzudringen. Dafür waren sie uns sehr dankbar.

Gerade heute, wo sich mehr und mehr rechte Strukturen entwickeln und selbst bürgerliche Parteien sich nach rechts neigen, ist es wichtig, die historische Erinnerung aufrecht zu erhalten. Es ist ein Fakt, dass in der DDR das öffentli-

che Zurschaustellen von faschistischen Symbolen und Gedankengut verboten war.

Der unvoreingenommene Gedankenaustausch mit Menschen, die diese Zeit nicht erlebt haben, ist notwendig, um die Wahrheit über 40 Jahre DDR offenzulegen. Keiner will und kann bestreiten, dass in dieser Zeit Fehler gemacht wurden. Aber die Deutsche Demokratische Republik war, im Gegensatz zur BRD, der konsequent richtige Gegenentwurf zum faschistischen Deutschland zuvor. Es liegt an uns, die diese Zeit erlebt haben, die Erinnerungen daran lebendig zu halten und an folgende Generationen weiterzugeben.

• Jörg Winkler, Sprecher IG Frieden-Gerechtigkeit-Solidarität Stadtverband Chemnitz

Welche Traditionsbindung besitzt die Bundeswehr? Allen Traditionserlassen zum Trotz durchtränkt immer stärker eine rechtsnationalistische und militaristische Geschichtssicht die Streitkräfte der vereinten Republik. Demokratische Bewegungen wie die der Volksmarinedivision von 1918/19 kommen – im Gegensatz zur NVA der DDR – real nicht mehr vor. Das wurmt Klaus Gietinger zu recht.

Der Anlass für die Recherchen zu diesem Thema müssen außerdem in der offiziellen Gedenkpolitik und ihren in Ausstellungen etc. zu Tage geförderten Erkenntnissen und Wertungen liegen. Möglicherweise will Gietinger die Darstellung von Mark Jones in „Am Anfang war Gewalt“ (2017) ergänzen, indem er minutiös und vor allem mit dem Fingerzeig auf die Gewaltbereitschaft und die tatsächliche Gewaltausübung vonseiten der alten und rechten Kräfte des untergehenden Kaiserreichs herausarbeitet. Jedenfalls entfaltet Gietinger quasi auf die Minute genau und quellenmäßig aus Erinnerungen, Gerichtsprotokollen und anderen Archivalien gedeckt, die Dynamisierung der Frühphase der Revolution in den späten Oktobertagen 1918 mit samt ihrer Vorgeschichte. Dazu gehören die Meuterei vom September 1917 auf dem heutigen Nord-Ostseekanal und die Hinrichtung von Albin Köbis und Max Reichpietsch, die Januarstreiks von 1918 und die zunehmende Kriegsmüdigkeit einerseits, Radikalisierung der Soldaten und der Arbeiter andererseits. Am 4. November 1918 befand sich Kiel faktisch unter der Kontrolle der nun gemeinsam agierenden Arbeiter- und Soldatenräte. Doch deren Unerfahrenheit wurde ihnen zum Verhängnis. Des ihm entgegengebrachten Vertrauens der Kieler Arbeiter und Soldaten bemächtigte sich der aus Berlin angereiste Gustav Noske (SPD) jedenfalls, um den Arbeiter- und Soldatenrat um Karl Artelt und Gustav Popp zu entmachten.

Artelt, Popp und zahlreiche Aktivisten der Volksmarinedivision werden von Gietinger aus den Quellen heraus historisch als Handelnde wiederbelebt und in ihr Aktionsfeld eingebettet. Dabei werden auch die Differenzierungen innerhalb der Bewegung der roten Matrosen und der Rätebewegung deutlich. In Cuxhaven etwa sorgte Carl Baier dafür, dass Offiziere entwaffnet und arretiert wurden und sich die Mannschaften nicht von Revolutionskanalisierern vom Schlage Gustav Noskes demobilisieren ließen. Über lokale Bewegungen wie in Cuxhaven, aber vor allem durch heimaturlaubende Revolutionäre gelangte die Revolution nun in die Flächen des wankenden Reichs, wie Gietinger personalisiert rekonstruiert. Das gestaltet die Lektüre anschaulich, seine oft sarkastischen Zwischenkommentare lassen erahnen, wie er im Innersten über ungenutzte Gelegenheiten auf Seiten der Revolutionäre oder über taktische Winkelzüge mit oft gravierenden Folgen für die Revolution denkt. Immer wieder im Fokus seines Ingrimms: Gustav Noske.

Seine Sympathie hingegen gilt Matrosen wie Ernst Broßat, der, in Emden stationiert, am 6. November von Hamburg aus mit anderen Freiwilligen mit dem Zug nach Berlin reiste, dort vorübergehend

Blaue Jungs mit roten Fahnen

Dr. Holger Czitrich-Stahl über ein neues Buch von Klaus Gietinger. Thema: Die Volksmarinedivision 1918/19



in Haft geriet und doch wieder entkam, dazu beitrug, dass sich die Dynamik beschleunigte, die Herrschenden ihre Eindämmung versuchten und so der Aufstand für den 9. November festgelegt wurde. Das folgende Szenario gleicht erneut einem Drehbuch und lässt die Revolutionsdramaturgie in all ihren Facetten, Szenen und Wendungen angesichtigt werden – zweifellos ein Highlight von Gietingers Präsentation.

In dieser Weise erstreckt sich seine Blickrichtung bis zu den Märzkämpfen im Osten Berlins und Lichtenbergs, bei denen durch die furchtbaren Gewaltorgien der Freikorps und Regierungstruppen rund 1.200 Personen, darunter zahlreiche Volksmarinesoldaten, buchstäblich hingerichtet wurden, bekanntlich auch mit Hilfe von Flugzeugen und Artilleriefeuer in den Arbeiterkiezen.

Auch hier wieder im Zentrum der Gegenrevolution: Gustav Noske und Walde-



Mütze der Braunschweiger Volksmarinedivision, 1918

mar Pabst. Besonders beklemmend liest sich Gietingers Schilderung des brutalen Mordes in der Französischen Straße 32 am 11. März 1919, als von rund 250 Matrosen, die sich ihre Löhnung abholen wollten, 30 durch „Schädelschüsse“ bestialisch hingerichtet wurden. Gietinger selbst hat am Datum der Wiederkehr dieser Untat vor Ort eine Gedenkveranstaltung organisiert, die aus der DDR stammende Gedenktafel ist bis heute spurlos verschwunden. Ein Narr, der dabei an den NSU-Skandal denkt? Gietinger listet die Namen der getöteten Matrosen im Anhang zum Buch auf.

Vieles wäre noch zu erwähnen. Der weitere Fortgang der Ereignisse findet sich in Gietingers Buch ebenso wie in anderen einschlägigen Bänden zum Revolutionsjubiläum wieder. Die Volksmarinedivision wurde als radikale und gleichzeitig vielfältige demokratische Bewegung im März 1919 liquidiert. Von Staats wegen wurde sie in der Weimarer Republik von den linkssozialistischen, kommunistischen und antimilitaristischen Kräften geehrt. Die SPD-Mehrheit versuchte, den Mantel des Schweigens über dieses Wüten des Militarismus mit Duldung der Regierung auszubreiten. In der NS-Diktatur machten viele der Mörder an den roten Matrosen Karriere, sie waren die Vorläufer des Rechtsterrorismus und Faschismus.

Die Dunkelheit über die roten Matrosen und ihre Mörder blieb auch in der BRD lange erhalten, allein der DDR muss attestiert werden, der Volksmarinedivision und ihrer mutigen Matrosen gedacht zu haben. Nicht umsonst fehlt heute nicht nur in der Französischen Straße die Gedenktafel aus der Zeit der DDR.

Im Anhang des Buches (S. 233-303) findet der Leser bzw. die Leserin Kurzbiographien wichtiger Volksmarineangehöriger, von Regierungsvertretern, Sozialdemokraten für und wider die Revolution, auch von Mördern an Schreibisch und Waffe. Die Namen der getöteten Matrosen sind – soweit möglich – rekonstruiert. Das Anmerkungs- und Literaturverzeichnis ist umfassend, aktuell und ohne Scheuklappen. Klaus Gietinger ist eine profunde, spannende und beklemmende Rekonstruktionsleistung gelungen.

Klaus Gietinger: „Blaue Jungs mit roten Fahnen. Die Volksmarinedivision 1918/19“. Unrast-Verlag, Münster 2019. ISBN: 978-3-89771-263-8, 304 S., 18 €.

Landesjugenplenum

Die große Rechenschaftsberichts-spielshow

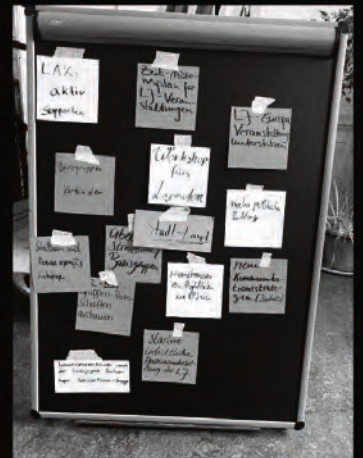


Mele beim Aufbau der Wahlkabinen



Lilly + Anika + Jesus

Antragsdebatte



Ergebnisse aus der Workshopphase



Wer viel arbeitet muss auch feiern können



C. (deh)z verabschiedet sich als Jupö
↳ Jenni wurde neu gewählt! :)

Vorbei! Fleißig wird alles in Ivy eingeladen. Bis nächstes Mal! :)



Den Frieden erhalten durch eine Politik der Vernunft



Cornelia Ernst ist seit 2009 Vizepräsidentin der Iran-Delegation des EU-Parlaments, seit Ende September Präsidentin. Anlass genug für Blicke zurück sowie einen Blick voraus.

Der Umgang mit dem gesamten Mittleren und Nahen Osten war seitens des Westens immer interessengeprägt. Diese Interessen waren einst kolonial, dann ressourcengeprägt und -orientiert. Heute sind sie es immer noch, aber gleichsam auch strategische Waffe im neu erwachten Gegeneinander der Großen in der Welt. Die Interessen des Iran, der Menschen, die dort leben, haben fast nie irgendwen interessiert. Sie versickerten stets in einem ganzen Haufen verächtlich zusammengekehrter Kollateralschäden.

Das alte Misstrauen der Eliten im Iran gegenüber dem Westen ist daher ungeboren. Und doch erlebten wir in den letzten Jahren einen spürbaren Wandel. 2013 wurden wir als erste offizielle Delegation des Europaparlaments schon auf dem Teheraner Flughafen hermetisch abgeschirmt. Damals öffneten sich nach Jahrzehnten vorsichtig die Türen der Macht und im Land erlebten wir eine Gesellschaft, die wach und aufgeschlossen jeden Millimeter Bewegung wahrnimmt. Ende 2017 waren die Signale schon klar auf Kooperation mit Europa gestellt. Die Hauptbotschaft war (und ist): Das Anti-Atom-Abkommen mit Iran muss eingehalten werden. Außenminister Mohammad Javad Zarif stellte damals uns gegenüber klar, dass Iran auch ohne die USA an diesem Abkommen festhalten wolle, sofern die Europäer sie nicht im Stich lassen. „Ihr seid doch die Erwachsenen“, meinte er zu uns, eine unüberhörbare Forderung nach einer eigenständigeren Politik der EU. Zarif lehnt bis heute Neuverhandlungen zum Abkommen ab, weil damit die Büchse der Pandora geöffnet werden würde. Überall, wohin wir kamen, wurde diese Position geteilt, auch außerhalb der wohldekorierten Räume.

Kooperation mit Europa ist das große Thema im Iran. Man eröffnete uns 2017 einen ganzen Katalog von Vorschlägen zur Zusammenarbeit, weit über den Nuklear-Deal hinaus. Die Wirtschaft brauchte Anschlag, um die Lebensbedingungen zu verbessern. Ein anderes großes Problem, bei dem Iran auf die Unterstützung aus der EU hoffte, war die gewaltige Luftverschmutzung und die Austrocknung ganzer Regionen. Wer durch Teheran ging und geht, kann das ohne Mundschutz immer weniger durchhalten. Die Stadt ist mit Autos vollgestopft, ganze Seen und Flusslandschaften sind den Staudämmen zum Opfer gefallen.

Ebenso groß ist das Problem von über drei Millionen Drogenabhängigen. Händeringend baten uns hier die Iraner um Hilfe. Dass ich unter dem Bild des gestrengen Chamenei mit Aktivisten über



Blick über Teheran ins Elburs-Gebirge

erneuerbare Energien und proaktive Drogenpolitik würde reden können, war vorab nun wirklich nicht abzusehen. Der Iran war in Bewegung.

Mitten in diese Entwicklung hinein grätschten die USA mit ihrem verantwortungslosen Ausstieg aus dem JC-POA, dem Anti-Atom-Deal. Und dies ohne sachliche Begründung, obwohl die Iraner sich nachweislich an das Abkommen hielten. Die Sanktionen sind mittlerweile so radikal, dass der gesamte Öl- und Gashandel davon betroffen ist, die mit 80 Prozent die Haupteinnahmequelle aus Exporten des Irans sind. Damit machten die USA jedweden Warenaustausch auf der Basis der Weltleitwährung Dollar unmöglich. Dieses Geschenk, insbesondere an den regionalen Haupttrivale Saudi-Arabien, hat gravierende Auswirkungen auf das gesamte Leben der Bevölkerung im Iran. Die Folge ist, dass die Versorgung mit Lebensmitteln, die bisher im Ausland erworben wurden, im Land zum Erliegen gekommen ist. Diese medizinische Situation hat sich verschlechtert, es fehlt an wichtigen Medikamenten. Die soziale Lage, die in den letzten Jahren ohnehin gelitten hatte, gerät in eine bedrückende Schieflage. Die Ultrakonservativen um den Revolutionsführer betrachten dies als eine Chance für die Rückabwicklung des vorsichtigen Öffnungsprozesses im Iran. Die Gefahr, dass bei den kommenden Wahlen die Moderaten weggestimmt werden, ist außerordentlich groß. Deshalb muss ernsthaft daran gegangen werden, eine von den US-Banken unabhängige Form des Handels mit dem Iran auf den Weg zu bringen. Es soll eine Art Warenaustausch über Verrechnung statt Bezahlung zustande kommen. INSTEX, so

heißt die Zweckgesellschaft, die Deutsche, Briten und Franzosen begründet haben. Doch die USA drohen immer wieder, auch diese Warenaustauschform zu sanktionieren. Und so haben viele Unternehmen, die durchaus interessiert wären, im Iran zu investieren, Angst, auf die Sanktionsliste der Amerikaner zu kommen. INSTEX nützt also nur kleineren Unternehmen, die nicht in die USA importieren. Deshalb sollte, und zwar nicht nur wegen des Iran, daran gedacht werden, neben der Leitwährung Dollar den Euro stärker in der Welt zu positionieren. Offen bleibt aber, wieviel Mut die Europäer dafür haben, die, wenn es darauf ankam, fast immer vor den USA gekuschelt haben.

All diese Ungewissheit trägt nicht dazu bei, andere Fragen im Iran auf die Tagesordnung zu setzen. Da sind etwa die Frauenrechte, die nach wie vor mit Füßen getreten werden. Doch es wird vor allem von der Durchsetzungsfähigkeit der Frauen abhängen, welche Entwicklung der Iran nehmen wird. Ihre Ausgrenzung steht im krassen Widerspruch zu ihrem hohen Bildungsniveau – vor allem in den urbanen Regionen. Diese Frauen registrieren sehr genau die Entwicklung außerhalb des Irans. Die Parlamentarierinnen, mit denen wir sprachen, unterlagen zwar der „schwarzen Kluft“, aber sie waren durchweg bestens ausgebildet und mit großem Selbstbewusstsein. Als wir 2017 im Teheraner Parlament einer Debatte folgen konnten, waren sie überall anzutreffen, als Journalistinnen, Abgeordnete und Studentinnen. Das lässt sich nicht einfach zurückdrehen.

Was auch immer das Regime zur Disziplinierung der Untertanen tut, unter der

Oberfläche regt und bewegt es sich. Das beweist, dass die Islamische Republik eine gewisse Flexibilität an den Tag legt, auch getrieben von den Hoffnungen einer jungen Generation. Als wir abends unterwegs waren und mit Teheranern reden konnten, sagte man uns: Das eine ist, dass wir besser leben wollen, das andere: Wir wollen frei sein. Zur Freiheit gehören Musik und Tanz, aber auch das freie Internet, Rede- und Versammlungsfreiheit. Fragen der Meinungs- und Versammlungsfreiheit sind akut. Zur Abschaffung der Todesstrafe gäbe es keine Alternative, so der Chef des Human Rights Committee bei unserer Begegnung im Jahr 2017, in der er demonstrativ feststellte: „Im Iran gibt es keine Rede- und Pressefreiheit.“ Hier eröffnet sich das größte Kampffeld überhaupt.

Umso wichtiger ist ein ernsthafter Menschenrechtsdialog mit dem Iran, ohne doppelte Standards. Es geht um eine europäische Politik, die auf Ausgleich, soziale und friedliche Entwicklung ausgerichtet ist. Ob die EU ihn beschreitet, werden wir sehen. Für den Nahen und Mittleren Osten wäre es ein wichtiger Schritt. Vor allem ein Schritt, Frieden und Stabilität der Region zu befördern. In den letzten Monaten hat sich die Lage am Persischen Golf verschärft. Das „Säbelrasseln“ der beteiligten Akteure wird immer unübersichtlicher. Die Großmächte bringen sich in Stellung, um den Nahen und Mittleren Osten unter sich aufzuteilen.

In den Beziehungen des Europaparlaments zum Iran haben für mich in diesen Zeiten daher zwei Dinge allerhöchste Priorität: Einerseits müssen wir dafür arbeiten, das mühsam ausgehandelte Nuklearabkommen mit dem Iran (JC-POA) unbedingt aufrechtzuerhalten und die wirtschaftlichen Beziehungen zum Iran zu entwickeln. Die zweite Seite ist die Rolle von Menschenrechten, die weiter thematisiert und gestärkt werden müssen. Die iranische Gesellschaft hat hier eine starke Stimme in Europa verdient, die sich für Minderheiten und vor allem für die Rolle von Frauen im Iran einsetzt. Dafür werde ich in meiner Amtszeit beharrlich eintreten.

Dass es Bewegung im Land gibt, zeigte sich zuletzt am 10. Oktober 2019. Da endete das Verbot für iranische Frauen, Fußballspiele iranischer Männermannschaften besuchen zu können. Iranerinnen konnten zum ersten Mal offiziell Tickets kaufen und ins Stadion gehen. Irans Mannschaft spielte in der WM-Qualifikation gegen Kambodscha. Das Teheraner Fußballstadion trägt den Namen „Azadi“. Und „Azadi“ heißt „Freiheit“.

Der Reiseveranstalter lockte mit dem Titel „Flair des Südens“. Gemeint war der Südwesten Frankreichs, waren die Regionen mit den zungenbrecherischen Namen Languedoc-Roussillon.

Dieser mit 45.000 Quadratkilometern größte Teil Frankreichs lebt vom Gegensatz. Schon die Namen tragen ihn in sich. La Langue d'oc = die okzitanische Sprache, im Mittelalter in der Region zwischen Rhone und Pyrenäen von großer Bedeutung, bis Franz I. 1539 per Edikt verfügte, in Frankreich französisch zu sprechen. Roussillon dagegen gehörte bis 1659 zu Katalanien und ist bis heute katalanisch geprägt.

Auch die Natur betont das Gegensätzliche. Im Norden bilden die Cevennen, eine bis zu 1.500 Meter hohe raue, dünn besiedelte Hochebene, die Wetterscheide. Im Süden erheben sich die Pyrenäen als Grenze zu Spanien und Andorra, bevor sie sich sanft neigen und in das Mittelmeer eintauchen, das im Osten mit mediterranem Flair lockt. Dazwischen liegt eines der größten Weinanbaugebiete der Erde. Kleine Städte bezaubern mit mittelalterlichem Reiz und regionalen Märkten. Höhlen mit Zeichnungen steinzeitlicher Menschen können erforscht, Museen, Kirchen, Klöster und Burgruinen besucht werden. Dem Touristen bietet sich ein buntes, abwechslungsreiches Programm wie ein Patchwork.

Wahrzeichen: Parmaveilchen

Die Reise begann in Toulouse zwischen der Garonne und dem Canal du Midi. Die „Ville rose“, wie sie von den Einheimischen genannt wird, erdrückt den Ankömmling fast mit den Menschenmassen auf Straßen und Plätzen. Toulouse, etwa 350.000 Einwohner, ist die Stadt der Flugzeugpioniere. Sie ist europäisches Raumfahrtzentrum und hier wird der Airbus gebaut. Ihr Wahrzeichen jedoch ist das blaue Parmaveilchen, das französische Soldaten in den napoleonischen Kriegen aus dem italienischen Parma mitbrachten und das seither nicht nur Floristen, sondern auch Parfümeure und Zuckerbäcker gewinnbringend vermarkten.

Wer sich aus dem Straßentrubel zurückziehen will, kann zum Großmarkt mit dem Namen „Viktor Hugo“, die Fondation Bemberg, Sammlung eines reichen Kunstliebhabers, besuchen oder eine der Kirchen, mit denen Toulouse reichlich aufwartet. War die Stadt doch im Mittelalter eine Station auf dem Pilgerweg nach Santiago de Compostela. Dementsprechend lockt auch die Basilique Saint-Sernin mit einer Rekordzahl an Reliquien: von 130 Heiligen, sechs Aposteln und mit einem Dorn aus der Krone Christi. Die Eglise de Jakobin kann „nur“, aber gewichtig mit den Gebeinen des Thomas von Aquin aufwarten, die von Mönchen 1369 aus Italien „transferiert“ wurden.

Kreuzzug gegen Christen

In dieser Region spielte sich aber auch eines der dunkelsten Kapitel in der

Zwischen Pyrenäen und Mittelmeer

Auf den Spuren der Katharer und berühmter Künstler war *Gisela Boldt*

Geschichte der katholischen Kirche ab: der Vernichtung von Christen im Namen Gottes. Vom 12. bis Anfang des 14. Jahrhunderts lebte hier eine religiöse Glaubensgemeinschaft, die sich „wahre“ Christen nannten. Katharer oder Albigenser waren sie für andere oder auch Ketzer. Sie verachteten Geld und Macht, lehnten Gewalt ab und die Sittenlosigkeit der Kirche in Rom. Sie waren gute Handwerker, lebten im Einklang mit der Natur, aßen nichts Tierisches. Es wird geschätzt, dass es in Südfrankreich ca. 4.000 Katharer gab und an die 100.000 Gläubige, die ihnen nahe standen.

Natürlich waren sie Rom ein Dorn im Auge. Nach erfolglosem Bemühen, sie auf den „rechten“ Weg zurückzuführen, kam Papst Innozenz III. ein Zufall zu Hilfe. Als der von ihm bestellte Legat, Abt des Klosters Montfroide, ein blindwütiger religiöser Eiferer, ermordet wurde, rief er den Albigenserkreuzzug (1209-1229) aus. Etwa 10.000 Ritter vorwiegend aus Nordfrankreich folgten seinem Ruf, als „Soldaten Christi“ gegen Christen zu ziehen, zum Ablass ihrer Sünden und Lehen in Aussicht gestellt waren. Auch der König schloss sich diesem Vernichtungsfeldzug an. Er wollte das selbständige und reiche Okzitanien endlich unter französischer Krone haben.

Was folgte, war grauenhaft. Nach der Einnahme der Stadt Béziers zum Beispiel wurden alle 20.000 Einwohner getötet, nicht nur Katharer. „Der Herr kennt die Seinen“ – war die Ent-

gegnung eines Abtes nach dem Gemetzel. Von den Katharern ist nichts Schriftliches überliefert, nur Protokolle der Inquisition, die den Kreuzrittern folgte. Ich habe einige gelesen. Der Schuldspruch lautete immer: Tod auf dem Scheiterhaufen. 1321 wurde der letzte Katharer in Südfrankreich verbrannt. Heute erinnern an sie nur ihre Fluchtburgen oder hin und wieder ein Schild: „Pays Cathare“, das Land der Katharer.

Picassos Friedenstaube

Verlassen wir die düsteren Burgruinen, und wenden wir uns gen Mittelmeer. Der schönste Ort an der Côte Vermeille und einer der bekanntesten ist Collioure. 1905 kam Henri Matisse auf der Suche nach Farben und Motiven hierher. Er schrieb: „Es gibt in Frankreich keinen blauerer Himmel ...Ich brauche nur die Fensterläden zu öffnen und schon sind alle Farben des Mittelmeeres in mir.“ In den weiteren Jahren folgten Georges Braque, Raoul Dufy, Albert Marquet, auch Pablo Picasso. Ihr Treffpunkt war die Brasserie Les Templiers.

Heute ist das ganze Hôtel eine einzige Gemäldegalerie, denn der Wirt nahm von den Künstlern gern auch ein Bild in Zahlung. So kamen ca. 3.000 zusammen. Nur 30 Kilometer westlich machte sich die kleine Stadt Céret als Künstlerstadt einen Namen. Auch hier wirkten Matisse, Chagall, Gris, Braque, Jakob, Picasso und andere. Bis in die 30er Jahre war Céret Zentrum des Kubismus.



Im Musée d'Art Moderne sind Werke von ihnen zu bewundern.

Nun ist der Kubismus nicht Jedermanns Sache. Auch ich hatte meine Probleme, in den kubistischen Gebilden des Bildes von Gris „Glas und Journal“ zu erkennen. Mir hatten es Picassos Keramiksteller mit Szenen des Stierkampfes angetan. Und eine kleine Skizze mit Menschen, die, sich an den Händen haltend, den traditionellen katalanischen Sardana tanzen. Über ihnen fliegt Picassos Friedensstaube mit dem Ölzweig im Schnabel. Nur wenige Striche, aber welch Symbolik!

Albis berühmter Sohn

Die nördlichste Station unserer Rundreise war Albi, wegen seiner roten Backsteinbauten auch „La Rouge“, „Die Rote“. Albi imponiert vor allem durch die Kathedrale Sainte-Cécile, auch „Festung Gottes“ genannt. Ihr Bau wurde 1277 nach der Vernichtung der Katharer beschlossen wie ein Zeichen des Sieges über die „Ketzer“. Innen übertrifft der Kirchenbau alles, was ich in Frankreich in Gotteshäusern gesehen habe. Jeder Quadratmeter an Wänden und der Decke ist in bunt ausgemalt. Übertroffen aber wird das Ganze durch ein großes Gemälde zum Thema „Das Jüngste Gericht“. Es führt dem Gläubigen sehr drastisch vor Augen, was ihn erwartet, wenn er eine oder mehrere der sieben Todsünden begeht.

Vor dem Bau der Kathedrale war schon ein prächtiger Bischofspalast entstanden, der heute einen wunderbaren Zweck erfüllt. Er beherbergt ein Museum mit Werken eines berühmten Sohnes der Stadt, Graf Henri Marie Raymond de Toulouse-Lautrec-Monfa, der 1864 in Albi geboren wurde.

Anhand seiner Werke zeichnet das Museum das außergewöhnliche Leben dieses Künstlers nach, der nur 1,52 Meter groß war und lediglich 36 Jahre alt wurde. Da seine Eltern Cousin und Cousine waren, litt er an einer Erbkrankheit, die Kleinwüchsigkeit verursacht. Von den Pferdezeichnungen in jungen Jahren bis zu den Plakaten aus dem Pariser Amüsierbetrieb, man kann Schritt um Schritt verfolgen, wie Toulouse-Lautrec die Handschrift fand, die ihn weltberühmt machte.

* * *

Der Besuch dieses Museums war für mich ein würdiger Abschluss dieser 12-tägigen Rundreise zwischen Pyrenäen und Mittelmeer. Aus der Fülle des Erlebten schrieb ich nieder, was mich am stärksten berührte.



Donjon des Capitols von Toulouse.

Foto: Gisela Boldt



Netzausbau

Frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung kann Konflikte produktiv einbeziehen

Seite 3

„Goldene Göre“

Preis für Kinder- und Jugendbeteiligung - Bewerbungsfrist: 31. Januar 2010

Seite 3

Bauland

Empfehlungen der Baulandkommission werfen Licht und Schatten

Seite 4

Bürgerbeteiligung-immer noch ein Thema

Nach den Protesten um „Stuttgart 21“, die vor etwa einem Jahrzehnt ihren Höhepunkt erreicht hatten, wurde der Ruf nach mehr und frühzeitiger Bürgerbeteiligung lauter. Die Proteste richteten sich gegen das Projekt Stuttgart 21 (S 21) der Deutschen Bahn, bei dem u.a. der Stuttgarter Hauptbahnhof von einem oberirdischen Kopfbahnhof zu einem unterirdischen Durchgangsbahnhof umgebaut soll. Obwohl das Projekt 1994 der Öffentlichkeit vorgestellt wurde und auch nach formalen Kriterien demokratisch zustande gekommen sei, regten sich seit 1996 erste Proteste dagegen und erreichten mit dem Baubeginn 2010 einen Siedepunkt.

Wie Prof. Roland Roth, ein bekannter Forscher in Sachen Bürgerbeteiligung, im eNewsletter des Netzwerks Bürgerbeteiligung 04/2018 feststellt, haben wir es nach den Protesten gegen Stuttgart 21 mit einer „vierten Beteiligungswelle“ zu tun, der bereits drei „Wellen“ vorausgingen.

Vier Phasen

Einen *ersten Aufschwung* erfuhr Bürgerbeteiligung in der alten Bundesrepublik ab Mitte/Ende der 1960er und in den frühen 1970er Jahren. Protestbewegungen formierten sich unter dem Label von „Bürgerinitiativen“. Es ging u.a. um die Wiederentdeckung des innerstädtischen Wohnens und eine Abkehr vom Trend der Suburbanisierung. Ein geistiger Wegbereiter hierfür war Alexander Mitscherlich mit seinem Buch „Die Unwirtlichkeit unserer Städte. Anstiftung zum Unfrieden“, einer Kritik an der Zerstörung gewachsener Strukturen in der Stadtentwicklung der Nachkriegszeit, erschienen beim Suhrkamp Verlag 1965. Und schließlich wurde mit dem Städtebauförderungsgesetz 1971 erstmals Bür-

gerbeteiligung in Sanierungsgebieten obligatorisch.

Ein *zweite „Welle“* verstärkter Bürgerbeteiligung, getragen insbesondere von den neuen sozialen Bewegungen in der alten Bundesrepublik, setzte Ende der 1970er/Anfang 1980er Jahre ein und unterzog alle lokalen Handlungsfelder unter der Überschrift „Alternative Kommunalpolitik“ einem kritischen Blick.

In einer *dritten „Welle“* erfuhr Bürgerbeteiligung Ende der 1990er/Anfang der 2000er Jahre eine Aufwertung im Zusammenhang mit dem Leitbild „Bürgerkommune“, wo Bürgerinnen und Bürger in ihrer Mitgestalterrolle bzw. als engagiert Mitmachende gestärkt werden sollten und nicht vorrangig als „Kunden“ in der Kommune zu betrachten seien.

In der nun nach 2010 *vierten „Welle“* mit dem Ruf nach mehr und frühzeitiger Bürgerbeteiligung sind auch die Beteiligungsansprüche gestiegen. Nach einer repräsentativen Forsa-Umfrage vom April 2015 zeigten sich lediglich 24 Prozent der Befragten mit ihren kommunalen Einflussmöglichkeiten zufrieden, während gleichzeitig 58 Prozent mehr Beteiligung einforderten. Ein auffallendes Kennzeichen der vierten Welle ist das Bestreben, zu einer stärkeren Institutionalisierung von Beteiligungsansprüchen und -garantien zu kommen. Dazu wurden in Städten und Gemeinden Beteiligungsansatzungen und -leitlinien beschlossen, Beauftragte für Bürgerbeteiligung eingesetzt, lokale Handbücher für Bürgerbeteiligung herausgegeben.¹

Insgesamt sei es schwierig die Wirkungen verstärkter Bürgerbeteiligung zu bilanzieren, so Roland Roth in dem eNewsletter des Netzwerks Bürgerbeteiligung 04/2018. Doch sprechen Fallanalysen und Lokalstudien dafür, dass

Bürgerbeteiligung doch einen gewissen Einfluss auf die Stadtentwicklung habe und vor allen ihre Auswirkungen auf kommunale Leitbilder und Planungskulturen von Bedeutung sei.

Allerdings gäbe es viele schlechte Beispiele für Bürgerbeteiligung, wo die ursprünglichen Anliegen und Ziele der Bürgerbeteiligung ins Leere laufen, wo Bürgerbeteiligung nur als Alibiveranstaltung oder pseudodemokratische Spielwiese veranstaltet wird. Auch könnte es sein, dass nicht wenigen Bürgerinnen und Bürgern die Ergebnisse von Beteiligungsprozessen zu enttäuschend ausfallen, sie deshalb künftig den Zeitaufwand scheuen und Beteiligungsangeboten fern bleiben.

Um die vielfältigen Erfahrungen, gute wie schlechte, bei Bürgerbeteiligungen zu verarbeiten und Folgerungen daraus zu ziehen, veranstaltet seit 2014 das Deutsche Institut für Urbanistik (DifU) regional verankerte Erfahrungsaustausche zum Thema Bürgerbeteiligung. Für den ersten Erfahrungsaustausch hatte die Stadt Nürnberg 2014 eingeladen, dach folgten Wiesbaden (2015), Potsdam (2016), Heidelberg (2017), Wolfsburg (2018) und Leipzig (2019). In Leipzig standen folgende Fragen auf der Agenda: Können Bürgerinnen und Bürger wirklich auf die Planungen und Vorhaben einer Stadt Einfluss nehmen, bestehen echte Spielräume für eine aktive Mitgestaltung oder ist Beteiligung häufig nicht eher eine Alibi-Veranstaltung? Wie gelingt es, transparent und umfassend über die Möglichkeiten der Mitwirkung zu informieren, Entscheidungsspielräume zu eröffnen, aber gleichzeitig auch die Grenzen von Beteiligung und Mitwirkungsmöglichkeiten deutlich zu machen? Wie geht Verwaltung mit diesen Ansprüchen um, wie löst sie das Spannungsfeld?

Welche Mitgestaltungsmöglichkeiten haben Bürgerinnen und Bürger in der repräsentativen Demokratie und wo liegen die Grenzen von Beteiligung? Wie gelingt es, einen breiten Querschnitt der Bevölkerung zu beteiligen und welche Projekte und Methoden eignen sich hierfür? In welchem Verhältnis stehen bürgerschaftliches Engagement (Freiwilligenengagement) und Bürgerbeteiligung? Sollen sie zusammen gedacht und geführt werden?

Was ist Bürgerbeteiligung?

Um Bürgerbeteiligung als einen Bereich kommunaler Demokratie zu verstehen, bedarf es zunächst der Klärung, was Bürgerbeteiligung eigentlich ist und was sie nicht ist. Um weder Illusionen noch Enttäuschungen aufkommen zu lassen, muss von vornherein auch geklärt werden, was Bürgerbeteiligung leisten kann und was sie nicht zu leisten vermag. Und: Bürgerbeteiligung muss, wenn sie diesen Namen verdienen soll, nach bestimmten Prinzipien und Qualitätsstandards erfolgen.

Was heißt nun Bürgerbeteiligung? Zerlegen wir dazu die Wortverbindung in ihre Einzelbestandteile Bürger + Beteiligung und hinterfragen den semantischen Inhalt der Wortbestandteile.

„Bürgerbeteiligung“ heißt, dass *Bürgerinnen und Bürger* an kommunalen Planungs- und Entscheidungsprozessen beteiligt sind, daran teilhaben und mitgestalten können. Nun sind nach Kommunalrecht streng genommen „Bürger“ nur jene, die in der Gemeinde ihren Hauptwohnsitz haben, mindestens 18 Jahre alt sind und somit bei Kommunalwahlen wahlberechtigt sind. Jedoch ist es bei Bürgerbeteiligungen faktisch so, ob nun gesetzlich geregelte oder nicht gesetzlich geregelte Verfahren, dass nicht nur Bürger, sondern alle Einwohnerinnen

und Einwohner der Gemeinde oder sonstig Betroffene daran teilnehmen können. Im Terminus „Bürgerbeteiligung“ umgangssprachlich verwendete und nicht kommunalrechtlich verstandene Begriff des Bürgers sind also alle Einwohner mit gemeint, sonst müsste es korrekterweise „Einwohnerbeteiligung“ heißen. Kurzum: wird also von Bürgerbeteiligung gesprochen, dann sind damit nicht nur Bürger im engeren kommunalrechtlichen Sinn gemeint, sondern alle Einwohner und Betroffene.

Im zweiten Wortbestandteil ist von *Beteiligung* die Rede. Beteiligung bedeutet nach den gängigen Definitionen: kommunalpolitische Entscheidungen zu beeinflussen, die Interessen und Anliegen bei öffentlichen Vorhaben zu vertreten und einzubringen, Teilhabe oder Mitgestaltung der Bürger an einem Planungs- und Entscheidungsprozess. Beteiligung heißt hingegen nicht, dass die teilnehmenden Bürger auch die Entscheidungsmacht in der Angelegenheit hätten, zu der sie eine Stellungnahme und Empfehlung abgegeben haben. Entscheidungen durch Bürger selbst sind aber nur bei einem *Bürgerentscheid* möglich, was sich schon begrifflich und sachlich von *Bürgerbeteiligung* unterscheidet. Zwischen „entscheiden“ und „beteiligen“ besteht halt ein prinzipieller Unterschied. An Bürgerentscheiden können nur wahlberechtigte Gemeindeglieder teilnehmen, jedoch nicht Einwohner der Gemeinde.

In der Literatur werden mitunter die Verfahren der direkten Demokratie (Bürgerbegehren und Bürgerentscheid) fälschlicherweise als „Bürgerbeteiligung“ betrachtet.

„Direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung sind unterschiedliche demokratische Beteiligungsformen. Direkte Demokratie zielt auf eine Entscheidung in einer politischen Sachfrage durch alle Abstimmungsberechtigten ab. Bürgerbeteiligung wiederum ist die Einbeziehung der Einwohnerinnen und Einwohner eines Gemeinwesens in politische und administrative Vorgänge, an deren Ende gewählte Repräsentanten oder die Verwaltung im Rahmen ihrer Zuständigkeiten und gesetzlichen Aufgaben entscheiden. Anders gesagt: Bei der direkten Demokratie (wie auch beim Wählen) entscheiden die Wahlberechtigten. Bei der Bürgerbeteiligung ist sie in der Rolle der Beraterin, der Expertin oder der Einwenderin.“

Wird mit der Verwendung des Begriffes ‚Bürgerbeteiligung‘ suggeriert, die Bürgerinnen und Bürger könnten direkt entscheiden, obwohl sie eigentlich nur am politischen Entscheidungsprozess eines Dritten beteiligt werden sollen, führt dies zu massiven Frustrationen, wenn die Empfehlungen nicht übernommen werden. Erwartungen werden geweckt, die am Ende enttäuscht werden. Wenn wir also über demokratische Beteiligung im weiten Sinne debattieren, müssen wir wissen, was wir mit Begriffen wie Bürgerbeteiligung eigentlich meinen.“²

Bürgerbeteiligungsverfahren sind kommunikative Prozesse, in denen Personen, die durch fehlendes Amt oder Mandat keinen Anspruch auf Mitwirkung an Entscheidungen haben, hier die Möglichkeit erhalten, durch das Einbringen von Wissen, Bewer-

tungen und Empfehlungen auf die Entscheidungsfindung partiellen oder indirekten Einfluss zu nehmen. Dabei wird der Schwerpunkt weg von der eigentlichen Entscheidung und hin zu dem Weg verlagert, auf dem die Entscheidung getroffen wird.³

In der Praxis lassen sich folgende **Grundformen kommunaler Demokratie** unterscheiden, die in einem Neben-, Mit- und Gegeneinander agieren: repräsentative Demokratie, direkte Demokratie, partizipative Demokratie.

Roland Roth beschreibt „vielfältige kommunale Demokratie“ in sechs Grundelementen:

- Formen der repräsentativen Demokratie und ihrer Institutionen;
- Formen direkter Demokratie;
- Dialogorientierte, deliberative Beteiligungsformen;
- Beteiligung in Alltagsinstitutionen;
- Proteste, Bürgerinitiativen und soziale Bewegungen;
- Bürgerschaftliches Engagement.

Es wird eine Herausforderung sein, das produktive Neben- und Miteinander der verschiedenen Demokratieformen zu gestalten. Die Zukunft lokaler Demokratie wird auch davon abhängen, ob und wie es gelingt die Kommunalverwaltungen dabei mitzunehmen. Dass mehr Städte Beteiligungsleitlinien verabschiedet haben und Beteiligungsbeauftragte eingesetzt wurden, lässt auf jeden Fall hoffen. Das wäre auch nötig, um eine neuerliche Rücknahme demokratischer Ansprüche auf kommunaler Ebene zu vermeiden.

„Vielfältige kommunale Demokratie kann nur gestärkt werden, wenn es ihr gelingt, bessere Antworten auf aktuelle politische Herausforderungen zu finden – nicht zuletzt auf die wachsenden sozialen und sozialräumlichen Ungleichheiten und das Auseinanderdriften der Stadtgesellschaften. Die mit dem Erstarken rechtspopulistischer Gegenbewegungen verbundene politische Polarisierung wird auch den lokalpolitischen Alltag verändern. Es gilt auch unter Druck daran festzuhalten, dass nur ‚mehr Demokratie‘ die angemessene politische Antwort sein kann.“⁴

Grundprinzipien für erfolgreiche Bürgerbeteiligung

Damit Bürgerbeteiligung nicht zur Alibiveranstaltung herabsinkt und bei den Beteiligten zu Enttäuschung und Verbitterung führt, müssen bestimmte Grundvoraussetzungen erfüllt werden. Deshalb wurden aus den Erfahrungen bisheriger Beteiligungsprozesse bestimmte Prämissen abgeleitet, um Bürgerbeteiligung erfolgreich gestalten zu können. Aus der Vielzahl der in der Literatur dazu angebotenen Kriterien, Prinzipien oder Standards lassen sich einige wichtige Grundprinzipien zusammenfassen, die erforderlich sind für eine erfolgreiche Bürgerbeteiligung.⁵

□ **Ergebnisoffenheit**

Eine ernst gemeinte Bürgerbeteiligung muss ergebnisoffen sein, wenn sie zum Erfolg führen soll. Stehen gewünschte Ergebnisse von vornherein fest, dann wird ein Entscheidungsspielraum nur vorgetäuscht und die Beteiligten werden bald mit Unzufriedenheit und Unlust reagieren.

□ **Ziel- und Rahmensetzungen**

Von Anfang an sind bei einem Betei-

ligungsverfahren klare Zielsetzungen, Rahmenbedingungen und Aufgabenstellungen zu bestimmen, damit sich Akteure nicht unter falschen Voraussetzungen an dem Verfahren beteiligen und Erwartungen enttäuscht werden. Zu den festzusetzenden Rahmenbedingungen gehören der Gegenstand der Beteiligung, die Gestaltungsspielräume, die das jeweilige Verfahren bietet, der Zeitplan, die Arbeitsweise, die Moderation, die verfügbaren Ressourcen (z.B. für Alternativgutachten der Einwohnerschaft) sowie (planungs-) rechtliche Grundlagen. Hierzu gehört auch, dass Beginn und Ende eines Beteiligungsverfahrens klar definiert sind und gegenüber allen Beteiligten und der Öffentlichkeit kommuniziert werden.

□ **Transparenz**

Einwohnerinnen und Einwohner müssen über die bedeutsamen Vorhaben und über Beteiligungsaktivitäten und –möglichkeiten in einer Kommune frühzeitig und kontinuierlich informiert werden. Das kann z.B. mit einer Vorhabenliste, einem Partizipationsportal und regelmäßigen (Stadtteil-) Informationsveranstaltungen gelingen. Zur Transparenz gehört es, alle wesentlichen Informationen zu den Planungen einer Kommune zu veröffentlichen und beteiligungsrelevante Datenbestände der kommunalen Verwaltung zur Nutzung und Weiterverwendung frei zugänglich zu machen. Zur Transparenz gehört auch eine klare und einfache Darstellung der Sachverhalte und möglichst der Verzicht auf komplizierte und nur für Fachleute verständliche juristische und technische Formulierungen, um so eine breite Öffentlichkeit ansprechen zu können.

□ **Dialogfähigkeit**

Die Teilnehmenden begegnen einander auf gleicher Augenhöhe innerhalb einer Kultur des achtsamen Zuhörens und der gegenseitigen Wertschätzung. Sie lassen sich darauf ein, unabhängig von den jeweiligen inhaltlichen Positionen fair miteinander umzugehen. Dazu gehört es, andere Informationen und Argumente zur Kenntnis zu nehmen, aber auch eigene Positionen und Bewertungen in Frage zu stellen. Die Beteiligten sind bereit, ohne Vorfestlegungen in ein Beteiligungsverfahren zu gehen und zeigen im Verlaufe des Beteiligungsverfahrens die notwendige Entwicklungs- und Lernbereitschaft. Um einen vertrauensvollen Dialog führen zu können, verständigen sich die beteiligten Akteure zu Beginn des Prozesses auf verbindliche Regeln.

□ **Vielfältige Mitwirkung**

Der Beteiligungsprozess soll für alle offen sein, die sich einbringen wollen, unabhängig von ihrem Alter, ihrem Bildungshintergrund, ihrer sozialen Lage und ihrer Staatsangehörigkeit. Bürgerbeteiligung sollte vom Stil so gestaltet werden, dass sich möglichst viele Menschen zum Mitmachen angesprochen fühlen. Niedrigschwellige Zugänge und eine Zufallsauswahl der Teilnehmer können dazu beitragen, dass alle Bevölkerungsgruppen (z. B. Kinder und Jugendliche, Zugewanderte, sozial Benachteiligte) die gleichen Beteiligungschancen bekommen. Ebenso darf ein Bürgerbeteiligungsprozess nicht durch Einzelinteressen dominiert werden. Daher soll er so organisiert und moderiert werden, dass die viel-

fältigen Interessen, Belange und Meinungen sichtbar und im Prozess fair berücksichtigt werden. Schwer erreichbare Bevölkerungsgruppen, die von einem Vorhaben betroffen sind, sollen gezielt und aktivierend angesprochen und bei ihrer Mitwirkung unterstützt werden.

□ **Rechtzeitige Einbeziehung**

Ein politisches Engagement von Einwohnerinnen und Einwohnern bei Bau- und Infrastruktur- oder anderen Projekten findet häufig erst dann statt, wenn persönliche Betroffenheit fühlbar wird. Doch stellt sich diese persönliche Betroffenheit oft erst dann ein, wenn bereits „alle Messen gelese“ sind, d.h., wenn Entscheidungsprozesse schon ein Stadium erreicht haben, in dem die Möglichkeiten zur Einflussnahme nur noch begrenzt oder gar nicht mehr möglich sind. Deshalb scheint es angeraten, Bürgerbeteiligung so früh als möglich zu organisieren. Je früher die Bürgerinnen und Bürgern im Vorfeld der Realisierung solcher Projekte beteiligt werden, umso besser kann es gelingen, beizeiten einen Ausgleich von Interessenkonflikten zu ermöglichen und Bürgerbeteiligung erfolgreich zu gestalten.

AG

—
¹Beim Netzwerks Bürgerbeteiligung können unter www.netzwerk-buergerbeteiligung.de Leitlinien ausgewählter Städte abgerufen werden.

²Positionspapier Nr. 19: *Direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung verbinden*, 11. Nov. 2017, *Mehr Demokratie e.V.*, (www.mehr-demokratie.de).

³Vgl. *Ortwin Renn: Warum Bürgerbeteiligung?*, (www.mediationsallianz.de)

⁴Roland Roth: *Bürgerbeteiligung und kommunale Demokratie*, in: *eNewsletter Netzwerk Bürgerbeteiligung 04/2018*, (www.netzwerk-buergerbeteiligung.de).

⁵Siehe hierzu u.a.: *Praxisleitfaden Bürgerbeteiligung. Die Energiewende gemeinsam gestalten*, www.leitfaden-buergerbeteiligung.de/ - *Empfehlungen für eine verlässliche und wirksame kommunale Beteiligungs politik sowie „Qualitätskriterien Bürgerbeteiligung“ im Netzwerk Bürgerbeteiligung*, www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/ - *Die Zehn Grundsätze für die Qualität von Bürgerbeteiligung*, www.bertelsmann-stiftung.de/ - *Qualitätskriterien für Bürgerbeteiligungsprozesse. Selbstverständnis der Mitglieder der MediationsAllianz Baden-Württemberg*, www.mediationsallianz.de/

Impressum

Kommunalpolitisches Forum Sachsen e.V.

Großenhainer Straße 99

01127 Dresden

Tel.: 0351-4827944 oder 4827945

Fax: 0351-7952453

info@kommunalforum-sachsen.de

www.kommunalforum-sachsen.de

Red., Satz und Layout: A. Grunke

V.i.S.d.P.: P. Pritscha

Die Kommunal-Info dient der kommunalpolitischen Bildung und Information und wird durch Steuermittel auf der Grundlage des von den Abgeordneten des Sächsischen Landtags beschlossenen Haushalts finanziert.



Öffentlichkeitsbeteiligung beim Netzausbau



Die mit der Energiewende verbundenen Ziele treffen bei vielen Menschen in Deutschland grundsätzlich auf Zustimmung. Konkrete Maßnahmen hingegen – sei es im Bereich der Windenergie oder der Stromtrassen – sind oft umstritten, vor allem, wenn sie „vor der eigenen Haustüre“ vollzogen werden sollen. Erhebliche negative Auswirkungen auf die Lebens- und Umweltqualität vor Ort werden befürchtet. Vielerorts bildet sich organisierter Protest. Sprachlosigkeit und Streit dominieren den Umgang zwischen Vorhabenträgern und Öffentlichkeit. Im Ergebnis verzögern sich viele Planungs- und Genehmigungsverfahren und vor allem kleinere Gemeinden sehen sich angesichts der Komplexität der Verfahren und Sachverhalte überfordert.

Kann eine frühzeitige – über Formales hinausreichende – Beteiligung dazu beitragen, produktiv mit den vielfältigen Konflikten umzugehen und abgebrochene Gespräche zwischen unterschiedlichen Interessensgruppen und Verfahrensbeteiligten wieder in Gang bringen? Das Difu hat eine sol-

che Maßnahme näher betrachtet und evaluiert, den „Planungsdialog Borgholzhausen“, der durch die Übertragungsnetzbetreiberin Amprion GmbH initiiert wurde. Mit diesem Beteiligungsverfahren betreten die Vorhabenträgerin und die Öffentlichkeit vor Ort Neuland: Eingesetzt und erprobt wurde ein neues Beteiligungskonzept, das vom Difu wissenschaftlich begleitet wurde. Die Ergebnisse zeigen, dass der Planungsdialog ein gutes Format für freiwillige, frühzeitige Beteiligung ist.

Zur Erprobung des Verfahrens wählte Amprion einen dreistufigen, informellen Dialog, der bei der Planung eines im Rahmen des Energieleitungsausbaugesetzes (EnLAG) entstehenden Teilabschnitts (Ausbau der Verbindung Nr. 16 Gütersloh – Wehrendorf BI. 4210 im Stadtgebiet Borgholzhausen) eingesetzt werden sollte. In der 2018 durchgeführten ersten Phase des „Planungsdialogs Borgholzhausen“ ging es vor allem darum, die Planung der Vorhabenträgerin transparent zu machen, lokales Wissen einzubeziehen, neue Wege der Kommunikation zu erproben sowie das unternehmensinterne Kom-

munikations-Know-how zu erweitern. Besondere Bedeutung kam dabei der Zusammensetzung und damit auch der Auswahl der Teilnehmenden des Planungsdialogs zu.

Neben den Ausgewählten eines möglichst vielfältigen Interessenspektrums (Bürgerinitiative, Träger öffentlicher Belange, Verwaltung, Wirtschaft) wurde eine festgelegte Anzahl von Bürger*innen per Zufallsauswahl (Los) in das Gremium des Planungsdialogs aufgenommen. Insbesondere diese für das Unternehmen neue Art der Auswahl von Beteiligten sowie die Rolle der dadurch involvierten Bürger*innen stellten einen Schwerpunkt der begleitenden Evaluation dieser ersten Phase dar.

Die Evaluation zeigt, dass die neue Beteiligungsform trotz schwieriger Ausgangslage Wirkung zeigte: Durch den Planungsdialog gelang es, die Kommunikation zwischen unterschiedlichen Akteuren neu in Gang zu bringen und kritische Stimmen einzubeziehen. Zum Erfolg trugen die professionelle, externe Moderation bei, die Mitwirkung bislang nicht involvierter, per Los ausgewählter Bürger*innen sowie das Engagement unternehmensinterner Fachleute, die bereit waren, im „Maschinenraum der Bürgerbeteiligung“ mitzuwirken. Konflikte wurden ausgehalten, Meinungsunterschiede offengelegt, Entscheidungsspielräume für Planungsalternativen eröffnet. Die Ergebnisse des Formats, das regelmäßige, moderierte Treffen im geschützten Raum vorsieht, belegen, Beteiligung ist ein gemeinsamer Prozess, der von allen Transparenz, Konfliktbereitschaft, Durchhaltevermögen und Lernbereitschaft verlangt. Der Planungsdialog illustrierte deutlich, welcher Mehrwert – auch für Vorhabenträger – im aktiven und nicht reaktiven Dialog liegt. Dies klingt einfach, ist aber nicht selbstverständlich und bei weitem nicht übliche Praxis. Es setzt eine entsprechende Haltung zu Kommunikation und Beteiligung voraus.

(Deutsches Institut für Urbanistik, Difu-Berichte 2/2019)

sene entwickelte Beteiligungsmodelle nicht ohne weiteres auf die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen übertragbar sind. Es bedarf alters- und interessenmäßig angepasster Mitwirkungsmöglichkeiten.

Genauso wie Erwachsene wollen Kinder und Jugendliche ernst genommen werden. Bei Angeboten zur Kinder- und Jugendbeteiligung darf es sich nicht bloß um pädagogische „Spielwiesen“ handeln. Es geht um reale Entscheidungsprozesse und nicht um deren Simulation. Besondere Aufmerksamkeit muss auch in der Kinder- und Jugendbeteiligung ihrer sozialen Ausgewogenheit gelten. Die eingesetzten Beteiligungsverfahren sind deshalb ebenso darauf zu überprüfen, ob sie wirklich alle Zielgruppen, d.h. auch benachteiligte Kinder- und Jugendliche, erreichen und ggf. entsprechend zu erweitern oder zu modifizieren sind.

Seit über fünfzehn Jahren zeichnet das Deutsche Kinderhilfswerk Kinder und Jugendliche für ihr soziales und politisches Engagement mit der „Goldenen Göre“ aus. Gewürdigt werden dabei Projekte, die sich im Sinne der UN-Kinderrechtskonvention für eine stärkere Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in allen sie betreffenden Fragen in beispielhafter Weise einsetzen. Auch weiterhin werden Kinder- und Jugendprojekte unter dem Beteiligungsaspekt durch die Vergabe des neuen Deutschen Kinder- und Jugendpreises mit der „Goldenen Göre“ als Preisfigur geehrt. Um aber der Vielfältigkeit der Projekte gerecht zu werden und die Umsetzung dieser durch die Kinder und Jugendlichen gezielter zu würdigen, wird es einige Neuerungen geben. Um die Kinder und Jugendlichen in den Vordergrund zu stellen, brauchte es eine Veränderung des Namens: Aus der „Goldenen Göre“ wird nun der „Deutsche Kinder- und Jugendpreis“. Der neue Titel macht sofort deutlich, wer die Hauptakteurinnen und Hauptakteure sind – das ist dem DKHW wichtig. Denn der Deutsche Kinder- und Jugendpreis geht nur an Projekte, die Kinder und Jugendliche bei der Planung und Umsetzung auf allen Ebenen in hohem Maße beteiligen.

Projekte können sich online in den Kategorien „Solidarisches Miteinander“, „Politisches Engagement“ und „Kinder- und Jugendkultur“ bewerben. Durch die Unterteilung in spezielle Preiskategorien können die einzelnen Beteiligungsprojekte eine individuellere Würdigung erhalten. Nachdem eine Fachjury sechs Projekte je Kategorie nominiert hat, wird eine Kinderjury die Preisträgerinnen und Preisträger ermitteln. Die Kinder und Jugendlichen der Gewinnerprojekte erhalten die „Goldene Göre“ bei einer Preisverleihung im Europa-Park in Rust.

In jeder der drei Kategorien wird ein Preisträgerprojekt mit 6.000 Euro gekürt. Außerdem wird es jeweils eine lobende Erwähnung geben, die mit 3.000 Euro dotiert ist. Zusätzlich wird ein Projekt mit dem Europa-Park JUNIOR CLUB Award gekürt, welcher mit 3.000 Euro gewürdigt wird.

Bewerbungen sind abzugeben unter: www.dkhw.de/aktionen/deutscher-kinder-und-jugendpreis/

Preis für Kinder- und Jugendbeteiligung

Ab sofort können Kinder- und Jugendbeteiligungsprojekte sich um die „Goldene Göre“ bewerben. Der Preis ist mit insgesamt 30.000 Euro der bundesweit höchstdotierte Preis für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Die Bewerbungsfrist endet am 31. Januar 2020. Die Bewerbungsphase um den Preis für Kinder- und Jugendbeteiligung ist gestartet. Mit dem Preis will das Deutsche Kinderhilfswerk Projekte würdigen, bei denen Kinder und Jugendliche beispielhaft an der Gestaltung ihrer Lebenswelt mitwirken. Das Deutsche Kinderhilfswerk (DKHW) will damit im Sinne der UN-Kinderrechtskonvention für eine stärkere Beteiligung von Kindern und Jugendlichen werben.

Die Bereitschaft zur politischen Teilhabe braucht nicht erst im Erwachsenenalter geweckt zu werden. Viele Kinder und Jugendliche möchten mitreden können, wenn es um ihre Belange geht. Gelegenheiten dafür zu schaffen, bedeutet eine Chance für alle: Kinder und Jugendliche lernen demokratische Abläufe und Verhaltensweisen kennen und erwerben soziale Kompetenzen. Politisch verantwort-



liche Erwachsene erfahren mehr über die Bedürfnisse und Interessen der jungen Mitbürger/innen und können ihre Entscheidungen besser danach ausrichten. Kinder und Jugendliche haben beispielsweise ein ganz anderes Zeitgefühl als Erwachsene. Sie erwarten kurzfristige und schnelle Lösungen für ihre Anliegen und Probleme. Dies ist sowohl bei der Dau-

er von Planungsprozessen als auch für die Phase zwischen Planungen und ihrer Umsetzung zu berücksichtigen. Wenn trotz aller Bemühungen gemeinsam entwickelte Vorstellungen nicht kurzfristig realisiert werden können, müssen die Gründe dafür einsehbar und verständlich gemacht werden. Ebenso sind stundenlange Sitzungsroutinen (ellenlange Tagesordnungen, überflüssige Redebeiträge) ohne irgendwelche Freiräume ein Horror. Kinder und junge Menschen wünschen lebendige Formen, die auch Spaß machen und bei denen etwas rauskommt – Wünsche, die durchaus bei den meisten Erwachsenen auf Gegenliebe stoßen dürften.

Kinder- und Jugendbeteiligung ist eine Chance für alle: Junge Menschen lernen demokratische Abläufe und Verhaltensweisen kennen und politisch verantwortliche Erwachsene erfahren mehr über die Bedürfnisse und Interessen junger Mitbürger/innen. Was muss bei Beteiligungsverfahren mit Kinder- und Jugendlichen beachtet werden und welche Beteiligungsmodelle eignen sich hierfür? Die Erfahrung zeigt, dass für Erwach-

Empfehlungen der Baulandkommission werfen Licht und Schatten



Das Deutsche Institut für Urbanistik zu den Empfehlungen

Die Bundesregierung hat sich eine Agenda gegeben, die es im Sinne einer stärker am Gemeinwohl ausgerichteten Stadtentwicklung umzusetzen und weiterzuentwickeln gilt. Auch die Länder sind gefordert und müssen unterstützen.

Die Ergebnisse der Expertenkommission „Nachhaltige Baulandmobilisierung und Bodenpolitik – Baulandkommission“ des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat (BMI) liegen seit dem 2. Juli 2019 vor. Angesichts der in vielen Ballungsräumen anzutreffenden Steigerungsraten bei Immobilienpreisen und Mieten und der daraus resultierenden Probleme vor allem bei der Bereitstellung von Bauland für die soziale Wohnraumversorgung und von Flächen für die öffentliche Infrastruktur (Schulen, Kitas, öffentliches Grün etc.), waren die Erwartungen an die Kommission hoch. Bereits im Vorfeld gab es einen intensiven Diskurs in der Fachöffentlichkeit mit der Forderung einer grundlegenden Neuaufstellung der Bodenpolitik. Das Deutsche Institut für Urbanistik hat sich hieran gemeinsam mit dem vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung maßgeblich beteiligt und mit der „Bodenpolitischen Agenda 2020-2030“ im Herbst 2017 einen Katalog von geeigneten Maßnahmen vorgeschlagen, um die Voraussetzungen für ein Umsteuern zu einer gemeinwohlorientierten Entwicklung unserer Kommunen zu schaffen. In der „Fachcommunity“ und auch bei den kommunalen Spitzenverbänden gab es ein sehr breites Einverständnis über Ziele und die erforderlichen Maßnahmen.

Gemeinwohlorientierung oder Deregulierung

Die Baulandkommission greift diese Fäden auf. Das in der Präambel erfreulicherweise aufgeführte Bekenntnis zur Notwendigkeit einer stärkeren Gemeinwohlorientierung des Eigentums muss nun konsequent bei der Umsetzung der Empfehlungen aufgegriffen werden. Viele Vorschläge der Kommission gehen in die richtige Richtung. Der erhoffte große Wurf ist es aber nicht und war angesichts der

heterogenen Interessenlage der Beteiligten auch nicht zu erwarten. Wenn beispielsweise von der Immobilienbranche stereotyp an dem Gedanken festgehalten wird, dass Deregulierung und weniger Staat die Lösung des Problems sind, zeugt dies von fundamentalen Zielkonflikten, denn gerade diese Rezepte sind in dem durch strukturelle Knappheit – Endlichkeit der Ressource Boden – geprägten Immobilienmarkt die Ursache für die festzustellenden Probleme und Handlungserfordernisse. Diesen Zielkonflikt wollten zumindest Teile der Koalitionsfraktionen bei der Formulierung des Kommissionsberichts nicht auflösen.

Bodenvorratspolitik durch Kommunen

Zu begrüßen ist vor allem, dass der Kommissionsbericht eine aktive Boden- und Liegenschaftspolitik von Bund, Ländern und Kommunen einfordert. So wird eine Weiterentwicklung der Verbilligungsrichtlinie der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) und die Übernahme vergleichbarer Regelungen auch für andere Akteure (z.B. die Länder) vorgeschlagen. Die Bedeutung einer langfristig angelegten Bodenvorratspolitik durch die Kommunen wird herausgestellt. Finanzschwache Kommunen sollen dabei unterstützt werden, u.a. indem bestehende rechtliche Schranken angepasst werden. Erbbaurecht und Konzeptvergabe werden als wichtige Instrumente benannt. Deren gezielte Anwendung soll unterstützt werden. Auch das Erfordernis zum Ausbau von Personalkapazitäten und die Sinnhaftigkeit einer Fortbildungsinitiative werden reklamiert. Insgesamt werden damit zentrale Rahmenbedingungen für eine nachhaltige kommunale Bodenpolitik angesprochen und zahlreiche unterstützende Maßnahmen durch Bund und Länder benannt.

Auch zur Weiterentwicklung der nach dem Baugesetzbuch bestehenden kommunalen Handlungsmöglichkeiten finden sich im Kommissionsbericht Empfehlungen. Positiv ist hier vor allem die Einführung eines sektoralen Bebauungsplans herauszustellen. Auf der Basis eines solchen einfachen Bebauungsplans sollen Vorhabenträger auch bei

Nachverdichtungsmaßnahmen in un- beplanten Innenbereichen („34er-Bereiche“) verpflichtet werden können, damit einen Anteil der Geschossfläche für den sozialen Wohnungsbau zu nutzen. Da ein Großteil des Baugeschehens sich in solchen Gebieten abspielt, kann auf diesem Wege ein wichtiger Beitrag zur Intensivierung des sozialen Wohnungsbaus geleistet und einer sozialen Entmischung entgegengewirkt werden. Diese gute Idee wird durch die vorgeschlagene Befristung dieses Instruments allerdings entwertet.

Kommunales Vorkaufsrecht weiterentwickeln

Auch die Empfehlungen, das kommunale Vorkaufsrecht weiterzuentwickeln und das bisher „stumpfe“ Baugebot im Sinne des Grundsatzes „Baurechte schaffen auch Baupflichten“ praxisgerechter auszugestalten, gehen in die richtige Richtung. Beim Vorkaufsrecht soll die Ausübungsfrist von zwei auf drei Monate verlängert werden. Auch die in der Fachdiskussion von verschiedener Seite vorgeschlagene Klarstellung, dass die Wohnbedürfnisse der Gemeinde ein die Ausübung eines Vorkaufsrechts rechtfertigender Gemeinwohlgrund sein können, wird aufgegriffen. Weitergehende Vorschläge aus der Fachdiskussion, insbesondere die Schärfung des prelimitierten Vorkaufsrechts bleiben allerdings unberücksichtigt. Wie die empfohlenen Erleichterungen beim Baugebot konkret aussehen sollen, bleibt unklar. Die Einführung eines neuen Instruments zur Aktivierung dispers verteilter innerstädtischer Flächenpotenziale wird lediglich als Prüfauftrag aufgeführt. Dass Verschärfungen der Eingriffsmöglichkeiten der Kommunen in Eigentumsrechte dabei ausdrücklich ausgeschlossen werden, geht auf eine entsprechende Formulierung im Koalitionsvertrag zurück. Dies deutet auf eine gewisse Halbherzigkeit und einen möglicherweise noch ausstragenden politischen Konflikt.

Lärmschutz und Nutzungskonflikte

Bewegung scheint es bei Hemmnissen für städtebauliche Entwicklungen in lärmvorbelasteten Gebieten zu ge-

ben. Im Bericht der Kommission wird ein Vorschlag des Bundesumweltministeriums (BMU) zur Einführung einer Experimentierklausel angesprochen. Beim Lärmschutz sollen Nutzungskonflikte zwischen Gewerbebetrieben und heranrückender Wohnbebauung besser bewältigt werden können. Wie diese konkret ausgestaltet werden sollten, bleibt allerdings offen. Vor allem wird dabei zu beachten sein, dass solche Änderungen nicht zu einer Verschlechterung der Umweltbedingungen in den Städten führen. Denn es muss vorrangig um die Gewährleistung guter, gesunder Lebensbedingungen gehen. Einige Empfehlungen gehen auch ganz an den sich aktuell vor allem in den stark wachsenden Ballungsräumen stellenden Erfordernissen vorbei, wie z.B. die Schaffung eines dörflichen Wohngebiets oder die Verlängerung der Geltung von § 13b BauGB. Wirkungen entfalten die genannten Regelungen vor allem in Regionen, in denen gar keine Engpässe bei der Baulandbereitstellung bestehen.

Ungelöste Fragen

Leider gelingt es dem Kommissionsbericht nicht, eine konsistente politische Agenda zu beschreiben und gesetzesscharfe Empfehlungen zu formulieren, wo dies notwendig ist. Stattdessen viele gut gemeinte, aber unverbindliche „Überschriften“, zum Teil auch Prüfaufträge. Ein grundlegender Zielkonflikt bleibt ungelöst: die Frage, in welchem Maße der Staat auf die Immobilienmärkte Einfluss nehmen muss. Wer weitere Verschärfungen der Eingriffsmöglichkeiten der Kommunen in Eigentumsrechte von vornherein ausschließt, stellt sich dieser Frage nicht ernsthaft.

Manche sinnvollen Maßnahmen sind gar nicht enthalten, und eine Priorisierung etwa mit Blick auf die Wirksamkeit der Instrumente findet nicht statt. Andere Maßnahmen, z.B. die Empfehlungen für den Außenbereich, lassen sich bestenfalls mit Wahlkreisinteressen von Abgeordneten im ländlichen Raum erklären. Möglicherweise versteckt sich hinter einem so abgefassten Bericht mehr Dissens als Konsens der Koalitionspartner. Für die angespannten Wohnungsmärkte wäre das eine schlechte Nachricht. Der Abschlussbericht ist ein politischer Bericht, der ohne die Fachleute beschlossen wurde, und deren Expertise und Einschätzung leider auch nicht mehr transparent ist.

Ein solcher politischer Bericht hätte aber die Chance geboten, gesetzesscharfe – also sehr konkrete – Empfehlungen auszusprechen und den notwendigen legislativen Prozess in den Koalitionsfraktionen zu präjudizieren und zu beschleunigen. Genau dies ist aber nicht gelungen. Angesichts der kurzen Restlaufzeit der Legislatur – wenn man die gesetzgebungsträge Wahlkampfzeit einrechnet – sind punktuelle Verbesserungen wohl wahrscheinlicher als „ein großer Wurf“.

Die Empfehlungen der Baulandkommission können abgerufen werden unter:

www.bmi.bund.de/Shared-Docs/pressemitteilungen/DE/2019/07/20190702-Baulandkommission.html

(Quelle: Difu-Berichte 3/2019)

PARLAMENTARSREPORT



Liebe Leserinnen
und Leser,

Sachsen erlebt einen weitgehenden politischen Stillstand. Im Parlament tagen keine Ausschüsse, weil die Fraktionen, die eine Regierung bilden wollen, noch darüber verhandeln. Während CDU, SPD und Grüne beraten, tragen wir erste Forderungen in die Öffentlichkeit. Das Ergebnis der Sondierungsverhandlungen macht aber wenig Hoffnung auf Bewegung. Bei grundlegenden Punkten herrscht Uneinigkeit, obwohl große Würfe gefragt wären.

Höhere Löhne lassen sich kaum erreichen, ohne das Vergabegesetz grundlegend zu verändern. Den Kommunen mehr finanzielle Beifreiheit zu geben wäre richtig – doch dazu müsste die Staatsregierung Einfluss abgeben. Mehr Menschen an den öffentlichen Nahverkehr anzubinden wäre vernünftig, aber die CDU will den Verkehrsverbänden wohl ihre strukturelle Verhinderungsmacht sichern. Im Bildungsbereich ist die Uneinigkeit besonders groß – dabei müsste die Finanzierung der Kitas und Hochschulen endlich beherzt verbessert werden. Auch ob die Gemeinschaftsschule eingeführt wird, ist fraglich. Beim Wiederaufbau der Polizei wird nicht einmal versucht, schneller mehr Beamte auf die Straßen zu bekommen. Beim Polizeigesetz wurde die Grundlogik des Misstrauens gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern offenbar akzeptiert. Das letzte Wort hat nun der Verfassungsgerichtshof, den wir gemeinsam mit den Grünen angerufen haben.

Und mich würde übrigens auch interessieren, was die Koalitionäre über die Zukunft der Industrie im Großraum Chemnitz denken – Stichwort E-Mobilität. Denn das Thema Strukturwandel betrifft nicht nur die Braunkohlereviere.

Rico Gebhardt

Rico Gebhardt
Fraktionsvorsitzender

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag

Leipzig soll kein Militärflughafen werden!

Die Nachricht kam überraschend: Den Medien war Ende Oktober zu entnehmen, dass Rüstungskonzerne am Flughafen Leipzig-Halle ein Logistik-Hub für Militärhubschrauber bauen wollen. Kern soll der Helikopter CH-53K der deutschen Rüstungsfirma Rheinmetall und des US-Unternehmens Sikorsky sein, der laut „Leipziger Volkszeitung“ den Zuschlag als neuer Transporthubschrauber erhalten könnte. Die Bundeswehr wolle 45 bis 60 Helikopter beschaffen, die Rüstungskonzerne wollten dann in Leipzig ein Zentrum für Logistik, Wartung und Flottenmanagement des Helikopters aufbauen.

Mehrheitsgesellschafter des Flughafens ist mit 94 Prozent die Mitteldeutsche Flughafen AG, an welcher der Freistaat 77,29 Prozent hält. „Ob aus Leipzig ein Umschlagplatz für Luftwafentechnik gemacht wird oder nicht, ist eine politische Entscheidung“, mahnt **Marco Böhme, Leipziger Abgeordneter und mobilitätspolitischer Sprecher der Linkenfraktion**. „Militärische Nutzung des Airports hat bereits Kritik ausgelöst, es gibt keinerlei politische Legitimation für die faktische Schaffung eines Militärflughafens.“ Deshalb wolle er aufklären, ob die Staatsregierung bereits seit einem Jahr heimlich an den Militarisierungs-Plänen mitwirkt, wie es aus einem Interview der Leipziger Volkszeitung mit einem Rheinmetall-Manager hervorgeht. Immerhin gehe es nicht um irgendwelche Privatgeschäfte.

„Bekanntlich ist die Rüstungsindustrie nicht vorrangig für die Bekämpfung von Waldbränden zuständig, sondern für optimal wirksame Technik für Kriegführung“, so Böhme. Das sei eine friedens-, aber auch eine umweltpolitische Frage: Schon jetzt ist nächtlicher Frachtluftverkehr eine Belastung der Bevölkerung. „Die Linkenfraktion lehnt aus all diesen Gründen einen Militärflughafen Leipzig ab.“

Nur noch peinlich sei das Totschlagargument Arbeitsplätze: Leipzig hat 600.000 Einwohner, da wären 150 Arbeitsplätze rund um einen Militärhubschrauber weniger als ein Promille des Arbeitsmarktes. „Das kann den mit einem solchen Militärstandort angerichteten Schaden nicht aufwiegen“, so der LINKEN-Politiker. „Übrigens auch nicht den Schaden am Image unserer Stadt: Geschäfte mit dem Tod passen nicht zum Ruf eines friedlichen, internationalen Handelsplatzes.“

Böhme hat der Staatsregierung die folgenden Fragen gestellt, die binnen vier Wochen beantwortet werden müssen:

1. Nach Aussagen des Rheinmetall-Aviation-Chefs Mike Schmidt befindet sich der Rüstungskonzern Rheinmetall „seit knapp einem Jahr im Gespräch mit dem Flughafenmanagement und der Politik, insbesondere auch mit der sächsischen Staatskanzlei und Abgeordneten in der Region“. Wenn dem so ist, warum hat die Staatskanzlei diese Sondierungen

verschwiegen, gerade angesichts der Tatsache, dass militärische Nutzungen des Flughafens in der Vergangenheit öffentlich kritisch diskutiert wurden?

2. Rüstungsmanager Schmidt spricht mit Blick auf den Super-Militärhubschrauber über „komplexe Einsätze, die wir in der Zukunft erwarten“. Um welche Einsätze in welchen Kriegs- und Krisengebieten wird es sich nach Kenntnis der Staatsregierung handeln?

3. Verfolgt die Staatsregierung das Ziel, „Leipzig zu einem neuen Hub für Luftwaffentechnik“ zu entwickeln? Wenn ja, in welchen gültigen Leitbildern der Landes- und Regionalentwicklung ist dieses Ziel verankert?

4. Würde am Airport Schkeuditz tatsächlich „ein Logistikzentrum sowie ein Zentrum für das Flottenmanagement“ dieses neuen, vermeintlich strategisch wichtigen militärischen Lastenhubschraubers entstehen, wie schätzt die Staatsregierung die daraus abzuleitende unmittelbare und mittelbare Gefährdungslage (etwa durch terroristische Anschläge) ein?

5. Welche Erkenntnisse liegen der Staatsregierung über die zu erwartenden, von diesem Logistik-Hub für Militärhubschrauber ausgehenden Lärm- und Schadstoffemissionen vor, auch im Hinblick auf die bereits von Nachtlärm durch DHL-Transporte betroffene Anwohnerschaft?



Leipzig-Halle wird weiter zum Militärflughafen umgebaut. Hey, Staatsregierung: Meint ihr wirklich, dass ein Logistik-Hub für Militärhubschrauber nötig ist? DHL macht schon genug Lärm und Dreck, und überhaupt: Aufrüstung ist nie ein Grund zur Freude!

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag

www.linksfraktion-sachsen.de

Klimaschutz geht nur gerecht – Zeit für eine Millionärssteuer

Hitze, Trockenheit, Stürme, Fluten: Unter der Klimaerhitzung leiden wir alle. Aber wenn alle mitmachen sollen beim Klimaschutz – der ja eigentlich ein Schutz der Menschen vor selbst verursachten Klimaveränderungen ist –, muss die Last gerechter verteilt werden.

Denn nicht alle können sich schon heute stets klimafreundlich verhalten, etwa weil es vor Ort keine Alternative zum Auto gibt oder kein Geld da ist für einen sparsamen Kühlschrank oder eine klimafreundlichere Heizung.

Das „Klimapaket“ der Bundesregierung nimmt auf all das keine Rücksicht. Es belastet Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen deutlich stärker als jene, die viel Geld haben und sich üblicherweise auch einen größeren Ressourcenverbrauch leisten können. Vor allem letztere müssten aber an den Kosten der Klimakrise beteiligt werden, findet **Marco Böhme, Klimaschutz-Experte der Fraktion DIE LINKE**. „Klimaschutz geht nicht ohne Klimagerechtigkeit.“

Deshalb ist gerade jetzt die Millionärssteuer das Gebot der Stunde. Die Linksfraktion hat die Staatsregierung im Landtag aufgefordert, in Berlin aktiv zu werden, damit für alle privaten Geld- und Sachvermögen ab einem Betrag von einer Million Euro eine Vermögenssteuer wieder erhoben wird. Mit den Einnahmen sollen Menschen mit niedrigem Ein-

kommen von den finanziellen Folgen des „Klimapakets“ der Bundesregierung entlastet werden. Denkbar sind Anschub-Investitionen in öffentliche Infrastruktur beispielsweise des Personennahverkehrs und des Radverkehrs, um treibhausgasarme Mobilität für alle zu ermöglichen. Dann wären Pendler unter Umständen nicht mehr zwingend auf das Auto angewiesen. Aber auch Förderprogramme für energetische Sanierung oder neue

Heizungen wären dann besser möglich. Grundsätzlich gilt: Wer politisch klimafreundliches Verhalten fordert, wo das gar nicht möglich ist, erzeugt Trotzreaktionen und Abwehrhandeln („Fridays for Hubraum“).

Auch die **Strukturwandel-Strategie der LINKEN, Antonia Mertsching**, ist sich sicher: Gerade im Niedriglohn- und Pendler-Land Sachsen entscheidet die soziale Abfederung

der Klimaschutz-Maßnahmen über deren gesellschaftliche Akzeptanz. „Um die Bereitschaft für Veränderung zu erhöhen, muss die Landespolitik dafür die Rahmenbedingungen schaffen – insbesondere auch im ländlichen Raum!“

Wir streiten im Landtag und außerhalb dafür, dass der Kampf gegen die Klimaerhitzung tatsächlich von allen geführt werden kann.



Bild von Gerd Altmann auf Pixabay

Freie Fahrt mit Bus und Bahn auch für Freiwilligendienst-Leistende!

Aufgabe der Opposition ist es auch, falsche Prioritätensetzungen anzuprangern. Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr in Uniform dürfen ab 2020 bundesweit kostenfrei mit der Deutschen Bahn fahren – als Anerkennung ihrer Leistungen im Dienst, so die Bundesregierung. Diese alleinige Privilegierung der Soldatinnen und Soldaten ist nicht nachvollziehbar. Aus Sicht der Linksfraktion muss eine solche Kostenfreiheit bei der Personenbeförderung beispielsweise auch für die Bundesfreiwilligendienst-Leistenden gelten.

Das wäre nicht nur gerecht und eine wichtige Anerkennung ihres Dienstes, der denselben auch attraktiver machen würde. Es gibt zudem handfeste finanzielle Argumente. Denn Angehörige der Bundeswehr steigen mit einem monatlichem Grundgehalt von über 2.000 Euro ein, während Dienstleistende im Bundesfreiwilligendienst (BFD), im Freiwilligen Ökologischen (FÖJ) und Freiwilligen

Sozialen Jahr (FSJ) sowie dem Freiwilligendienst aller Generationen (FdaG) maximal nur ein Taschengeld von 300 bis 400 Euro pro Monat erhalten. In Sachsen leisten derzeit mehr als 5.000 Menschen einen solchen freiwilligen Dienst. Mobilitätskosten können einen Großteil ihres Taschengeldes auffressen.

Einer der ersten Anträge der Linksfraktion will die Staatsregierung deshalb beauftragen, im Bundesrat und gegenüber der Bundesregierung auf eine bundeseinheitliche Regelung hinzuwirken. Alle Freiwilligendienst-Leistenden sollen – analog zu der für Soldatinnen und Soldaten geltenden Regelung – bundesweit einen Rechtsanspruch auf entgeltfreie Nutzung des ÖPNV für die Dauer des jeweiligen Freiwilligendienstes bekommen.

Bis zur Einführung einer solchen Regelung sollen alle Freiwilligendienst-Leistenden in Sachsen kostenlos das sächsische AzubiTicket für eine sach-

senweite Nutzung des ÖPNV bekommen. Ein AzubiTicket kostet aktuell 48 Euro monatlich (Jahresabo); wenn alle Verkehrsverbünde in Sachsen „dazu gebucht“ werden, erhöht sich der Preis auf 68 Euro im Monat.

Zahlreiche Träger der Freiwilligendienste hatten sich auch an die Abgeordneten der Linksfraktion gewandt und diese berechtigte Forderung erhoben. Wir sind nun wie sie gespannt auf die Argumente der Koalition.



Bild von Erich Westendorp auf Pixabay

Pflegebedürftige und ihre Familien endlich entlasten

„Die monatlichen Kosten für die Pflegeaufwendungen trägt die Pflegekasse in Höhe des gesetzlichen Sachleistungsbetrages, je nach Pflegegrad. Alle darüber hinausgehenden Pflegekosten sowie Kosten für Unterkunft, Verpflegung, Ausbildungsvergütung und Investitionskosten müssen vom Pflegebedürftigen als Eigenanteil finanziert werden. Die Höhe ist je Einrichtung unterschiedlich aufgrund der in der Einzelverhandlung geltend gemachten prospektiven Kosten.“

So hat es die Kommission aus Abgeordneten und externen Fachleuten festgehalten, die jahrelang über die „Sicherstellung der Versorgung und Weiterentwicklung der Qualität in der Pflege älterer Menschen im Freistaat Sachsen“ beraten und Ende 2018 umfangreiche Empfehlungen vorgelegt hat. Hinter dieser bürokratischen Formulierung steckt in vielen Familien eine alltägliche Katastrophe, kritisiert die **Sozialpolitikerin der Linksfraktion, Susanne Schaper**. Denn oft reicht die Rente selbst in Kombination mit den Leistungen der Pflegeleistungen nicht aus. Vor allem dann nicht, wenn ein stationärer Pflegeplatz finanziert werden muss, für den oft ein Eigenanteil von mehreren hundert bis mehr als tausend Euro fällig wird. In etwa drei Vierteln der sächsischen Pflegeheime sind beinahe alle Bewohnerinnen und Bewohner auf das Sozialamt angewiesen – obwohl sie jahrzehntelang gearbeitet haben!

Die Linksfraktion dringt auf Entlastung. Die Landesregierung soll dafür

streiten, dass die Eigenanteile im Bereich der ambulanten und stationären Pflege gedeckelt werden. Stei-



Bild von truthseeker08 auf Pixabay

gende Kosten, die aus an sich vernünftigen Lohnsteigerungen für das Pflegepersonal folgen, wären dann von der Pflegeversicherung und aus Steuermitteln zu finanzieren, nicht mehr von den Betroffenen. Bis zu dieser Deckelung soll der Freistaat

ein zeitlich befristetes Landespflegegeld einführen, das als Zuschuss zur Deckelung der Eigenanteile gezahlt

wird. Die Altenpflegeeinrichtungen in Sachsen sollen außerdem – in Anlehnung an die Krankenhausfinanzierung – Zuschüsse in der erforderlichen Höhe erhalten, damit sie ihre Investitionskosten nicht mehr auf die Pflegebedürftigen umlegen.

Auch weitere Handlungsempfehlungen der Kommission soll die Regierung endlich umsetzen: unter anderem eine regional differenzierte Landesbedarfsplanung; bessere Arbeitsbedingungen durch Lohnkostenzuschüsse bis hin zur tarifgebundenen Anhebung der Löhne auf das Niveau in der Krankenpflege der westlichen Bundesländer (mindestens 3.000 Euro im Monat brutto für Pflegefachkräfte); gesetzliche Kriterien zur Personalbemessung. Zudem soll die Ausbildungs- und Fachkräftesituation entschärft werden, indem mehr Plätze für Ausbildung, Studium, Weiterbildung und Anpassungsqualifizierung geschaffen werden. Die Kosten der Ausbildung soll der Staat tragen. Pflegenden Angehörige sollen zusätzlich entlastet werden, indem sie bessere Beratungsmöglichkeiten bekommen und ihre Leistung in Form einer Entgeltersatzleistung vergütet wird. Sie sollen sich beitragsfrei über die Krankenversicherung der Pflegebedürftigen absichern können und Zugang zu Leistungen der Gesundheitsförderung sowie der Rehabilitation erhalten. Ihre Pflegezeiten sollen bei der Rentenberechnung genauso angerechnet werden wie Kindererziehungszeiten.

Wichtigster Punkt ist indes der Ausbau der gesetzlichen Pflegeversicherung in eine solidarische Pflegevollversicherung, in die alle Bürgerinnen und Bürger gemäß der Höhe ihrer vollen Einkommen aus Arbeit oder am Kapitalmarkt einzahlen. Pflege bleibt ein Hauptthema in Sachsen – wir werden weiter Druck machen!

Landesmedienanstalt demokratischer machen

Geldverschwendung, Intransparenz, undemokratische Entscheidungsstrukturen: Die „Sächsische Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien“ (SLM) ist von Affären geschüttelt. Sie beaufsichtigt den privatwirtschaftlichen Rundfunk, lässt private Hörfunk- und Fernsehveranstalter zu und berät sie, und sie unterstützt Forschungs- und Medienkompetenzprojekte. An ihrer Spitze steht ein fünfköpfiger Medienrat, die vom Landtag mehrheitlich gewählt werden, sowie die Versammlung der SLM, der 35 Vertreterinnen und Vertreter von Staatsregierung, Landtagsfraktionen und gesellschaftlich relevanten Organisationen angehören.

Zwischen beiden Gremien kommt es ständig zu großen Spannungen. Auch deshalb hatte die Versammlung der SLM am 20.08.2019 einen „Vorschlag zur grundlegenden Veränderung der Organisationsstrukturen in der SLM als eine Empfehlung an den neu gewählten Landtag und die Staats-

regierung“ beschlossen. Denn die Versammlung ist mit sehr geringen Vollmachten ausgestattet, alle entscheidenden Zuständigkeiten liegen beim Medienrat.

Die Linksfraktion will für diese umfassende Demokratisierung sorgen und fordert per Antrag die Staatsregierung auf, für eine Reihe von Veränderungen zu sorgen. **Antje Feiks,**

für Medienpolitik zuständige Abgeordnete der Fraktion DIE LINKE, und Juliane Nagel, Vertreterin der Fraktion in der SLM-Versammlung, fordern: „Ein paar Brotkrumen reichen nicht, es muss jetzt eine strukturelle Neuaufstellung geben!“

An die Stelle des Medienrats soll eine Direktorin oder ein Direktor gesetzt

werden, die oder der als Vollzugsorgan für die Versammlung fungiert. Diese muss zudem selbst weiterentwickelt werden, um die Vielfalt der Gesellschaft noch besser widerzuspiegeln. Zugleich soll die Versammlung transparenter werden, indem sie künftig grundsätzlich öffentlich tagt. Der Landtag soll die medienfachliche Kompetenz der SLM durch befristete Entsendung von fünf Fachleuten auf den Gebieten Medienwirtschaft, Informations- und Rundfunktechnologie, Medienrecht, quantitative und qualitative Medienforschung stärken.

Das alles ist kein Selbstzweck, so die LINKEN Abgeordneten: „Es geht um bestmögliche Förderung der regionalen und lokalen Medienvielfalt und eine auskömmliche Finanzierung der Anbieterinnen und Anbieter nicht-kommerziellen Rundfunks. Es kann nicht immer nur um Quote gehen, sondern auch um Förderung von mehr Qualität von Rundfunk- und Medienprogrammen!“



Bild von Gerrit Altmann auf Pixabay

Antisemitismus-Prävention ist Chefsache

Der rechtsterroristische Anschlag auf die Synagoge in Halle hat die Republik schockiert. Unser Mitgefühl ist bei den Hinterbliebenen der beiden getöteten Menschen, unsere Solidarität gehört den jüdischen Gemeinden! Es ist beklemmend, dass nur eine funktionierende Tür ein Massaker verhindert hat, und es ist bedrückend, wenn in Deutschland Synagogen von Polizeibeamten mit Maschinenpistolen bewacht werden müssen.

Es sollte nun auch dem Letzten klar geworden sein, dass die militante extreme Rechte immer unverhohlenen agiert und sich niemand auf dem Argument ausruhen kann, es habe sich um einen Einzeltäter gehandelt. Das Verbrechen zeigt, wie aus Worten Taten werden. „Deshalb sind wir zu äußerster Aufmerksamkeit herausgefordert, wenn seit Jahren die antisemitischen Straftaten auf erschreckend hohem Niveau verharren“, so der **Fraktionsvorsitzende der LINKEN, Rico Gebhardt**. „Oftmals handelt es sich zwar um Parolen, doch die aktuelle Bluttat zeigt, wie der in Worten artikulierte Vernichtungswille zum Verbrechen wird.“ Im ersten Halbjahr 2019 wurden sachsenweit mindestens 55 antisemitische Straftaten registriert. Im gesamten Jahr 2018 wurden 138 antisemitische Straftaten erfasst, 2017 waren es 118 Fälle gewesen.

Solche Gewalttaten, ob in Halle, Kassel oder anderswo, haben ein gesellschaftliches Umfeld. Selbst nach der Mordserie des NSU wurde versucht, die Urheber auf ein „Trio“ zu reduzieren. Dabei konnten sie nur durch ein weitgefächertes Helfernetzwerk so

lange unentdeckt morden. Die wachsende Militanz der extremen Rechten hat einen gesellschaftlichen Nährboden. Es reicht auch nicht mehr, ständig zu wiederholen, dass bei uns kein Platz für Antisemitismus ist, wenn der Antisemitismus eine ständige reale Bedrohung ist. Offenbar muss der Verfolgungsdruck der Polizei systematisch erhöht und das Frühwarnsystem der Sicherheitsbehörden geschärft werden. Letzteres ist in Sachsen mit dem Verfassungsschutz nahezu ein Totalausfall. „Zugleich erwarte ich, dass die jüdischen Gemeinden mit der Verantwortung für die Sicherheit ihrer Mitglieder nicht allein gelassen werden“, so Rico Gebhardt.

Die Landesregierung sollte zudem den „Beauftragten zur Förderung des jüdischen Lebens“ personell, materiell und strukturell so ermächtigen, dass diese Stelle insbesondere der Herausforderung durch den Antisemitismus gerecht werden kann. Mit dem spärlichen Etat von gerade mal 150.000 Euro im Jahr kann Sachsen den Antisemitismus weder wirksam bekämpfen noch jüdisches Leben angemessen fördern. Die Stelle gehört auch in die Staatskanzlei und nicht ins Kultusministerium, weil die Bekämpfung von Antisemitismus eine Querschnittsaufgabe ist.

Die Organisation des jüdischen Lebens geschieht in beeindruckender Weise durch die Jüdinnen und Juden. Aufgabe des Staates aber ist es, dieses jüdische Leben nicht nur zu fördern, sondern auch zu schützen. Der wirksamste Schutz ist die Antisemitismus-Prävention.



© claudia gabriela marques veira / flickr.com / CC BY-ND 2.0

Peter Porsch wurde 75 – herzlichen Glückwunsch!

Am 15. Oktober 2019 feierte Prof. Dr. **Peter Porsch, langjähriger Vorsitzender der PDS-Landtagsfraktion**, seinen 75. Geburtstag. Rico Gebhardt, sein Nach-Nachfolger im Amt, würdigte ihn öffentlich: „Peter Porsch prägt seit fast drei Jahrzehnten die Geschichte der Linken in Sachsen mit, darunter 13 Jahre als Vorsitzender der Landtagsfraktion. Er war und ist immer unbequem: den Regierenden, der politischen Gegenseite, aber auch den eigenen Leuten und wohl auch sich selbst gegenüber. Zugleich ist er nie unangenehm, sondern von feinsinnigem Humor.“

Porsch's Zwischenrufe seien Legende und Gegenstand mancher Anekdoten. So hat ihn Kurt Biedenkopf einmal im Landtag dafür kritisiert, dass er die Nationalhymne nicht mitsang – ob er denn nicht wisse, wer sie geschrieben hat? Doch, das wisse er wohl, war Porsch's Antwort. Aber er wisse auch, wer sie schon alles gesungen hat.

„Wer mit seinen Fragen und Bemerkungen konfrontiert wurde, hatte zu tun“, so Gebhardt. „Porsch, dessen Wienerischer Migrationshintergrund

sprachlich nie verlorengegangen ist, blieb auch in härtesten Debatten liebenswert, wofür dieser Ausspruch stehen möge: ‚Gestatten Sie, dass ich mich wundere.‘“

Gebhardt wünscht Peter Porsch auch im Namen der Linksfraktion weiter-

hin eine rege publizistische Tätigkeit, viel Glück mit der Familie und weniger Leid mit der eigenen Partei, nicht zuletzt das, was immer wertvoller wird: Gesundheit. „Wir sind ihm dankbar dafür, dass er der Arbeit an linken, humanistischen, menschenfreundlichen Alternativen für die Gesell-

schaft treu geblieben ist, auch wenn ihm selbst in Zeiten größter politischer Erfolge nicht immer gebührender Dank zuteilwurde. Dass Sachsen schon eine gut funktionierende Opposition bekam, als Opposition vielen noch als Majestätsbeleidigung galt, ist auch sein Verdienst.“



Impressum

Fraktion DIE LINKE
im Sächsischen Landtag
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1
01067 Dresden

Telefon: 0351/493-5800
Telefax: 0351/493-5460

E-Mail: linksfraktion@slt.sachsen.de
www.linksfraktion-sachsen.de

V.i.S.d.P.: Marcel Braumann
Redaktion: Kevin Reißig

DIE LINKE.
Fraktion im Sächsischen Landtag